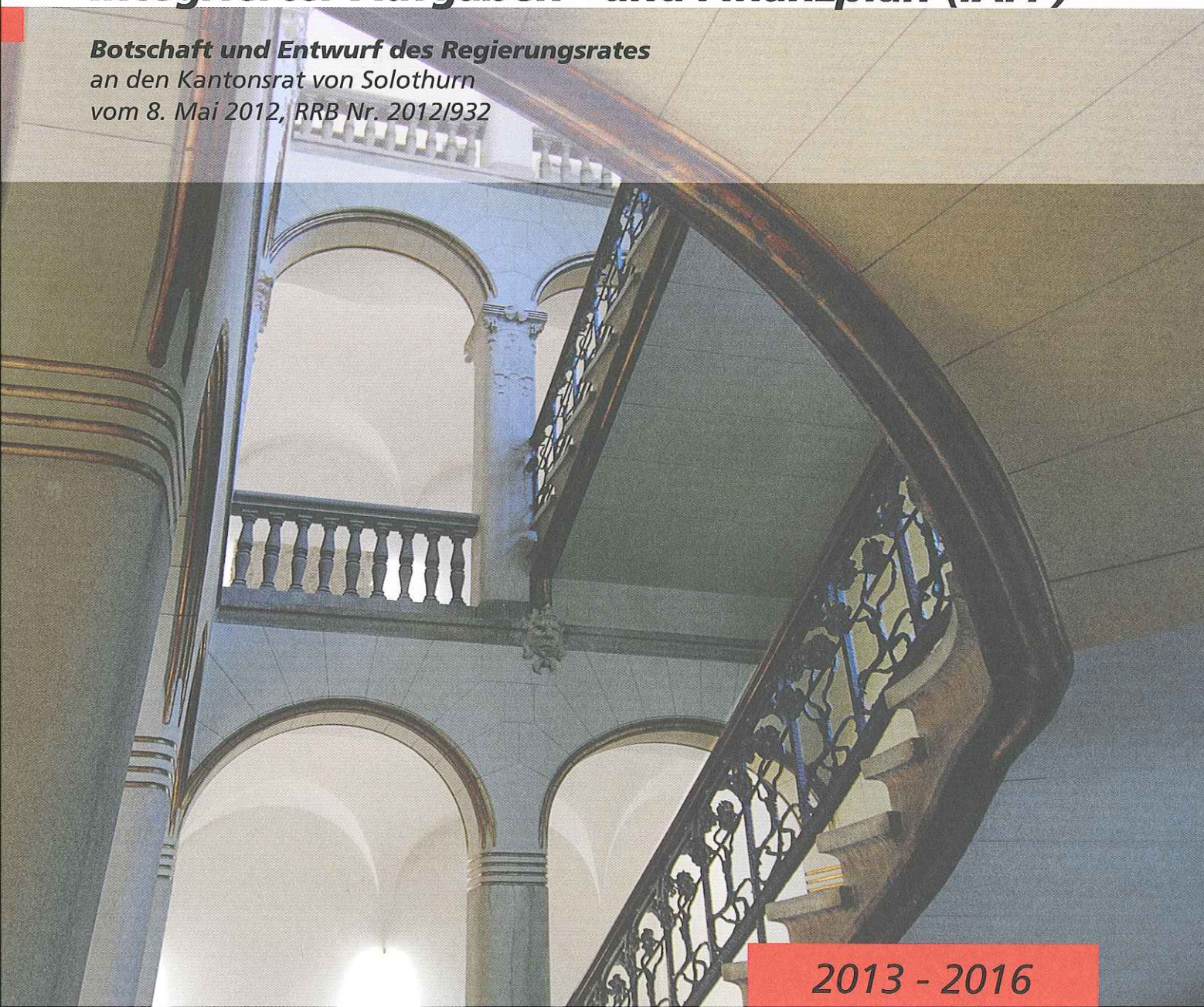
KANTON solothurn

SGB 054/2012

Integrierter Aufgaben - und Finanzplan (IAFP)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 8. Mai 2012, RRB Nr. 2012/932



2013 - 2016

Inhaltsverzeichnis

0. Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat 3

1. Einleitung 11

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan? 11
1.2. Zielhierarchie der Planungs-instrumente 11
1.3. Zeitliche Koordination 11
1.4. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2012 – 2015 11
1.5. Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2) 11
1.6. Planungsgrundlagen 12
1.7. Massnahmenplan 2013 13

2. Finanzielle Übersichten 14

2.1. Gesamtschau 14
2.2. Ergebnisse 15
2.3. Finanzkennzahlen 23
2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2012 – 2015 25
2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie 29

3. Verwaltungseinheiten 31

3.1. Behörden und Staatskanzlei 31
3.2. Bau – und Justizdepartement 33
3.3. Departement für Bildung und Kultur 40
3.4. Finanzdepartement 46
3.5. Departement des Innern 51
3.6. Volkswirtschaftsdepartement 58
3.7. Gerichte 63

KANTON solothurn

SGB 054/2012

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013 – 2016

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 8. Mai 2012, RRB Nr. 2012/932

Zuständiges Departement

Finanzdepartment

Vorberatende Kommission(en)

Sach- und Aufsichtskommissionen

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung 5
1. Ausgangslage 7
1.1 Gesetzliche Grundlagen 7
2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates 7
3. Rechtliches 7
4. Antrag 8
5. Beschlussesentwurf 9

Anhang/Beilagen

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013 – 2016

Kurzfassung

Eckdaten der Planjahre 2013- 2016

in Mio. Fr. bzw. %	RE 11 HRM1	VA 12 HRM2[1)]	**FP 2013** HRM2	**FP 2014** HRM2	**FP 2015** HRM2	**FP 2016** HRM2
Cash Flow	114.6	-47.3	-51.0	-77.3	-90.2	-72.8
Abschreibungen auf Investitionen	-95.3	-63.2	-67.7	-68.8	-67.2	-70.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	**19.3**	**-110.6**	**-118.7**	**-146.1**	**-157.4**	**-143.0**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**19.3**	**-110.6**	**-118.7**	**-146.1**	**-157.4**	**-143.0**
Nettoinvestitionen	**133.6**	**128.6**	**136.5**	**137.8**	**143.8**	**167.8**
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	**-19.0**	**-175.9**	**-187.5**	**-215.1**	**-234.0**	**-240.6**
Selbstfinanzierungsgrad	**86%**	**-37%**	**-37%**	**-56%**	**-63%**	**-43%**
Nettoverschuldung [1]	-23.8	152.2	339.7	554.8	788.8	1029.4
Dito, in Fr. pro Einwohner [1]	-93	589	1'311	2'134	3'025	3'936
Eigenkapital **ohne Aufwertung** per 31.12	**590.9**	**480.3**	**361.6**	**215.5**	**58.1**	**-84.9**
Aufwertung nach HRM2	[2]	[2]				
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12	[2]	[2]				
Einwohner Ende Jahr in Tausend [2]	257.3	258.2	259.1	259.9	260.7	261.5

[1] Zahlen im Voranschlag 2012 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2011 aktualisiert.
[2] Aufgrund der noch definitiv festzulegenden Korrektur des Eigenkapitals unter HRM2 können keine endgültigen Angaben gemacht werden.

Wie in den Integrierten Aufgaben- und Finanzplänen der letzten Jahre bereits aufgezeigt, findet ab dem Jahr 2012 eine entscheidende Verschlechterung der Finanzlage statt. Im ersten Finanzplanjahr 2013, welches die Basis für den Budgetprozess darstellt, beträgt das operative Defizit der Erfolgsrechnung 118.7 Mio. CHF. In den Folgejahren pendelt sich das operative Ergebnis bei rund 150 Mio. CHF ein.

Ohne die Berücksichtigung allfälliger Aufwertungsreserven nach HRM2 ist voraussichtlich im Jahr 2016 das erarbeitete Eigenkapital aufgezehrt. Die Finanzplanjahre sind geprägt durch ein strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF. Ausschlaggebend dafür sind die reduzierten Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Kantone, die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit der freien Spitalwahl, die deutlichen Kostensprünge namentlich in den Bereichen Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales (Ergänzungsleistungen AHV/IV und Pflegefinanzierung).

Die Investitionen können nicht mehr aus den erarbeiteten Mitteln (Cash Flow), sondern müssen über eine Neuverschuldung finanziert werden. Erstmals seit 1994 droht die Rechnung mit einem Cash Drain abzuschliessen, was bedeutet, dass nicht einmal die laufenden Ausgaben vollständig aus den Erträgen finanziert werden können.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über zum integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2016 zur Kenntnisnahme.

1. Ausgangslage

Im Legislaturplan 2009-2013 wurde am 9. Dezember 2009 unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP" eine Massnahmenplanung vorzunehmen sei (KRB 148/2009 Planungsbeschluss 10).

Mit den Finanzplanvorentscheiden I zum vorliegenden IAFP am 21. Februar 2012 (RBB Nr. 2012/347) wurden die Departemente beauftragt den Saldo des Voranschlages 2012 in ihrem Bereich für die Jahre 2013 – 2016 einzuhalten. Zusätzlich sollen kleinere Verbesserungsmassnahmen, welche in Kompetenz der Departemente oder des Regierungsrates sind, in den Finanzplanjahren integriert werden.

Parallel zum IAFP 2013 – 2016 wurde der „Massnahmenplan 2013" erarbeitet, welcher Ihnen gleichzeitig zur Beschlussfassung unterbreitet wird. Die wesentlichen Ergebnisse des integrierten Aufgaben- und Finanzplans sind im Anhang dargelegt.

1.1 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzliche Grundlage für den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan bildet § 16 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

2. Einflussmöglichkeiten des Kantonsrates

Der Regierungsrat trägt die Verantwortung für die politische Planung insgesamt, der Kantonsrat nimmt davon Kenntnis und ist befugt, die Prioritäten zu verschieben oder andere Ziele zu setzten. Der Kantonsrat hat die Aufgabe, die Planung des Regierungsrates zu beaufsichtigen und zu korrigieren. Mittels Planungsbeschlüssen kann er den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in einer bestimmten Richtung zu entwickeln. Der Planungsbeschluss verpflichtet den Regierungsrat, den IAFP im Sinne der Vorgabe zu erstellen oder anzupassen. Der Planungsbeschluss geht der Planung des Regierungsrates vor. In begründeten Fällen kann der Regierungsrat davon abweichen (§ 17 Absatz 1 und Absatz 3 WoV-G). Ein Planungsbeschluss zum IAFP kann nach § 88^{sexies} des Geschäftsreglementes des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) jederzeit von einer ständigen Kommission, einer Fraktion oder 17 Ratsmitgliedern beantragt werden. Für die Einreichung von Planungsbeschlüssen zum IAFP gibt es keine zeitlichen Restriktionen.

3. Rechtliches

Nach § 16 Absatz 3 WoV-G nimmt der Kantonsrat vom IAFP Kenntnis. Nach § 148 Abs. 1 Buchstabe a des Gesetzes über die politischen Rechte vom 22. September 1996 (BGS 113.111) sind Kantonsratsbeschlüsse, welche lediglich auf Kenntnisnahme lauten, vom fakultativen Referendum ausgeschlossen.

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm	Andreas Eng
Landammann	Staatsschreiber

5. Beschlussesentwurf

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2013 - 2016

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 73 und 78 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986[1] und § 16 Absatz 3 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003[2], nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 (RRB Nr. 2012/932), beschliesst:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2013 – 2016 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)
Departemente (5)
Gerichtsverwaltung
Staatskanzlei
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste
Aktuarin Finanzkommission (16)

[1] BGS 111.1.
[2] BGS 115.1.

1. Einleitung

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit den Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.
Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauf folgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.
Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen / Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten
Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen.
Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leitungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2011 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2009 - 2013.

1.4. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2012 – 2015

Es sind keine wesentlichen inhaltlichen oder strukturellen Änderungen im IAFP-Bericht vorgenommen worden. Die Einführung vom HRM2 auf den 1. Januar 2012 im Kanton Solothurn führte in verschiedenen Kapiteln zu ergänzenden Bemerkungen.

1.5. Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2)

Mit RBB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 wurde beschlossen, das neue Rechnungsmodell HRM2 im Kanton Solothurn auf den 1. Januar 2012 einzuführen. Das Projekt ist erfolgreich verlaufen, die Systemumstellung erfolgte termingerecht, so dass ab 1. Januar 2012 mit dem HRM2-Standard abgerechnet wird. Das Restatement des Finanz- und Verwaltungsvermögens per 1. Januar 2012 ist zurzeit noch im Gange. Dies hat unter anderem den Grund, dass die PKSO-Gesetzgebung überarbeitet wird und zum heutigen Zeitpunkt wichtige Entscheide noch ausstehen. Es wird deshalb darauf verzichtet, provisorische Angaben zu machen, da diese nicht verlässlich wären. Die Eingangsbilanz per 1. Januar 2012 ist demnach noch nicht definitiv vorhanden. Die definitive Eingangsbilanz per 1.1.2012 wird in einem Bilanzanpassungsbericht zusammen mit dem Geschäftsbericht 2012 der Regierung und dem Parlament unterbreitet.

1.5.1. Die wichtigsten Neuerungen

Bilanzstruktur
Es wird ein neuer Kontenplan eingeführt mit siebenstelligen Kostenarten.

Bewertung Finanzvermögen
Positionen mit einem stark schwankenden Marktwert sollen jährlich neu bewertet werden. Beim Übergang auf HRM2 wird das bestehende Finanzvermögen auf Basis der Verkehrswerte neu bewertet.

Bewertung Verwaltungsvermögen.
Um in der Bilanz aktuelle Werte ("true and fair view") ausweisen zu können, wird eine Neubewertung der bestehenden Anlagegüter des Verwaltungsvermögens vorgenommen.

Anlagenbuchhaltung
Die Anlagenbuchhaltung wird eingeführt. Damit können die Vermögenswerte des Verwaltungsvermögens einzeln erfasst und über die Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Abschreibungen über die Nutzungsdauer
Gemäss RRB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 soll die Abschreibung der Anlagen im Verwaltungsvermögen linear auf der Basis der Nutzungsdauer nach Anlagekategorien (Anlageklassen) erfolgen. Dies gilt auch für Anlagen der Spezialfinanzierungen. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen.

Unterdeckung der Pensionskasse
Diese wird als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Sobald die Fälligkeit aufgrund gesetzlicher Bestimmungen eintritt, wird die Bilanzierung als passive Rechnungsabgrenzung vorgenommen.

Berichterstattung
Die Jahresrechnung enthält bereits heute Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und einen Anhang. Der Anhang wird mit der Einführung von HRM2 ergänzt um die Deklaration der Rechnungslegungsgrundsätze, den Eigenkapitalnachweis, den Rückstellungs-, Beteiligungs- und Anlagenspiegel und weiteren wichtigen Angaben für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

1.6. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)
Die Konjunktur in der Schweiz kühlte sich bis Ende 2011 merklich ab, eine weitere Verschlechterung scheint jedoch unwahrscheinlich. Seit Anfang Jahr hat sich die Euro-Schuldenkrise leicht entspannt, und die Konjunkturumfragen in der Schweiz zeigen erste Stabilisierungstendenzen. Damit bestehen gute Aussichten, dass die Konjunkturdelle in den nächsten Monaten überwunden wird und das Wachstum im weiteren Jahresverlauf allmählich Fahrt aufnimmt. Die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes (seco) rechnet für 2012 mit einem verhaltenen BIP-Wachstum von 0,8%, das sich 2013 weiter festigen dürfte (+1,8%). Einer stärkeren Wachstumsdynamik dürfte die nur langsam vorankommende globale Erholung entgegenstehen, weil dadurch die schweizerischen Exportpotenziale begrenzt werden.
Bei der Arbeitslosigkeit könnte eine positive Trendwende allerdings noch bis ins nächste Jahr hinein auf sich warten lassen. Erfahrungsgemäss reagiert der Arbeitsmarkt erst mit einer gewissen Verzögerung auf die allgemeine Konjunkturentwicklung. Im Jahresdurchschnitt werden Arbeitslosenquoten von 3,4% für 2012 sowie 3,7% für 2013 prognostiziert.

Teuerung
Seit Herbst 2011 verharrt die Teuerung in der Schweiz im negativen Bereich. Die sinkende Preisentwicklung ist massgeblich eine Folge der Frankenstärke. Das Bundesamt für Statistik rechnet für 2012 mit einer durchschnittlichen Jahresteuerung von rund -0,4%. Für 2013 wird die Teuerung auf rund 0,4% geschätzt.
Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern ausgehandelt, deshalb ist in den Planjahren 2013 – 2016 keine zusätzliche Teuerung bei den Personalkosten berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Voranschlages 2012 für alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum
Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 800 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2011.

Steuerertrag
Das Kantonale Steueramt geht von einer weiteren Erholung der Konjunktur aus und rechnet mit jährlichen Wachstumsraten bei den Steuern von rund 2,0%. Die vom Kantonsrat für 2012 beschlossene Steuerfussreduktion bei den natürlichen Personen von 104% auf 100% führt zu einem Ertragsausfall von 22,3 Mio. CHF im 2012. Gleichzeitig tritt per 1. Januar 2012 Teil 2 der kantonalen Steuergesetzrevision in Kraft. Er beinhaltet Steuerentlastungen bei den Vermögens- und Gewinnsteuern. Die jährlichen Mindereinnahmen dürften bei 12 Mio. CHF liegen.

Steuerfuss
Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss wie in den Vorjahren für die allgemeine Staatssteuer mit 104% eingesetzt. Einzig im Jahre 2012 ist der Steuerfuss für natürliche Personen auf 100% festgelegt (KRB 163/2011 vom 14. Dezember 2011).

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben
Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2013 - 2016 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau. Für 2013 wirken sich die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen (Steuerdaten 2007-2009) weiterhin aus. Für die Jahre 2013 – 2016 basieren die Zahlen auf dem aktualisierten FkF-Schätzmodell für den NFA-Ressourcenausgleich des BAK Basel (März 2012).
Alle weiteren, noch nicht definitiv beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einem beträchtlichen Masse beeinflussen können (Aufgabenüberprüfung des Bundes, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch nicht berücksichtigt.

Berücksichtigung befristeter Geschäfte
In der Finanzplanung sind sämtliche befristeten Geschäfte so abgebildet, wie diese von den kantonalen Behörden beschlossen wurde (insbesondere Pflegeversicherung und Beitrag an den innerkantonalen Finanzausgleich).

Stichtage
Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 30. April 2012. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2011 (RRB Nr. 2012/543 vom 13. März 2012) und des Voranschlags 2012 (KRB Nr. 163/2011 vom 14. Dezember 2011).

Legislaturplan
Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2009 - 2013 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im August 2009 verabschiedeten Legislaturplan (SGB 148/2009), ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat teilweise zugestimmt hat.

1.7. Massnahmenplan 2013

Im Legislaturplan 2009 – 2013 wurde unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP“ eine Massnahmenplanung vorzunehmen sei (KRB 148/2009, Planungsbeschluss 10).
Der „Massnahmenplan zur Erreichung einer mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes“, welcher Verbesserungen der Erfolgsrechnung in der Grössenordnung von maximal 88 Mio. CHF Ausgaben- und Einnahmenseitig vorsieht, wird als eigene Vorlage, jedoch gleichzeitig mit dem IAFP 2013 – 2016 dem Kantonsrat vorgelegt. Die Massnahmen sind in den Finanzplanzahlen 2013 – 2016 nicht enthalten und müssen einzeln beschlossen werden.

Verbesserungsmassnahmen im IAFP
Kleinere strukturelle Verbesserungsmassnahmen in Kompetenz der Departemente oder des Regierungsrates, welche in der Planungsperiode 2013 – 2016 realisiert werden können, sind jedoch bereits in den Finanzplanzahlen 2013 – 2016 abgebildet.

Sparmassnahmen welche im IAFP 2013-2016 integriert sind:

			Entlastung wirksam im Geschäftsjahr (in Fr. 1'000.-)			
Dep.	Amt	Bezeichung	2013	2014	2015	2016
VWD	DSVWD	Stiftungsaufsicht: Anpassung der Gebühren		50	50	50
BJD	DSBJD	Erneuerung der Staatsfahrzeuge nach 10 Jahren und nicht wie bisher nach 8 Jahren	50	50	50	50
BJD	ARP	Reduktion Massnahmen nachhaltige Entwicklung. Nach Art. 73 BV besteht ein Verfassungsauftrag, dass Bund und kantone Massnahemen ergreifen zur nachhaltigen Entwicklung. Sparpotential wenn gewisse Dienstleistungen nicht mehr kostenlos sind.	0	0	20	20
BJD	AfU	Reduktion Investitionen (IR) Wasserbau	0	500	500	500
FD	AS	Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter	300	300	300	300

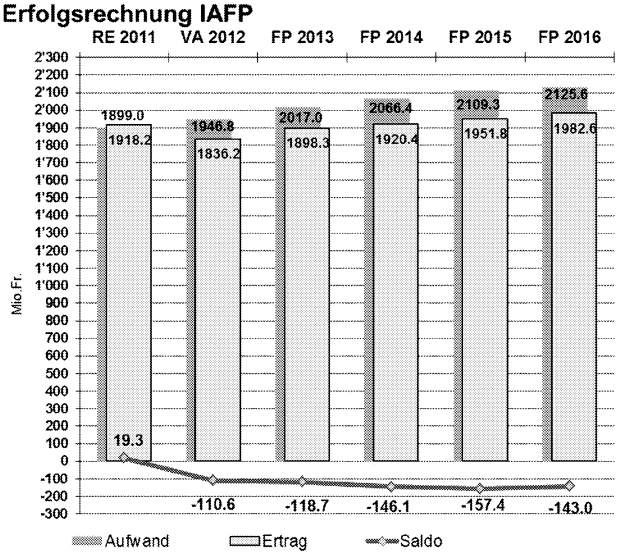
2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

Leistungen
Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Massnahmen sind in den einzelnen Departementen aufgelistet und werden hier nicht weiter kommentiert.

Finanzen
Der Voranschlag 2012 schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von 110.6 Mio. CHF ab. 2013 verschlechtert sich das Ergebnis auf 118.7 Mio. CHF. Die weiteren Planjahre weisen ein zunehmendes Defizit aus, welches sich bei rund 150 Mio. CHF zu stabilisieren scheint.

Erfolgsrechnung IAFP



Strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF
Die Finanzplanjahre 2014 - 2016, welchem in diesem Jahr aufgrund der gleichzeitigen Erarbeitung des Massnahmenplans erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wurde, sind geprägt durch ein strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF, welches stark von folgenden vier Faktoren geprägt wird.

1) Reduzierte Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Kantone. Rückgang von ca. 33.0 Mio. CHF für den Kanton Solothurn.

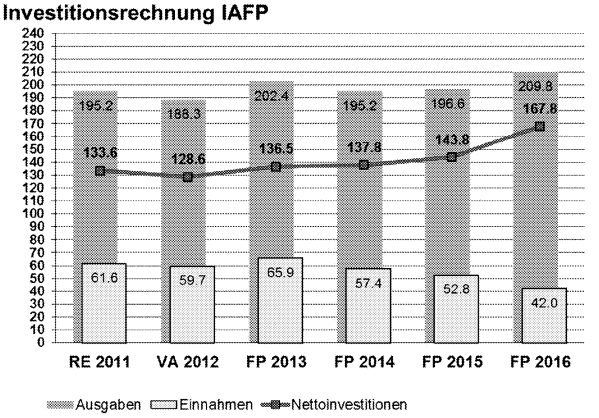
2) Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit der freien Spitalwahl führt 2012 beim Kanton zu Mehrkosten von rund 40 Mio. CHF (Kostenbeteiligung des Kantons von 50 %), bis 2017 zu rund 60 Mio. CHF (wenn der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Satz von 55 % der Spitalkosten tragen wird).

3) Deutliche Kostensprünge namentlich in den Bereichen Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales (Ergänzungsleistungen im Alter und IV (EL AHV/IV)).

4) Die vom Kantonsrat beschlossene Steuersatzreduktion von 104 auf 100 % der Staatssteuer bei natürlichen Personen führt 2012 zu Einnahmenausfällen von 22,5 Mio. CHF. Zudem wird ab diesem Jahr auch der zweite Teil der Steuergesetzreform 2007 wirksam, was zu Einnahmenausfällen von rund 15 Mio. CHF führt. Weiter führt die labile Wirtschafts- und Finanzlage zu tieferen, volatileren Steuererträgen bei den juristischen Personen.

Grossprojekte
Die Nettoinvestitionen bleiben in den kommenden drei Jahren relativ konstant auf 135 Mio. CHF. Im Finanzplanjahr 2016 ist mit dem geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn ein Anstieg zu verzeichnen. Geprägt ist die Investitionsrechnung von den laufenden Grossprojekten im Strassenbau (Entlastung Region Olten ERO), im Hochbau (Neubau FHNW Olten, Bürgerspital Solothurn, Straf- und Massnahmenvollzugsanstalt 'im Schache'), die Wasserschutzbauten und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Investitionsrechnung IAFP



2.2. Ergebnisse

in Mio. Fr	RE 2011 HRM1	VA 2012 HRM2[1)]	**FP 2013** HRM2	**FP 2014** HRM2	**FP 2015** HRM2	**FP 2016** HRM2
1. Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.5	2'109.2	2'125.6
Total Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
Operativer Ertragsüberschuss (-) Aufwandüberschuss (+)	*-19.3*	*110.6*	***118.7***	***146.1***	***157.4***	***143.0***
2. Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
Total Einnahmen	-61.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
Nettoinvestitionen	*133.6*	*128.6*	***136.5***	***137.8***	***143.8***	***167.8***
3. Finanzierung						
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8
- Abschreibungen	-95.3	-63.2	-67.7	-68.8	-67.2	-70.2
+/- Zuweisung ins Eigenkapital	-19.3	110.6	118.7	146.1	157.4	143.0
Finanzierungsüberschuss (-) Finanzierungsfehlbetrag (+)	*19.0*	*176.0*	***187.5***	***215.1***	***234.0***	***240.6***
4. Eigenkapital (EK) nach HRM1						
Stand EK per 01.01.	571.6	590.9	480.3	361.6	215.5	58.1
Ertrags- bzw. Aufwandüberschuss	19.3	-110.6	-118.7	-146.1	-157.4	-143.0
Eigenkapital ohne Aufwertung per 31.12.	*590.9*	*480.3*	***361.6***	***215.5***	***58.1***	***-84.9***
Aufwertung HRM2	[2)]	[2)]				
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12.	[2)]	[2)]				
5. Nettoverschuldung	*-23.8*	*152.2*	***339.7***	***554.8***	***788.8***	***1'029.4***
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	*-92*	*589*	*1'311*	*2'134*	*3'025*	*3'936*
6. Selbstfinanzierungsgrad	*86%*	*-37%*	***-37%***	***-56%***	***-63%***	***-43%***

(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)

[1)]Die Zahlen im VA 12 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2011 aktualisiert.

[2)]Aufgrund der noch definitiv festzulegenden Korrektur des Eigenkapitals unter HRM2 können keine endgültigen Angaben gemacht werden.

Auswirkungen von HRM2 im IAFP 2012
Der IAFP 2013 bis 2016 wird nach den neuen Rechnungslegungsgrundsätzen HRM2 erstellt. Die Zahlen, insbesondere die Neubewertungen der Sachgüter und Beteiligungen, können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv festgelegt werden.

Spezialfinanzierungen unter HRM2
Im Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wird neu unterschieden zwischen Spezialfinanzierungen im Fremdkapital und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital. Bei den Spezialfinanzierungen im Fremdkapital hat sich im HRM2 gegenüber dem HRM1 nichts verändert. Der Saldo der Spezialfinanzierung wird über die Erfolgsrechnung mittels Einlage oder Entnahme neutralisiert und bewirkt, dass die Spezialfinanzierung wie bisher nicht erfolgswirksam ist.
Im Gegensatz dazu wird bei den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital kein Ausgleich in der Erfolgsrechnung mehr verbucht, sondern nur noch das Fondskonto der Spezialfinanzierung im Eigenkapital verändert. Dies erfolgt über die Zuweisung des Ergebnisses ins Eigenkapital. Die Spezialfinanzierungen im Eigenkapital beeinflussen daher neu das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung und sind damit erfolgswirksam.

Abschreibungen
Die Abschreibungen betrugen bisher 10% auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen, jene von Spezialfinanzierungen 100%. Da die Abschreibung dem erwarteten Verlauf des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswertes entsprechen soll, werden die Anlagen im Verwaltungsvermögen nach HRM2 neu linear auf der Basis der Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen weichen gegenüber HRM1 nur geringfügig ab. Der tiefere Betrag ist auf die neue Abschreibungspraxis beim Strassenbau zurückzuführen.

Eigenkapital
Das erarbeitete Eigenkapital unter HRM1 wird ausgewiesen, damit man annäherungsweise die weitere Entwicklung sehen kann. Die Korrektur des Eigenkapitals unter HRM2 (Aufwertung und Rückstellung für die Pensionskasse) ist mit dem Rechnungsabschluss 2012 festzusetzen.

2.2.1. Erfolgsrechnung nach Departemente

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total alle Departemente						
Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.4	2'109.3	2'125.6
Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-19.3	110.6	**118.7**	**146.1**	**157.4**	**143.0**
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	17.8	18.8	18.7	18.8	19.1	19.2
Ertrag	-3.9	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2
Verrechnungen	-7.3	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4
Saldo	6.6	7.2	**7.1**	**7.3**	**7.5**	**7.6**
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	222.1	255.2	246.7	249.9	246.4	245.7
Ertrag	-111.1	-91.6	-90.7	-92.7	-96.3	-97.2
Verrechnungen	-82.5	-107.8	-104.0	-104.0	-104.0	-104.0
Saldo	28.5	55.7	**52.0**	**53.2**	**46.1**	**44.5**
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	452.4	453.7	470.2	482.4	490.6	492.5
Ertrag	-49.4	-45.6	-46.0	-45.5	-44.3	-43.7
Verrechnungen	26.6	27.7	27.8	27.8	27.8	27.8
Saldo	429.6	435.8	**451.9**	**464.7**	**474.0**	**476.6**
4. Finanzdepartement						
Aufwand	164.9	128.2	132.6	141.4	150.7	157.0
Ertrag	-1'263.6	-1'218.7	-1'245.6	-1'260.6	-1'275.0	-1'292.9
Verrechnungen	-7.3	23.1	14.4	14.9	15.4	15.8
Saldo	-1'106.0	-1'067.3	**-1'098.7**	**-1'104.3**	**-1'109.0**	**-1'120.0**
5. Departement des Innern						
Aufwand	809.6	861.9	909.4	936.0	963.4	989.6
Ertrag	-349.8	-342.8	-364.0	-373.6	-388.3	-400.7
Verrechnungen	70.1	68.7	68.7	68.7	68.7	68.7
Saldo	529.9	587.8	**614.1**	**631.1**	**643.9**	**657.5**
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	208.9	205.5	216.0	214.4	215.6	198.1
Ertrag	-135.8	-128.9	-143.4	-139.4	-139.4	-139.4
Verrechnungen	-2.4	-6.5	-2.7	-3.2	-3.7	-4.1
Saldo	70.6	70.1	**69.9**	**71.8**	**72.6**	**54.5**
7. Gerichte						
Aufwand	23.3	23.4	23.5	23.5	23.5	23.5
Ertrag	-4.7	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4
Verrechnungen	2.9	3.2	4.3	4.3	4.3	4.3
Saldo	21.4	21.2	**22.4**	**22.4**	**22.4**	**22.4**

2.2.2. Investitionsrechnung nach Departemente

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Total alle Departemente						
Ausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
Einnahmen	-61.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	**136.5**	**137.8**	**143.8**	**167.8**
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	170.7	170.1	181.6	174.8	173.2	189.9
Einnahmen	-53.9	-53.3	-59.0	-50.5	-45.9	-35.2
Nettoinvestitionen	116.7	116.7	**122.6**	**124.4**	**127.2**	**154.8**
3. Departement für Bildung und Kultur						
Ausgaben	2.4	2.0	2.5	2.5	2.5	2.5
Einnahmen	-1.8	-1.5	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	**0.5**	**0.5**	**0.5**	**0.5**
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	10.0	5.6	**6.5**	**6.5**	**6.5**	**6.5**
5. Departement des Innern						
Ausgaben	2.5	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	1.8	**2.2**	**1.8**	**5.2**	**1.8**
6. Volkswirtschaftsdepartment						
Ausgaben	8.2	9.0	9.6	9.6	9.3	9.1
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	3.8	4.1	**4.7**	**4.7**	**4.4**	**4.3**
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**

2.2.3. Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	153.6	165.1	165.4	167.4	168.6	170.1
Ertrag	-78.3	-69.8	-70.4	-70.3	-70.4	-70.4
Verrechnung	-55.8	-68.8	-68.9	-68.9	-68.8	-68.8
Saldo	19.5	26.6	**26.1**	**28.2**	**29.3**	**30.9**
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	193.2	199.0	203.7	206.6	209.9	210.8
Ertrag	-88.9	-86.6	-87.9	-87.2	-89.3	-88.3
Verrechnung	9.0	8.3	8.3	8.3	8.3	8.3
Saldo	113.4	120.6	**124.1**	**127.7**	**129.0**	**130.9**
2 Bildung						
Aufwand	446.7	449.6	466.1	477.9	485.7	487.4
Ertrag	-49.7	-45.8	-46.3	-45.9	-44.6	-44.1
Verrechnung	27.8	29.0	29.0	29.0	29.0	29.0
Saldo	424.8	432.8	**448.7**	**461.0**	**470.0**	**472.3**
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	14.6	14.6	15.4	15.5	15.9	15.6
Ertrag	-4.3	-3.6	-4.1	-3.9	-3.9	-3.4
Verrechnung	1.7	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	12.0	12.9	**13.1**	**13.5**	**13.9**	**14.1**
4 Gesundheit						
Aufwand	302.2	328.9	330.2	335.2	340.2	346.2
Ertrag	-4.4	-3.8	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
Verrechnung	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo	299.1	326.4	**327.8**	**332.8**	**337.8**	**343.8**
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	371.8	391.9	433.7	452.6	472.0	491.4
Ertrag	-217.5	-212.6	-233.1	-243.3	-256.0	-269.5
Verrechnung	2.1	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Saldo	156.3	181.8	**203.1**	**211.8**	**218.5**	**224.4**
6 Verkehr						
Aufwand	131.2	136.3	122.3	126.2	122.9	125.9
Ertrag	-25.0	-21.2	-22.5	-22.8	-23.7	-24.1
Verrechnung	-66.4	-73.3	-68.5	-68.5	-68.5	-68.5
Saldo	39.7	41.8	**31.2**	**34.8**	**30.7**	**33.3**
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	33.6	33.7	44.5	45.0	44.8	41.3
Ertrag	-26.8	-22.4	-27.7	-27.5	-28.9	-28.9
Verrechnung	6.2	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Saldo	13.1	13.8	**19.3**	**20.1**	**18.4**	**14.9**
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	128.0	130.0	130.4	130.0	130.1	130.2
Ertrag	-104.5	-108.4	-108.6	-108.5	-108.5	-108.5
Verrechnung	5.4	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1
Saldo	28.8	24.7	**24.9**	**24.6**	**24.7**	**24.8**
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	124.0	97.7	105.4	110.0	119.2	106.6
Ertrag	-1'318.9	-1'262.1	-1'293.9	-1'307.2	-1'322.8	-1'341.7
Verrechnung	68.8	93.6	88.8	88.8	88.7	88.7
Saldo	-1'126.0	-1'070.8	**-1'099.8**	**-1'108.4**	**-1'114.9**	**-1'146.4**
Gesamtotal						
Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.4	2'109.3	2'125.6
Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-19.3	110.6	**118.7**	**146.1**	**157.4**	**143.0**

2.2.4. Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.5	5.6	**6.5**	**6.5**	**6.5**	**6.5**
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	2.4	2.0	2.4	2.1	6.2	7.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	2.0	**2.4**	**2.1**	**6.2**	**7.3**
2 Bildung						
Ausgaben	42.1	52.0	63.5	61.9	45.5	38.8
Einnahmen	-10.5	-13.2	-15.0	-12.0	-12.4	-4.1
Nettoinvestitionen	31.6	38.8	**48.5**	**49.9**	**33.1**	**34.7**
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
4 Gesundheit						
Ausgaben	27.4	34.5	22.3	19.0	34.1	57.5
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	27.4	34.5	**22.3**	**19.0**	**34.1**	**57.5**
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
6 Verkehr						
Ausgaben	87.9	69.0	81.7	82.8	82.1	77.6
Einnahmen	-36.0	-32.7	-35.8	-33.7	-29.6	-27.0
Nettoinvestitionen	51.9	36.3	**46.0**	**49.1**	**52.5**	**50.6**
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	15.7	16.3	16.5	13.4	13.0	13.1
Einnahmen	-9.2	-8.9	-10.2	-6.8	-6.0	-6.0
Nettoinvestitionen	6.5	7.4	**6.2**	**6.6**	**7.0**	**7.0**
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	7.6	8.7	9.3	9.3	9.3	9.1
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	3.3	3.8	**4.4**	**4.4**	**4.4**	**4.3**
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.5	0.3	0.3	0.3	0.0	0.0
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-1.0	0.3	**0.3**	**0.3**	**0.0**	**0.0**
Gesamtotal						
Ausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
Einnahmen	-61.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	**136.5**	**137.8**	**143.8**	**167.8**

2.2.5. Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

Aufwand in Mio. Fr.

		RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
3	**Aufwand**	**1'899.0**	**1'946.8**	**2'017.0**	**2'066.4**	**2'109.3**	**2'125.6**
30	**Personalaufwand**	414.4	423.9	**432.6**	**434.9**	**435.3**	**434.3**
300	Behörden, Kommissionen und Richter	7.3	7.9	7.9	7.9	7.9	7.9
301	Löhne des Verwaltungs-u. Betriebspersonal	252.1	260.9	267.8	269.8	271.1	272.6
302	Löhne der Lehrkräfte	76.7	75.7	76.9	76.7	76.3	73.9
303	Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304	Zulagen	0.3	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2
305	Arbeitgeberbeiträge	68.8	69.0	70.3	70.7	70.2	70.1
306	Arbeitgeberleistungen	4.9	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
309	Übriger Personalaufwand	4.0	5.3	4.4	4.5	4.6	4.6
31	**Sach-und übriger Betriebsaufwand**	174.0	175.0	**179.2**	**179.5**	**178.9**	**178.6**
310	Material-und Warenaufwand	20.3	20.3	20.5	20.4	20.5	20.4
311	Nicht aktivierbare Anlagen	8.5	11.8	12.5	12.0	12.2	12.2
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	4.8	5.4	5.8	5.8	6.1	6.1
313	Dienstleistungen und Honorare	50.6	57.9	59.0	59.1	58.9	58.8
314	Baulicher Unterhalt	28.6	25.1	25.3	26.3	25.4	25.3
315	Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	8.7	8.9	9.4	9.6	9.6	9.6
316	Mieten,Leasing,Pachten,Benützungsgebühren	13.8	14.1	14.1	14.0	12.8	13.3
317	Spesenentschädigungen	3.9	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	20.1	20.8	22.1	21.8	22.9	22.3
319	Verschiedener Betriebsaufwand	14.8	6.5	6.3	6.3	6.3	6.3
33	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**	95.3	52.0	**51.6**	**53.9**	**56.4**	**58.9**
330	Sachanlagen VV	95.3	52.0	51.6	53.9	56.4	58.9
34	**Finanzaufwand**	16.4	19.4	**21.7**	**29.1**	**37.1**	**42.2**
340	Zinsaufwand	10.8	12.8	15.1	22.3	30.4	35.4
342	Kapitalbeschaffungs-und Verwaltungskoste	0.0	0.2	0.1	0.2	0.2	0.1
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	0.5	1.7	1.8	1.8	1.8	1.9
349	Verschiedener Finanzaufwand	5.1	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8
35	**Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung**	3.9	29.3	**0.9**	**1.4**	**1.7**	**1.7**
350	Einl.in Fonds u.Spez.finanz.im Fremdkapital	3.9	29.3	0.9	1.4	1.7	1.7
36	**Transferaufwand**	1'109.2	1'173.4	**1'243.2**	**1'279.9**	**1'312.1**	**1'322.1**
360	Ertragsanteile an Dritte	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	96.1	91.8	98.6	103.3	106.0	106.7
3611	Entschädigungen an Kantone und Konkordat	78.7	75.9	80.1	83.8	85.5	86.2
3612	Entschädigungen an Gemeinde und Zweckverb.	17.5	15.9	18.5	19.5	20.5	20.5
362	Finanz- und Lastenausgleich	14.6	10.9	14.7	11.0	11.4	11.9
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	998.4	1'059.3	1'113.5	1'150.6	1'183.7	1'192.1
3630	Beiträge an den Bund	10.2	11.5	11.8	12.0	12.3	12.3
3631	Beiträge an Kantone und Konkordate	8.1	9.8	10.4	10.6	10.9	11.2
3632	Beiträge an Gemeinden u.Gem.Zweckverb.	194.8	194.8	196.2	204.0	210.7	190.8
3634	Beiträge an öffentliche Unternehmungen	402.6	438.0	443.2	453.9	460.3	468.2
3635	Beiträge an private Unternehmungen	37.9	40.4	50.5	50.0	50.0	50.7
3637	Beiträge an private Haushalte	344.7	364.8	401.3	420.1	439.5	458.9
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	0.0	11.2	16.2	14.9	10.9	11.3
37	**Durchlaufende Beiträge**	83.6	77.4	**87.9**	**87.9**	**87.9**	**87.9**
370	Durchlaufende Beiträge	83.6	77.4	87.9	87.9	87.9	87.9
3702	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.5	0.5	1.0	1.0	1.0	1.0
3707	Privat Haushalte	83.1	76.9	86.9	86.9	86.9	86.9
38	**Ausserordentlicher Aufwand**	2.1	-3.7	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**
389	Einlagen in das Eigenkapital	2.1	-3.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Ertrag in Mio. Fr.

		RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
4	**Ertrag**	**-1'918.2**	**-1'836.2**	**-1'898.3**	**-1'920.4**	**-1'951.8**	**-1'982.6**
40	**Fiskalertrag**	-885.2	-921.0	**-921.3**	**-931.8**	**-944.2**	**-955.7**
400	Direkte Steuern natürliche Personen	-625.5	-622.3	-662.2	-667.2	-674.2	-680.2
401	Direkte Steuern juristische Personen	-127.5	-169.8	-131.0	-136.5	-142.0	-147.4
402	übrige direkte Steuern	-66.0	-62.6	-61.8	-61.8	-61.8	-61.8
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-66.2	-66.3	-66.3	-66.3	-66.3	-66.3
41	**Regalien und Konzessionen**	-63.9	-9.0	**-30.6**	**-30.6**	**-32.1**	**-32.1**
410	Regalien	-9.3	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
411	Schweiz. Nationalbank	-53.9	0.0	-21.5	-21.5	-21.5	-21.5
412	Konzessionen	-0.7	-7.1	-7.1	-7.1	-8.6	-8.6
42	**Entgelte**	-163.3	-154.2	**-155.2**	**-154.7**	**-157.5**	**-156.5**
421	Gebühren für Amtshandlungen	-78.2	-74.8	-74.8	-74.7	-74.8	-74.2
422	Spital-und Heimtaxen, Kostgelder	-14.1	-13.5	-14.2	-14.3	-17.0	-16.6
423	Schul- und Kursgelder	-3.5	-3.4	-3.4	-3.6	-3.6	-3.6
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.5	-13.6	-13.6	-13.4	-13.4	-13.4
425	Erlös aus Verkäufen	-8.5	-7.6	-7.8	-7.4	-7.4	-7.4
426	Rückerstattungen	-11.7	-9.0	-9.0	-9.0	-9.0	-9.0
427	Bussen	-32.4	-31.0	-31.1	-31.1	-31.1	-31.1
429	übrige Entgelte	-1.4	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3
43	**Verschiedene Erträge**	-6.6	-3.2	**-4.5**	**-4.3**	**-3.5**	**-3.5**
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-3.7	-3.2	-4.5	-4.3	-3.5	-3.5
431	Aktivierung Eigenleistungen	-2.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
44	**Finanzertrag**	-74.2	-57.7	**-47.0**	**-48.9**	**-50.7**	**-51.7**
440	Zinsertrag	-10.2	-9.7	-8.5	-8.5	-8.5	-8.5
441	Realisierte Gewinne FV	-8.4	-4.5	-1.0	-1.0	-2.0	-3.0
443	Liegenschaftenertrag FV	-3.1	-3.7	-4.0	-3.7	-3.9	-3.9
445	Finanzertrag aus Darlehen und Bet.des VV	-13.3	-13.4	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
446	Finanzertrag von öffentl.Unternehmungen	-0.7	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
447	Liegenschaftenertrag VV	-38.5	-26.0	-29.9	-32.1	-32.8	-32.8
45	**Entnahme aus Fonds u.Spezialfinanzierung**	-20.4	-9.6	**-6.7**	**-2.9**	**-2.9**	**-2.9**
450	Ent.aus Fonds und Spezialfinanz.im FK	-20.4	-9.6	-6.7	-2.9	-2.9	-2.9
46	**Transferertrag**	-621.2	-604.1	**-645.2**	**-659.5**	**-673.2**	**-692.4**
460	Ertragsanteile	-107.4	-107.4	-103.6	-107.0	-111.4	-116.2
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-23.7	-22.8	-21.8	-21.2	-20.8	-20.4
4610	Entschädigungen vom Bund	-5.6	-7.0	-5.7	-5.7	-5.6	-5.6
4611	Entsch.von Kantonen und Konkordaten	-14.6	-12.2	-12.5	-12.0	-11.6	-11.2
4612	Entsch.von Gemeinden und Gem.Zweckverb.	-3.3	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5
4613	Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462	Finanz- und Lastenausgleich	-193.3	-201.7	-222.8	-224.5	-222.6	-224.5
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-292.1	-272.2	-296.6	-306.2	-317.9	-330.8
4630	Beiträge vom Bund	-169.5	-174.3	-181.2	-186.2	-191.1	-195.7
4631	Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-0.7	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0
4632	Beiträge von Gemeinden	-118.2	-90.2	-107.5	-112.4	-119.2	-127.5
4634	Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
4635	Beiträge von privaten Unternehmungen	-3.5	-3.4	-3.7	-3.4	-3.4	-3.4
469	Verschiedener Transferertrag	-4.7	0.0	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
47	**Durchlaufende Beiträge**	-83.6	-77.4	**-87.9**	**-87.9**	**-87.9**	**-87.9**
470	Durchlaufende Beiträge	-83.6	-77.4	-87.9	-87.9	-87.9	-87.9
4700	Durchlaufende Beiträge vom Bund	-83.1	-76.9	-87.4	-87.4	-87.4	-87.4
4702	Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal							
3	**Aufwand**	1'899.0	1'946.8	**2'017.0**	**2'066.4**	**2'109.3**	**2'125.6**
4	**Ertrag**	-1'918.2	-1'836.2	**-1'898.3**	**-1'920.4**	**-1'951.8**	**-1'982.6**
	Saldo	-19.3	110.6	**118.7**	**146.1**	**157.4**	**143.0**

2.2.6. Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

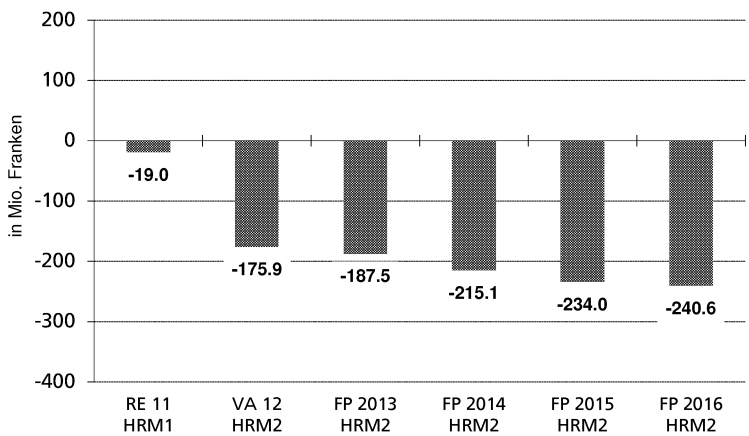
		RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
5	**Investitionsausgaben**	195.2	188.3	**202.4**	**195.2**	**196.6**	**209.8**
50	**Sachanlagen**	170.3	164.8	**163.4**	**162.3**	**172.2**	**184.8**
501	Strassen	88.5	61.1	58.6	67.4	75.2	70.1
504	Hochbauten	67.4	85.2	85.5	79.2	78.1	99.3
506	Mobilien	14.3	7.3	8.7	8.3	11.7	8.3
54	**Darlehen**	8.6	9.6	**10.9**	**11.8**	**9.5**	**10.3**
544	Öffentliche Unternehmungen	7.0	7.0	8.0	8.9	6.6	7.5
545	Private Unternehmungen	0.1	0.3	0.9	0.9	0.9	0.8
547	Private Haushalte	1.6	2.3	2.0	2.0	2.0	2.0
56	**Eigene Investitionsbeiträge**	10.8	7.4	**22.0**	**14.9**	**8.9**	**8.6**
560	Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	2.8	2.1	3.0	2.7	2.4	2.4
564	Öffentliche Unternehmungen	5.2	4.7	17.6	10.8	5.1	4.9
565	Private Unternehmungen	1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
567	Private Haushalte	0.8	0.6	0.9	0.9	0.9	0.9
57	**Durchlaufende Investitionsbeiträge**	5.5	6.6	**6.1**	**6.1**	**6.1**	**6.1**
572	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.1	1.7	1.3	1.3	1.3	1.3
574	Öffentliche Unternehmungen	2.4	2.8	2.6	2.6	2.6	2.6
577	Privat Haushalte	2.0	2.1	2.3	2.3	2.3	2.3
6	**Investitionseinnahmen**	-133.6	-59.7	**-65.9**	**-57.4**	**-52.8**	**-42.0**
63	**Investitionsbeiträge für eigene Rechn.**	-50.6	-49.2	**-55.9**	**-47.8**	**-43.7**	**-32.9**
630	Bund	-31.8	-28.9	-32.0	-23.1	-16.9	-8.7
631	Kantone und Konkordate	0.0	-0.3	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-17.6	-18.4	-20.6	-22.5	-23.2	-23.3
634	Öffentliche Unternehmungen	0.0	-1.6	-2.4	-1.4	-2.8	-0.1
637	Private Haushalte	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
64	**Rückzahlung von Darlehen**	-5.6	-3.9	**-3.9**	**-3.4**	**-3.0**	**-3.0**
644	Öffentliche Unternehmungen	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4
645	Private Unternehmungen	-2.7	-0.9	-0.9	-0.5	-0.1	-0.1
647	Private Haushalte	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67	**Durchlaufende Investitionsbeiträge**	-5.5	-6.6	**-6.1**	**-6.1**	**-6.1**	**-6.1**
670	Bund	-5.5	-6.6	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
Gesamttotal							
5	**Investitionsausgaben**	195.2	188.3	**202.4**	**195.2**	**196.6**	**209.8**
6	**Investitionseinnahmen**	-61.6	-59.7	**-65.9**	**-57.4**	**-52.8**	**-42.0**
	Nettoinvestitionen	133.6	128.6	**136.5**	**137.8**	**143.8**	**167.8**

2.3. Finanzkennzahlen

in Mio. Fr. bzw. %	RE 11 HRM1	VA 12 HRM2[1)]	**FP 2013** HRM2	**FP 2014** HRM2	**FP 2015** HRM2	**FP 2016** HRM2
Cash Flow	114.6	-47.3	-51.0	-77.3	-90.2	-72.8
Abschreibungen auf Investitionen	-95.3	-63.2	-67.7	-68.8	-67.2	-70.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	**19.3**	**-110.6**	**-118.7**	**-146.1**	**-157.4**	**-143.0**
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**19.3**	**-110.6**	**-118.7**	**-146.1**	**-157.4**	**-143.0**
Nettoinvestitionen	**133.6**	**128.6**	**136.5**	**137.8**	**143.8**	**167.8**
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	**-19.0**	**-175.9**	**-187.5**	**-215.1**	**-234.0**	**-240.6**
Selbstfinanzierungsgrad	**86%**	**-37%**	**-37%**	**-56%**	**-63%**	**-43%**
Nettoverschuldung [1]	-23.8	152.2	339.7	554.8	788.8	1029.4
Dito, in Fr. pro Einwohner [1]	-93	589	1'311	2'134	3'025	3'936
Eigenkapital **ohne Aufwertung** per 31.12	**590.9**	**480.3**	**361.6**	**215.5**	**58.1**	**-84.9**
Aufwertung nach HRM2	[2]	[2]				
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12	[2]	[2]				
Einwohner Ende Jahr in Tausend [2]	257.3	258.2	259.1	259.9	260.7	261.5

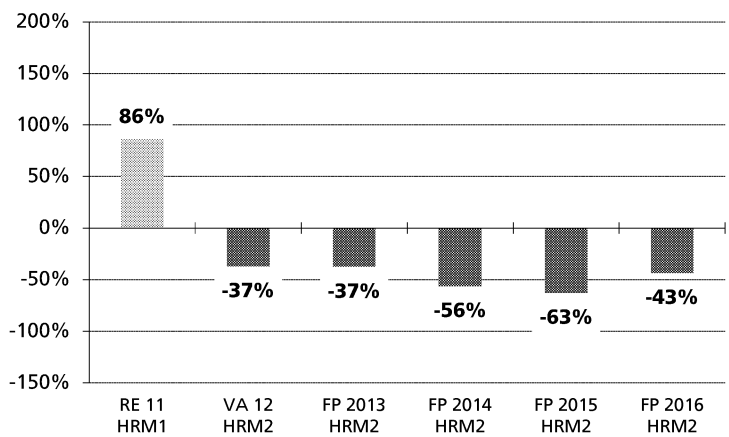
[1] Zahlen im Voranschlag 2012 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2011 aktualisiert.
[2] Aufgrund der noch definitiv festzulegenden Korrektur des Eigenkapitals unter HRM2 können keine endgültigen Angaben gemacht werden.

Finanzierungsüberschuss, - fehlbetrag
(in Mio. Franken)



Der negative Trend vom Voranschlag 2012 setzt sich in den Planjahren fort. Ohne weitere Sparmassnahmen besteht ein deutlicher Finanzierungsfehlbetrag von knapp 180 Mio. CHF., welcher bis zum Planjahr 2016 auf rund 240 Mio. CHF. anschwillt. Dies weist auf ein strukturelles Defizit von 150 Mio. CHF. ab dem Voranschlag 2012 hin.

Selbstfinanzierungsgrad



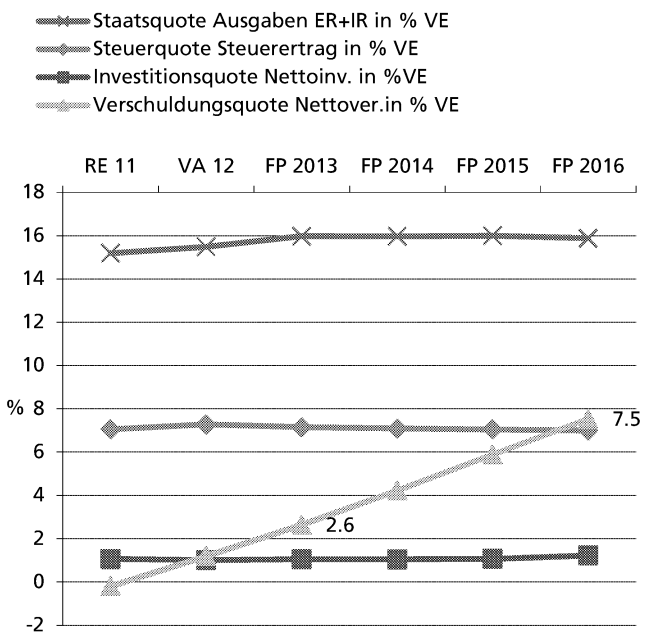
Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen. Bei einem Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 -100% können die Investitionen wenigstens teilweise selbst finanziert werden. Bei einem negativen Selbstfinanzierungsgrad entsteht ein Cash loss. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund minus 40% ab 2012 würden allein aus der Investitionstätigkeit die Schulden zunehmen. Dies war zuletzt 1994 im Kanton der Fall.

2.3.1. Kennzahlen in % vom Volkseinkommen

in Mio. Fr. bzw. %	RE 11	VA 12	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Geschätzte Zunahme VE in % [4]	1.8%	0.8%	1.8%	2.0%	2.0%	2.0%
Volkseinkommen VE	**12'549**	**12'649**	**12'877**	**13'135**	**13'397**	**13'665**
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	**15.2**	**15.5**	**16.0**	**16.0**	**16.0**	**15.9**
Steuerertrag (Konto 40 inkl. MfZ-Steuer)	885.2	921.0	921.3	931.8	944.2	955.7
Steuerquote Steuerertrag in % VE	**7.1**	**7.3**	**7.2**	**7.1**	**7.0**	**7.0**
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8
Investitionsquote Nettoinv. in %VE	**1.1**	**1.0**	**1.1**	**1.0**	**1.1**	**1.2**
Nettoverschuldung	-23.8	152.2	339.7	557.8	792.9	1'034.5
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	**-0.2**	**1.2**	**2.6**	**4.2**	**5.9**	**7.6**

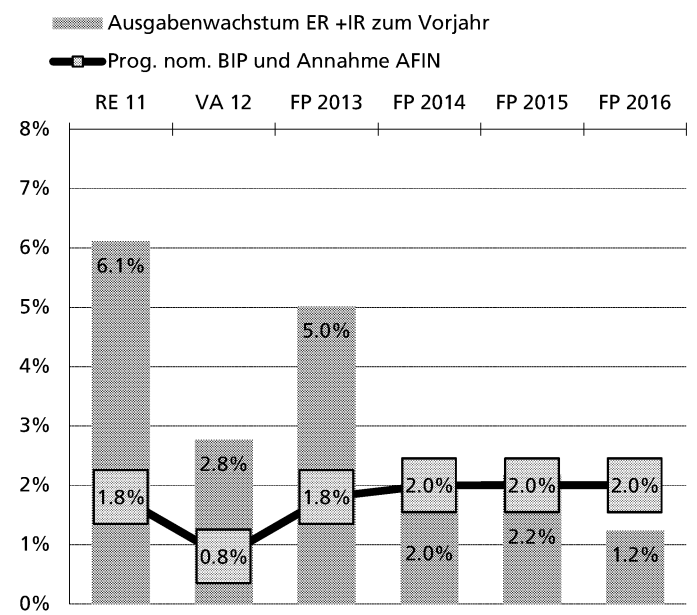
[4] Basis Zahlen 2005 vom Bundesamt für Statistik und geschätzte Veränderungen des kantonalen Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



Die Staats-, Steuer- und Investitionsquote sind in den Finanzplanjahren fast identisch.
Die Verschuldungsquote steigt von 2.6%im Jahr 2013 auf 7.6% im Jahr 2016.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Dieser Grundsatz wäre im Planjahr 2013 bei weitem nicht erreicht und in den Folgejahren 2014 und 2015 nahezu.
Das SECO prognostiziert eine Verhaltenes BIP-Wachstums von 0.8% für 2012, das sich im kommenden Jahr auf 1.8% festigen dürfte. Ab 2014 nehmen wir ein nominelles BIP von 2.0% an.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2012 – 2015

2.4.1. Erfolgsrechnung

Alle Departemente	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	1'899.0	1'946.8	*2'035.3*	2'017.0	-18.3	*2'058.2*	2'066.4	8.2	*2'076.8*	2'109.3	32.5	2'125.6
Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	*-1'822.9*	-1'898.3	-75.4	*-1'851.6*	-1'920.4	-68.7	*-1'894.0*	-1'951.8	-57.9	-1'982.6
Verrechnungen	0.0	0.0	*0.0*	0.0	0.0	*0.0*	0.0	0.0	*0.0*	0.0	0.0	0.0
Saldo	-19.3	110.6	*212.4*	**118.7**	-93.7	*206.6*	**146.1**	-60.5	*182.9*	**157.4**	-25.4	**143.0**

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr" zu „FP 2013 und 2014" fällt eine Verbesserung im Jahr 2013 von 93.7 Mio. CHF auf. Zurückzuführen sind die Anpassungen an das bessere Rechnungsergebnis 2011, sowie den zwischenzeitlich erfolgten Budgetprozess 2012 und die Erarbeitung des Massnahmenplans 2013.

1. BEH	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	17.8	18.8	*18.4*	18.7	0.2	*18.4*	18.8	0.4	*18.4*	19.1	0.6	19.2
Ertrag	-3.9	-3.2	*-3.3*	-3.2	0.1	*-3.1*	-3.2	0.0	*-3.1*	-3.2	0.0	-3.2
Verrechnungen	-7.3	-8.4	*-7.5*	-8.4	-0.9	*-7.7*	-8.4	-0.7	*-7.7*	-8.4	-0.7	-8.4
Saldo	6.6	7.2	*7.6*	7.1	-0.5	*7.6*	7.3	-0.4	*7.6*	7.5	-0.1	7.6

Keine wesentlichen Veränderungen.

2. BJD	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	222.1	255.2	*269.0*	246.7	-22.3	*265.7*	249.9	-15.8	*268.7*	246.4	-22.3	245.7
Ertrag	-111.1	-91.6	*-90.1*	-90.7	-0.7	*-90.5*	-92.7	-2.2	*-91.2*	-96.3	-5.0	-97.2
Verrechnungen	-82.5	-107.8	*-105.4*	-104.0	1.3	*-106.1*	-104.0	2.0	*-106.8*	-104.0	2.7	-104.0
Saldo	28.5	55.7	*73.6*	52.0	-21.6	*69.2*	53.2	-16.0	*70.7*	46.1	-24.6	44.5
Spezialfinanzierungen unter HRM2					-19.7			-19.7			-19.7	
Einsparungen auf Globalbudgets der Dienststellen					-2.6			-2.6			-2.6	

Der Minderaufwand von 22.3 Mio. CHF ist hauptsächlich auf die Anpassung der Spezialfinanzierungen unter HRM2 zurückzuführen. Die Spezialfinanzierungen Natur- und Heimatschutzfonds, Strassenbaufonds, Entsorgungsfonds, Altlastenfonds, Abwasserfonds und Deponienachsorgefonds sind neu dem Eigenkapital zugeordnet worden. Die Zuweisung der Spezialfinanzierungen in das Eigenkapital führt zu einem Minderaufwand in der Erfolgsrechnung der spezialfinanzierten Bereiche von 19.7 Mio. CHF im neuen Finanzplanjahr 2013. Der Minderaufwand von 2.6 Mio. CHF bei den allgemeinen Mittel ist auf diverse Dienststellen BJD verteilt und ist auf die Budgetbeschlüsse VA 2012 und der Sparvorgaben der Regierung zurückzuführen.
Die Zuweisung der Spezialfinanzierungen führt im neuen Finanzplanjahr 2013 zu einer Ertragsminderung in der Erfolgsrechnung der spezialfinanzierten Bereiche von 5.2 Mio. CHF, die jedoch mit diversen Mehrerträgen bei den allgemeinen Mittel in der Höhe von 5.9 Mio. CHF kompensiert werden können (HBA Mieterträge Spitäler +3.0 Mio. CHF, AVT Gemeindebeiträge + 0.7 Mio. CHF, STAWA Gebühren Amtshandlungen +0.6 Mio. CHF, STAWA FG Bussen und Geldstrafen +0.8 Mio CHF, Diverse +0.8 Mio. CHF).

3. DBK	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2012	Diff.	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015
Aufwand	452.4	453.7	*499.2*	470.2	-29.0	*503.1*	482.4	-20.6	*505.9*	490.6	-15.3	492.5
Ertrag	-49.4	-45.6	*-41.6*	-46.0	-4.4	*-40.8*	-45.5	-4.8	*-41.0*	-44.3	-3.3	-43.7
Verrechnungen	26.6	27.7	*26.2*	27.8	1.6	*26.2*	27.8	1.6	*26.2*	27.8	1.6	27.8
Saldo	429.6	435.8	*483.8*	451.9	-31.9	*488.5*	464.7	-23.8	*491.0*	474.0	-17.0	476.6
AVK: Gde. Lehrerlöhne, Schulleit. +region. Kleinklassen					-12.0			-11.1			-3.7	
AVK: Beiträge an Kt. für Projekte					-8.4			-0.9			-2.3	
AVK: Weiterbildung Lehrkräfte					-1.1							
AVK: Sonderschulung					-5.9			-6.5			-7.0	
Beitrag FHNW vierkant. Leistungsvereinb.					-2.3			-2.0			-2.4	
Höhere Beiträge Sek P und ausserkant. Schüler					4.0			4.0			2.7	
BBZ Olten: Miete neu als int. Verrechnung											1.6	

Der Minderaufwand im FP 2013 ist vorwiegend auf die Aktualisierung der Planwerte in folgenden Bereichen zurückzuführen: Volksschule 27.3 Mio. CHF (Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne, Schulleitungen und regionale Kleinklassen 12.0, Beiträge an Kantone für Projekte 8.4, Weiterbildung Lehrkräfte 1.1, Sonderschulung 5.9), Fachhochschule Nordwestschweiz 2.3 Mio. CHF.

Der Mehrertrag fällt hauptsächlich bei den kantonalen Schulen an aufgrund höherer Beiträge an Sek P und höherer Schulgelder von ausserkantonalen Schülern.
Der Minderaufwand im FP 2014 ist vorwiegend auf die Aktualisierung der Planwerte im Bereich Volksschule zurückzuführen (Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne, Schulleitungen, regionale Kleinklassen, spezielle Förderung 10.2 Mio. Fr., Sonderschulung 6.5 Mio. CHF).
Der Mehrertrag fällt hauptsächlich bei den kantonalen Schulen an aufgrund höherer Beiträge an Sek P und höherer Schulgelder von ausserkantonalen Schülern.

4. FD	RE 2011	VA 2012	*Vorjahr FP 2013*	**FP 2013**	Diff.	*Vorjahr FP 2014*	**FP 2014**	Diff.	*Vorjahr FP 2015*	**FP 2015**	Diff.	**FP 2016**
Aufwand	164.9	128.2	*136.9*	132.6	-4.4	*141.3*	141.4	0.1	*145.2*	150.7	5.5	157.0
Ertrag	-1'263.6	-1'218.7	*-1'193.4*	-1'245.6	-52.2	*-1'211.8*	-1'260.6	-48.7	*-1'241.9*	-1'275.0	-33.1	-1'292.9
Verrechnungen	-7.3	23.1	*19.5*	14.4	-5.1	*20.1*	14.9	-5.2	*20.1*	15.4	-4.8	15.8
Saldo	-1'106.0	-1'067.3	*-1'037.0*	-1'098.7	-61.7	*-1'050.5*	-1'104.3	-53.9	*-1'076.6*	-1'109.0	-32.4	-1'120.0
Geringerer Zinsaufwand					-2.0			-0.1			-3.3	
AIO: Neue Aktivierungsregeln (+3.2 - 6.8 Abschreib.)					-3.6			-3.6			-1.9	
Anpassung Staatsteuern					31.0			28.0			17.6	
Ausschüttungen Nationalbank					21.5			21.5			21.5	
Mehr vom NFA Ressourcenausgleich					11.7			10.7			3.4	
Reduktion Dividenertrag Alpiq					-10.2			-10.2			-10.2	

Auf der Aufwandseite wird bei den Zinsen mit einem Minderaufwand von 2 Mio. CHF gerechnet. Mit der Überarbeitung des Rechnungswesen AIO werden in der Investitionsrechnung nur noch Neu- und Erweiterungsprojekte geführt, welche externe Kosten grösser 50'000 CHF umfassen. Die übrigen Projekte werden neu in der Erfolgsrechnung geführt. Dadurch erhöhen sich zwar die Anschaffungskosten in der Erfolgsrechnung um 3.2 Mio. CHF andererseits reduzieren sich die Abschreibungen um 6.8 Mio. CHF.
Auf der Ertragsseite wurden die Staatssteuern für Natürliche Personen angepasst (+31 Mio. CHF). Der Ertrag aus der Ausschüttung der Nationalbank wurde mit 21.5 Mio. CHF wieder in den Finanzplan aufgenommen, nachdem dieser im Vorjahr ganz gestrichen wurde. Der Ressourcenausgleich NFA wurde um +11.7 Mio. CHF angepasst. Dafür musste der Dividendenertrag Alpiq um -10.2 Mio. CHF reduziert werden.

5. DdI	RE 2011	VA 2012	*Vorjahr FP 2013*	**FP 2013**	Diff.	*Vorjahr FP 2014*	**FP 2014**	Diff.	*Vorjahr FP 2015*	**FP 2015**	Diff.	**FP 2016**
Aufwand	809.6	861.9	*889.9*	909.4	19.5	*903.2*	936.0	32.7	*917.0*	963.4	46.4	989.6
Ertrag	-349.8	-342.8	*-363.4*	-364.0	-0.6	*-374.3*	-373.6	0.8	*-386.5*	-388.3	-1.8	-400.7
Verrechnungen	70.1	68.7	*67.9*	68.7	0.8	*68.6*	68.7	0.1	*69.3*	68.7	-0.6	68.7
Saldo	529.9	587.8	*594.4*	614.1	19.7	*597.5*	631.1	33.6	*599.8*	643.9	44.0	657.5
ASO (Pflegefinanzierung bis 2013)					26.0			4.0			4.0	
ASO (Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde)					4.0			4.0			4.0	
ASO (Prämenverbilligung gemäss KVG)					-5.0			-7.0			-10.6	
ASO (EL/AHV, inkl. Pflegefinanzierung ab 2014)					-1.6			23.5			24.9	
GESA (Spitalbehandlungen gemäss KVG)					-15.0			-13.0			-11.0	
Globalbudget soH					6.1			16.1			26.1	
Kantonspolizei (HRM2, Personalaufwand)					2.6			3.7			7.2	
AfÖS (Transfer Abteilungen mit VWD)					0.5			1.3			1.9	
AJUV					0.4			0.7			-0.6	

Der Grund für die Aufwandsteigerung von 19.7 Mio. CHF. zwischen dem FP 2013 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegen bei der Sozialen Sicherheit + 24.4 Mio. CHF (v.a. Pflege und Betreuung sowie Überführungskosten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde).
Die Gründe für die Aufwandsteigerung von 33.6 Mio. CHF zwischen dem FP 2014 des Vorjahres und dem aktuellen Finanzplan 2014 liegen bei der Sozialen Sicherheit + 24.7 Mio. CHF (v.a. Pflege und Betreuung sowie Einrichtungs- und Überführungskosten Kinder – und Erwachsenenschutzbehörde) und der Öffentlichen Sicherheit + 5.7 Mio. CHF.

6. VWD	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	208.9	205.5	*198.7*	216.0	17.3	*203.3*	214.4	11.1	*198.5*	215.6	17.1	198.1
Ertrag	-135.8	-128.9	*-125.7*	-143.4	-17.6	*-125.7*	-139.4	-13.7	*-124.8*	-139.4	-14.6	-139.4
Verrechnungen	-2.4	-6.5	*-4.5*	-2.7	1.8	*-4.9*	-3.2	1.8	*-4.9*	-3.7	1.3	-4.1
Saldo	70.6	70.1	*68.5*	69.9	1.5	*72.6*	71.8	-0.9	*68.8*	72.6	3.8	54.5
EnergieFS: Gebäudeprogramm vom Bund (Saldoneutral)					0.0			0.0			0.0	
Finanzausgleich Kirchgemeinden angepasst (Saldoneutral)					0.0			0.0			0.0	

In der Energiefachstelle wird vom Gebäudeprogramm des Bundes der Teil A neu ausgewiesen. Im Teil A sind die Gebäude- und Gebäudehüllensanierungen, welche für den Kanton kostenneutral über die CO2-Abgabe finanziert werden (+10 Mio. CHF saldoneutral) enthalten. Der Vollzug wurde mit Leistungsauftrag an eine externe Firma übertragen.
Weiter wurde der Finanzausgleich Kirchgemeinden aufgrund der neuen Steuerdaten der Juristischen Personen angepasst (2013: +3,4 Mio. CHF saldoneutral). Der Aufwand reduziert sich im Jahr 2016, weil die Übergangsfinanzierung für den NFA von CHF 15.0 Mio. befristet ist.

7. GER	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.	Vorjahr FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	23.3	23.4	*23.2*	23.5	0.4	*23.2*	23.5	0.4	*23.2*	23.5	0.4	23.5
Ertrag	-4.7	-5.4	*-5.4*	-5.4	0.0	*-5.4*	-5.4	0.0	*-5.4*	-5.4	0.0	-5.4
Verrechnungen	2.9	3.2	*3.7*	4.3	0.5	*3.7*	4.3	0.5	*3.7*	4.3	0.5	4.3
Saldo	21.4	21.2	*21.5*	22.4	0.9	*21.5*	22.4	0.9	*21.5*	22.4	0.9	22.4
Stufenanstiege und Pensen Systemadministration					0.4			0.4			0.4	
Verrechnungen: Neue IT-Abschreibungspraxis					0.5			0.5			0.5	

Kosten: 0,4 Mio. CHF Stufenanstiege bei den Löhnen, eine Anstellung in der Systemadministration (verrechenbar), Aufstockung Aushilfskredit.
Verrechnungen: 0,7 Mio. CHF Paradigmenwechsel (kürzere Abschreibungsdauer) bei der Verrechnung der IT-Leistungen.

2.4.2. Investitionsrechnung

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	**FP 2013**	Diff.	Vorjahr FP 2014	**FP 2014**	Diff.
Total alle Departemente								
Ausgaben	195.2	188.3	228.2	202.4	-25.8	201.4	195.2	-6.2
Einnahmen	-61.6	-59.7	-72.9	-65.9	7.0	-61.1	-57.4	3.7
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	155.3	**136.5**	-18.8	140.3	**137.8**	-2.5

Die Verbesserung gegenüber dem Finanzplan zum Vorjahr ist durch die konsequente Überprüfung und Priorisierung der Projekte im Hoch-, Strassen- und Wasserbau entstanden.

Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	**FP 2013**	Diff.	Vorjahr FP 2014	**FP 2014**	Diff.
2. Bau- und Justizdepartement								
Ausgaben	170.7	170.1	208.1	181.6	-26.5	181.4	174.8	-6.6
Einnahmen	-53.9	-53.3	-67.1	-59.0	8.1	-55.3	-50.5	4.8
Nettoinvestitionen	116.7	116.7	141.0	**122.6**	-18.4	126.1	**124.4**	-1.8

Die Nettoinvestitionen im Finanzplanjahr 2013 weichen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres um -18.4 Mio. CHF ab (HBA -11.7 Mio. CHF, AVT -0.3 Mio. CHF, AVT ÖV -3.9 Mio. CHF, AfU -1.9 Mio. CHF, AGI -0.6 Mio. CHF.). Priorisierung und Verschiebung von planbaren Projekten führen zu dieser Reduktion der Nettoinvestitionen. Die bewilligten und laufenden Projekte sind davon nicht betroffen und werden wie geplant ausgeführt. Die Nettoinvestitionen der neuen Finanzplanjahre 2013 – 2015 weichen nicht nennenswert ab. Im Finanzplanjahr 2016 ist mit dem geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn ein Anstieg der Nettoinvestitionen auf 154.8 Mio. CHF zu verzeichnen.

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	**FP 2013**	Diff.	Vorjahr FP 2014	**FP 2014**	Diff.
3. Departement für Bildung und Kultur								
Ausgaben	2.4	2.0	2.0	2.5	0.5	2.0	2.5	0.5
Einnahmen	-1.8	-1.5	-1.5	-2.0	-0.5	-1.5	-2.0	-0.5
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	0.5	**0.5**	0.0	0.5	**0.5**	0.0

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	**FP 2013**	Diff.	Vorjahr FP 2014	**FP 2014**	Diff.
4. Finanzdepartement								
Ausgaben	11.5	5.6	9.5	6.5	-3.0	9.5	6.5	-3.0
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	10.0	5.6	9.5	**6.5**	-3.0	9.5	**6.5**	-3.0

Die Ausgaben der Investitionsrechnung reduziert sich, weil im AIO neu nur noch Projekte aktiviert werden, welche externe Kosten grösser 50'000 CHF umfassen. Alle restlichen Projekte sind in der Erfolgsrechnung AIO.

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	**FP 2013**	Diff.	Vorjahr FP 2014	**FP 2014**	Diff.
5. Departement des Innern								
Ausgaben	2.5	1.8	0.7	2.2	1.5	0.5	1.8	1.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	1.8	0.7	**2.2**	1.5	0.5	**1.8**	1.3

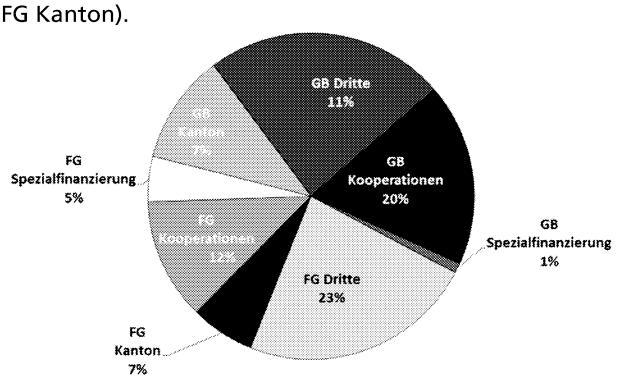
	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	**FP 2013**	Diff.	Vorjahr FP 2014	**FP 2014**	Diff.
6. Volkswirtschaftsdepartment								
Ausgaben	8.2	9.0	8.0	9.6	1.6	8.0	9.6	1.6
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.3	-4.9	-0.6	-4.3	-4.9	-0.6
Nettoinvestitionen	3.8	4.1	3.7	**4.7**	1.0	3.7	**4.7**	1.0

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

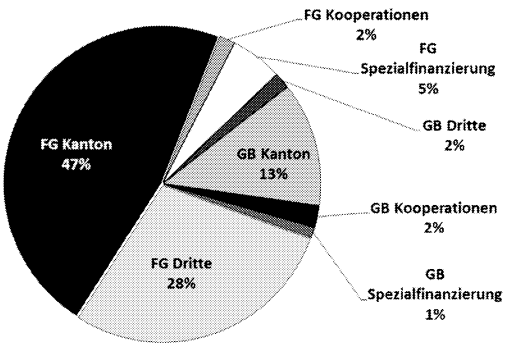
Langfristig gebundene Gelder
Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

Differenzierte Ressourcenbindung
Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:
1. hoch: Kanton Solothurn, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.
2. neutral: Spezialfinanzierungen stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.
3. geteilt: Kooperationen mit anderen Kantonen oder Institutionen in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.
4. niedrig: Dritte (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.
Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrössen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre Leistung direkt beeinflussen können den **Finanzgrössen** zuzuweisen.
Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der der Handlungsautonomie aufteilt.

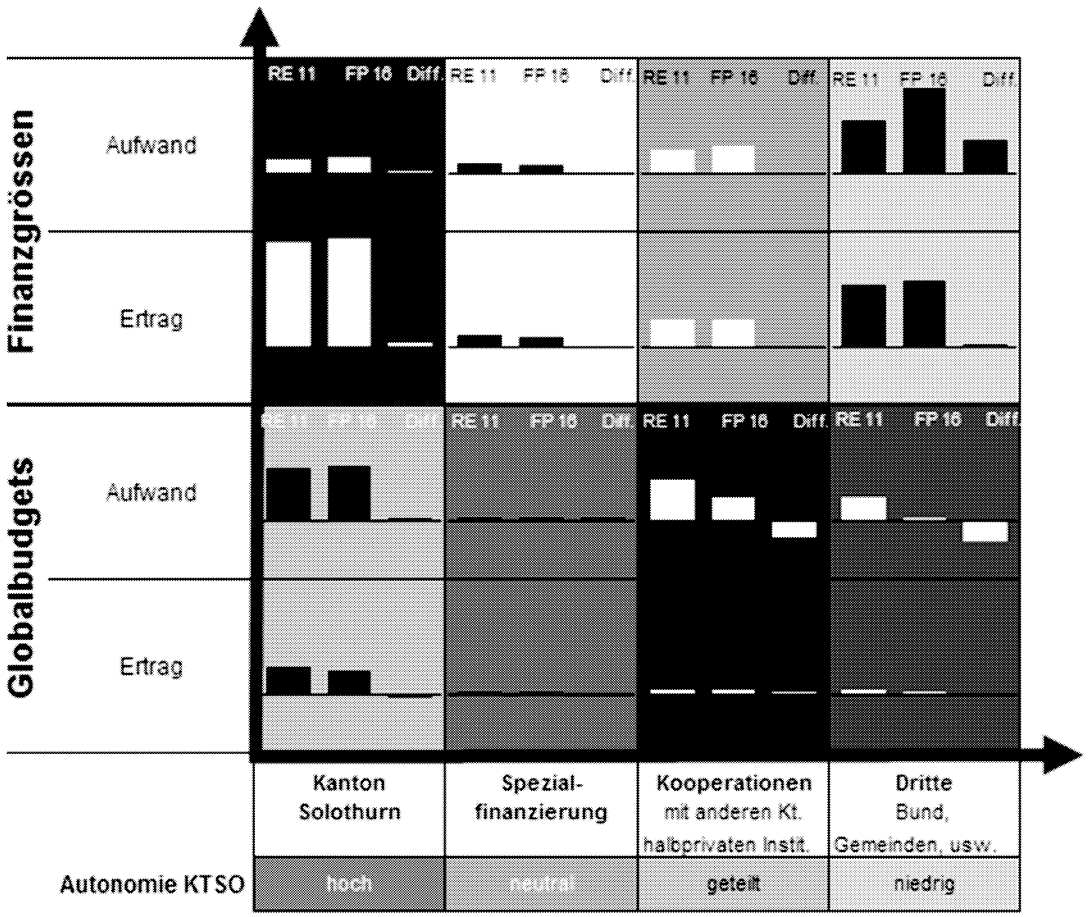
Aufwand RE 2011 – 14% hoch Beeinflussbar
Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2011 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass nur gerade 14% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert wird (7% GB Kanton + 7% FG Kanton).



Ertrag Rechnung 2011 – 60% hoch Beeinflussbar
Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig, verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung, veränderbar sind (47% FG Kanton + 13% GB Kanton).



Vergleich Rechnung 2011 und Planjahr 2016
Wird der Gesamtaufwand und der Ertrag der RE 11 und FP 16 prozentual auf diesen Feldern untersucht, ist in der Differenzspalte die Zu- oder Abnahme ersichtlich.



Betrachtet man die grössten Veränderungen, fallen zwei Tendenzen auf.
1) Der Aufwand der Globalbudgets im direkten Einfluss des Kantons wird zunehmend in die Finanzgrössen verlagert.
2) Im Bereich der Kooperationen und Dritte reduziert sich der direkte Einfluss des Kantons bei den Globalbudgets.

Beurteilung und Konsequenz
Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 30%-35% des Gesamtaufwandes (inklusiv Finanzgrössen) beeinflussen können. Der Kanton verliert tendenziell an direktem Einfluss bei den Aufwendungen (30%), kann aber über einen deutlich höheren Anteil (60%) der Erträge bestimmen.

3. Verwaltungseinheiten

3.1. Behörden und Staatskanzlei

3.1.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit. Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

Staatskanzlei	inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz
Parlamentsdienste	Stabsdienstleistungen für den Kantonrat
Drucksachen / Lehrmittelverlag	

Ausserhalb der Globalbudgets werden – in administrativer Verantwortung der Staatskanzlei - die Finanzgrössen für die kantonalen Behörden (Regierungsrat und Kantonsrat) geführt.

3.1.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.7.	**Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren**
1.7.3	Konzept für E-Government im Kanton Solothurn erstellen
1.8	**Image des Kantons fördern**
1.8.1	Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes

3.1.3. Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Ausmass der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich. Entsprechend gleichmässig verläuft der ausgewiesene Bedarf an finanziellen Ressourcen in den Jahren 2013-16. Der ursprünglich auf den Beginn der neuen Globalbudgetperiode 2010-12 geplante personelle Ausbau der regierungsrätlichen Stabsdienste wurde aus Spargründen vorerst nicht umgesetzt; die Umsetzung der neuen IT-Strategie ab Mitte 2011 erforderte jedoch innerhalb der Staatskanzlei den Aufbau einer neuen Fachstelle für E-Government und IT-Koordination.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regierungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kontonalen Verwaltung gewährleistet werden. Zudem soll das bisher auf Auslandschweizer ausgerichtete Pilotprojekt E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – mit erweitertem Elektorat weitergeführt werden. Zur Sicherstellung einer effizienten Abwicklung aller Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte ist die Ablösung der bisherigen Geschäftskontrolle Konsul/Kondor bis Ende 2013 von grosser strategischer Wichtigkeit. Ein weiteres Projekt mit grosser Aussenwirkung stellt die geplante Ablösung der bisherigen Kantons-Website so.ch bis Mitte 2014 dar.

3.1.4. Massnahmen

1450	**Einführung Lexwork**					Ziel LP	-
	Neue elektronische Software zur Verwaltung und Publikation von Gesetzen und Verordnungen					Beschluss	-
	Status	**Erledigt**	Start-Datum	**1. Jan 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**	
	Amt	**Staatskanzlei**					

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
480	Datenmigration keyfile	31. Jan 2011	31. Jan 2011	
481	Umstellung auf XML	31. Dez 2011	30. Jun 2011	
739	Produktivstart	31. Dez 2011	1. Jul 2011	

1444	**Elektronische Archivierung**					Ziel LP	-
	Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen					Beschluss	-
	Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**2. Mrz 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2009**	
	Amt	**Staatskanzlei**					

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen	31. Dez 2009	31. Aug 2009	
2941	*Konzept*	*31. Dez 2012*		

1432	**Realisierung E-Voting**					Ziel LP	-
	Möglichkeit zur einfachen Partizipation an Abstimmungen für Auslandschweizer schaffen					Beschluss	-
	Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2012**	
	Amt	**Staatskanzlei**					

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
474	Zusammenarbeitsverträge	30. Jun 2009	30. Jun 2009	
475	*1. Phase für Auslandschweizer*	*31. Dez 2012*	*28. Nov 2010*	
5093	*Zentrales Stimmregister*	*31. Dez 2013*		
5094	*Erweitertes E-Voting System*	*30. Jun 2015*		
5095	*2. Versuchsphase*	*31. Dez 2016*		

5125	**Geschäftskontrolle GeverFutura**					Ziel LP	-
	Ersatz der veralteten GEVER-Systeme Konsul, Ambassador und Kondor.					Beschluss	-
	Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Dez 2011**	Soll-Termin	**31. Dez 2014**	
	Amt	**Staatskanzlei**					

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5096	*Analyse und Evaluation*	*31. Dez 2012*		
5097	*Migration Regierungs- und Parlamentsprozesse*	*31. Dez 2013*		
5098	*Migration übrige Prozesse*	*31. Dez 2014*		

5126	**Digitale Mikrofilmstelle**					Ziel LP	-
	Beschaffung und Inbetriebnahme einer digitalen Mehrzweck-Mikrofilmstelle im Staatsarchiv					Beschluss	-
	Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2013**	Soll-Termin	**31. Dez 2013**	
	Amt	**Staatskanzlei**					

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5099	*Evaluation*	*31. Jul 2013*		
5100	*Beschaffung und Einführung*	*31. Dez 2013*		

5127	**Relaunch Web-Portal so.ch**					Ziel LP	-
	Aufbau eines neuen Portals so.ch inkl. Webarchiv für die Publikation von Dokumenten in grossen Mengen. Ablösung der bisherigen Website.					Beschluss	-
	Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jul 2012**	Soll-Termin	**30. Jun 2014**	
	Amt	**Staatskanzlei**					

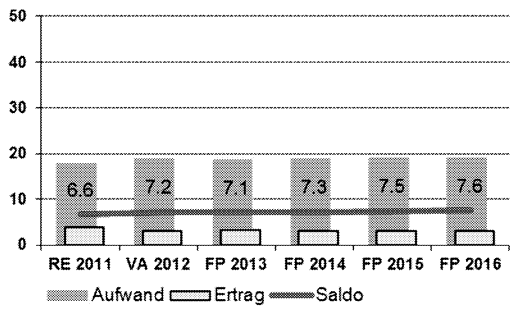
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5101	*Konzeptentwicklung*	*31. Mrz 2013*		
5102	*Technische Realisation*	*31. Dez 2013*		
5103	*Rollout neue Website*	*30. Jun 2014*		

1808	**Corporate Identity**					Ziel LP	1.8.1 Förderung
	Konzept zur Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbilds des Kantons					Beschluss	-
	Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2013**	
	Amt	**Drucksachen / Lehrmittelverlag**					

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
575	*Konzept*	*31. Dez 2013*		

3.1.5. Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Globalbudgets						
Aufwand	13.0	13.8	13.7	13.8	14.0	14.2
Ertrag	-3.6	-2.9	-2.9	-2.8	-2.8	-2.8
Globalbudgetsaldo	9.4	11.0	**10.8**	**11.0**	**11.2**	**11.3**
Verrechnung	-5.4	-6.5	-6.5	-6.5	-6.5	-6.5
Saldo	4.0	4.5	4.3	4.5	4.7	4.8
Finanzgrössen						
Aufwand	4.8	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
Ertrag	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	-1.8	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Saldo	2.7	2.7	**2.7**	**2.7**	**2.7**	**2.7**
Saldo total	6.6	7.2	**7.1**	**7.3**	**7.5**	**7.6**



Es ergeben sich in der Planperiode keine nennenswerten Veränderungen; die geringe Aufwandsteigerung ab 2014 ist auf eine geplante Erhöhung der Personalressourcen im Staatsarchiv zurückzuführen.

3.2. Bau – und Justizdepartement

3.2.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.
Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen.
Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften.
Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

3.2.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.6.	**Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen**
1.61	Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöhen
1.62	Umfahrung Olten realisieren
1.63	Grossräumige Verkehrsplanung
2.1	**Attraktive Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten**
2.11	Gesamtüberprüfung der räumlichen Entwicklung. Ausgewogene Siedlungs- und Landschaftsräume entwickeln.
2.12	Agglomerationen entwickeln
2.3	Gefahrenpotentiale vermindern
2.31	Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen
2.32	Altlasten systematisch sanieren.

3.2.3. Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 12-15 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 13-16.
Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar.
Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.
Das Gesamtverkehrsprojekt in Olten prägt den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend.
Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

3.2.4. Massnahmen

2948 **Rechtliche Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung des Bundes** — Ziel LP .

Rechtliche Umsetzung der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes — Beschluss .

Status **In Arbeit** Start-Datum **3. Mrz 2011** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Departementssekretariat BJD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
741	*Handlungs- und Gesetzgebungsfelder definieren, Finanzierung sichern*	*30. Sep 2012*		
742	*Vernehmlassungsentwurf Gesetzgebung*	*31. Dez 2012*		
743	*B+E*	*30. Jun 2013*		

3008 **Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung** — Ziel LP .

Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung — Beschluss .
Änderung anderer Erlasse und Erfüllung parlamentarische Vorstösse

Status **In Arbeit** Start-Datum **6. Mrz 2011** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Departementssekretariat BJD**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
778	*RRB B+E*	*31. Dez 2012*		

1180 **Agglomerationsprogramme Solothurn und Aareland** — Ziel LP C.2.1.2

Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (1. Generation) — Beschluss .

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2005** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Amt für Raumplanung**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
372	Für A Projekte: Bau- und Finanzreife erarbeiten	31. Dez 2009	31. Dez 2009	
484	Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Unterschriftsreife bringen.	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
780	*Plangenehmigung für die neuen Bahnhaltestellen Solothurn Brühl Ost und Bellach Grederhof*	*31. Aug 2012*		

1494	**Agglomerationsprogramme 2. Generation**					Ziel LP	C.2.1.2
Aggloprogramm 2. Generation						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2013**		
Amt	**Amt für Raumplanung**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
485	*Amtsinterner Entwurf*	*31. Mai 2012*		
486	*Einreichung beim Bund*	*30. Jun 2012*		
487	*Abschluss Leistungsvereinbarung*	*31. Dez 2013*		

1114	**Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft**					Ziel LP	C.2.1.2
Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**		
Amt	**Amt für Raumplanung**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1241	Antrag an RR: Entscheid über weiteres Vorgehen (RRB)	31. Dez 2010	1. Mrz 2011	
769	Entscheid RR weiteres Vorgehen:	31. Dez 2011		

1184	**Deponieplanung**					Ziel LP	.
Deponieplanung						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2012**		
Amt	**Amt für Raumplanung**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
541	Richtplananpassung	31. Dez 2008		
1681	Richtplananpassung oberer Kantonsteil	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
770	*Richtplananpassung Schwarzbubenland*	*31. Dez 2012*		
771	*Richtplananpassung, Überführen in Projekt 1202, Richtplangesamtüberprüfung*	*31. Dez 2012*		
5087	*Richtplananpassung unterer Kantonsteil*	*31. Dez 2012*		

1204	**Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt**					Ziel LP	C.2.1.1
Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2010**		
Amt	**Amt für Raumplanung**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
384	RRB, B+E	31. Dez 2010		

1202	**Richtplangesamtüberprüfung**					Ziel LP	C.2.1.1
Richtplanüberprüfung (RRB, B+E)						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2010**		
Amt	**Amt für Raumplanung**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
383	RRB, B+E	31. Okt 2010		
489	Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung	31. Dez 2010		
773	*Bereinigung, Mitwirkung, Information*	*30. Jun 2012*		
772	*Verwaltungsinternen Entwurf*	*30. Nov 2012*		
5088	*Richtplan Gesamtüberprüfung 2012*	*30. Dez 2012*		

2995	**Testplanung Riedolz/Luterbach**					Ziel LP	.
Testplanung Riedholz/Luterbach						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**6. Mrz 2011**	Soll-Termin	**31. Dez 2013**		
Amt	**Amt für Raumplanung**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
774	Testplanung	31. Dez 2011	31. Dez 2011	
5086	*Vertiefungsphase*	*31. Dez 2012*		
775	*Planungsrechtliche Umsetzung*	*31. Dez 2013*		

1206	**Neubau Berufsschule Solothurn**					Ziel LP	C.1.1.2
Neubau Berufsschule Solothurn						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**30. Jun 2016**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
539	Start Wettbewerb	31. Okt 2009	31. Dez 2009	
490	Vorprojekt	31. Dez 2010	30. Apr 2011	
757	RRB B+E (Kreditbeschluss)	30. Nov 2011	31. Mrz 2012	
491	*Realisierung*	*30. Jun 2016*		

1136	**Neubau Fachhochschule Olten**					Ziel LP	C.1.1.2
Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**4. Mrz 2011**	Soll-Termin	**13. Sep 2013**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
337	RRB B+E	30. Jun 2008	30. Jun 2008	
338	Baubewilligung	31. Dez 2009	31. Dez 2009	
339	*Bezug/Inbetriebnahme*	*13. Sep 2013*		

2966	**Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten**					Ziel LP	.
Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**6. Mrz 2011**	Soll-Termin	**30. Jun 2013**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
759	RRB B+E, Volksbeschluss	28. Feb 2011	28. Feb 2011	
760	*Fertigstellung*	*30. Jun 2013*		

1149	**Sanierung Bürgerspital Solothurn**					Ziel LP	C.3.3.3
Sanierung Bürgerspital Solothurn						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2006**	Soll-Termin	**31. Dez 2023**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
348	Wettbewerb durchgeführt	31. Dez 2008	31. Dez 2008	
351	Vorprojekt	31. Dez 2009	30. Sep 2010	
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)	31. Dez 2010	31. Dez 2011	
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung	31. Dez 2011	31. Dez 2011	
755	*Volksabstimmung*	*17. Jun 2012*		
350	*Fertigstellung*	*31. Dez 2023*		

1133	**Sanierung Kantonsschule Olten**					Ziel LP	C.1.1.2
Sanierung Kantonsschule Olten						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2020**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1247	*RRB / B+E*	*31. Dez 2012*		
749	*Fertigstellung Sanierung Kantonsschule Olten*	*31. Dez 2020*		

1151	**Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)**					Ziel LP	.
Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)						Beschluss	.
Status	**Erledigt**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2009**	Ist-Termin	**31. Dez 2011**
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
352	Sanierung Haus 2	31. Dez 2008	31. Dez 2008	
353	Bauabrechnung	30. Jun 2011	30. Dez 2011	

1147	**Um- und Ausbau Kantonsspital Olten**					Ziel LP	.
Um- und Ausbau Kantonsspital Olten						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**30. Jun 2013**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
345	Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt	31. Dez 2008	31. Dez 2008	
346	Neues Bettenhaus erstellt	31. Dez 2009	31. Dez 2009	
746	Neuer Behandlungstrakt B im Rohbau erstellt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
747	*Fertigstellung Behandlungstrakt B*	*30. Jun 2012*		
347	*Fertigstellung Umgebung*	*30. Jun 2013*		

2969	**Umbau Museum Altes Zeughaus**					Ziel LP	C.3.5.1
Umbau Museum Altes Zeughaus						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**6. Mrz 2011**	Soll-Termin	**31. Dez 2015**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
762	Wettbewerb	31. Dez 2011	31. Dez 2011	
763	*RRB B+E*	*31. Dez 2012*		
764	*Fertigstellung*	*31. Dez 2015*		

1120	**Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün"**					Ziel LP	.
Realisierung bis 2012						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2014**		
Amt	**Hochbauamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
328	RRB B+E	31. Dez 2008	31. Dez 2008	
329	Volksbeschluss	31. Dez 2009	27. Sep 2009	
751	RRB B+E Zusatzkredit	31. Mrz 2011	22. Mrz 2011	
330	*Realisierung Neubau*	*30. Jun 2014*		
752	*Fertigstellung Umbauten*	*31. Dez 2014*		

1155	**Entlastung Region Olten**					Ziel LP	C.1.6.2
Entlastung Region Olten, Fertigstellung						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2015**		
Amt	**Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
356	Baubeginn	31. Dez 2008	31. Aug 2008	
357	*Inbetriebnahme*	*31. Dez 2013*		
358	*Bauabrechnung*	*31. Dez 2015*		

1512	**Sanierung Stadtmist Solothurn**					Ziel LP	C.2.3.2
Sanierung Stadtmist Solothurn						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2018**		
Amt	**Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
502	Klärung Handlungsbedarf	31. Dez 2010		
503	*Vorprojekt*	*31. Dez 2013*		
506	*Bauprojekt*	*31. Dez 2014*		
507	*Realisierung*	*31. Dez 2016*		

1163	**Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen**					Ziel LP	.
Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen, Realisierung						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2015**		
Amt	**Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
364	*Richtplananpassung*	*30. Jun 2012*		
363	*Planauflage*	*31. Dez 2012*		

1153	**Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008**					Ziel LP	.
Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2013**		
Amt	**Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
354	Inbetriebnahme	8. Aug 2008	8. Aug 2008	
540	Schlussarbeiten	31. Dez 2009	31. Dez 2010	
1676	*Bauabrechnung/Kreditabrechnung*	*31. Dez 2013*		

1520	**Balsthal, Verkehrsentlastung Klus (Erschliessungsplan)**					Ziel LP	C.1.6.3
Balsthal, Verkehrsentlastung Klus (Erschliessungsplan)						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2018**		
Amt	**Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
510	*Vorprojekt*	*31. Dez 2012*		
511	*Mitwirkungsverfahren*	*30. Jun 2013*		
513	*Bauprojekt Erschliessungsplan*	*31. Dez 2013*		

1501	**Hochwasserschutz Emme**					Ziel LP	C.2.3.1
Hochwasserschutz Emme						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2019**		
Amt	**Amt für Umwelt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1502	Planung Biberist / Gerlafingen	31. Okt 2010	31. Okt 2010	
493	*Realisierung Biberist / Gerlafingen*	*30. Jun 2013*		
494	*Planung Wehr Biberist - Aare*	*30. Jun 2015*		
5092	*Volksabstimmung Wehr Biberist - Aare*	*31. Dez 2015*		
495	*Realisierung Wehr Biberist - Aare*	*31. Dez 2019*		

1504	**Hochwasserschutz Aare**					Ziel LP	C.2.3.1
Hochwasserschutz Aare						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2016**		
Amt	**Amt für Umwelt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1505	*Planung Dammbauten 1. Priorität*	*30. Jun 2012*		
2978	*Realisierung Dammbauten 1. Priorität*	*31. Dez 2012*		
498	*Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität*	*31. Dez 2012*		
765	*Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität*	*31. Dez 2012*		
499	*Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität*	*31. Dez 2016*		

1182	**Schwermetallsanierung Schiessanlagen**					Ziel LP	C.2.3.2
Schwermetallsanierung Schiessanlagen						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2007**	Soll-Termin	**31. Dez 2012**		
Amt	**Amt für Umwelt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
373	*Einbau Kugelfänge*	*31. Dez 20012*		

3018	**Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche**					Ziel LP	.
Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche nach Brandfall, mit denkmalpflegerischen Beiträgen des Kantons						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**6. Mrz 2011**	Soll-Termin	**30. Sep 2012**		
Amt	**Amt für Denkmalpflege und Archäologie**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
779	*Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche*	*30. Sep 2012*		

1190	**Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn**					Ziel LP	.
Publikation						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2008**	Soll-Termin	**31. Dez 2012**		
Amt	**Amt für Denkmalpflege und Archäologie**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
378	*Publikation*	*31. Dez 2012*		

1143	**Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des**					Ziel LP	.
Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2006**	Soll-Termin	**31. Dez 2010**		
Amt	**Amt für Denkmalpflege und Archäologie**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
343	*Projektarbeiten gemäss Plan*	*31. Dez 2012*		

5120	**Archäologische Ausgrabungen Stadttheater Solothurn**					Ziel LP	.
Ausgrabungen						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jun 2013**	Soll-Termin	**1. Jun 2014**		
Amt	**Amt für Denkmalpflege und Archäologie**						

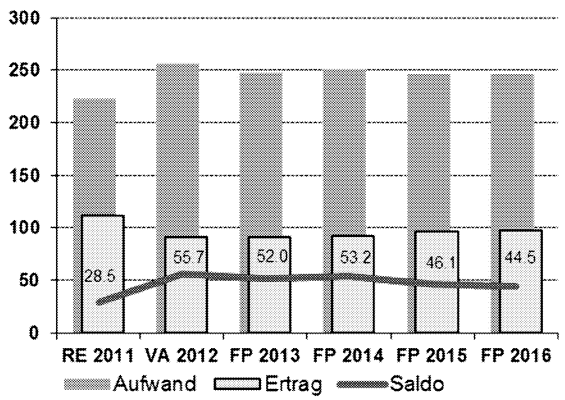
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5089	*Start Ausgrabungen*	*1. Jun 2013*		

1172	**RADAV**					Ziel LP	.
Fertigstellung Dezember 2011						Beschluss	.
Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2005**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**		
Amt	**Amt für Geoinformation**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
2983	*Vollendung RADAV*	*31. Dez 2013*		

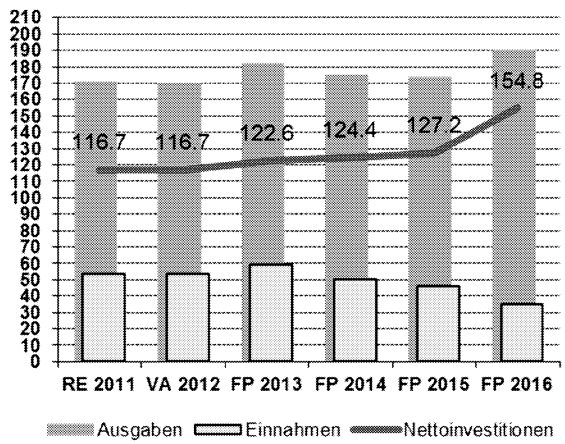
3.2.5. Finanzen in Mio. Franken vom Bau - und Justizdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Globalbudgets						
Aufwand	160.4	165.8	173.0	175.9	175.3	176.4
Ertrag	-37.2	-36.8	-38.6	-38.7	-39.6	-39.5
Globalbudgetsaldo	123.2	129.1	**134.3**	**137.2**	**135.7**	**137.0**
Verrechnungen	-22.2	-30.6	-31.6	-31.6	-31.6	-31.6
Saldo	101.0	98.4	102.7	105.6	104.1	105.3
Finanzgrössen						
Aufwand	61.7	89.4	73.8	74.0	71.0	69.2
Ertrag	-73.9	-54.9	-52.1	-54.0	-56.7	-57.7
Verrechnungen	-60.3	-77.2	-72.4	-72.4	-72.4	-72.4
Saldo	-72.5	-42.7	**-50.7**	**-52.4**	**-58.0**	**-60.9**
Saldo total	28.5	55.7	**52.0**	**53.2**	**46.1**	**44.5**



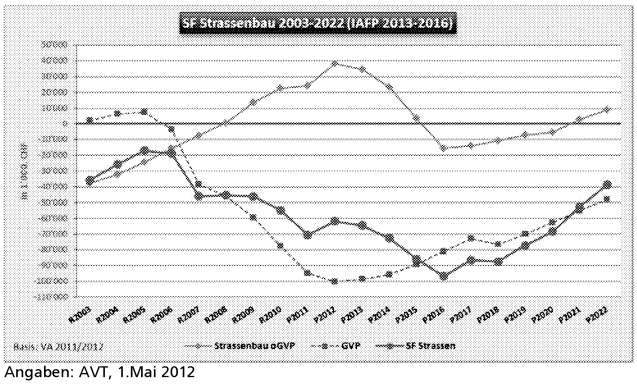
Die Abnahme in den Jahren 2015 - 2016 ist insbesondere auf die tieferen Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen und auf die höheren Einnahmen aus Konzessionen zurückzuführen.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Total						
Ausgaben	170.7	170.1	181.6	174.8	173.2	189.9
Einnahmen	-53.9	-53.3	-59.0	-50.5	-45.9	-35.2
Nettoinvestitionen	116.7	116.7	**122.6**	**124.4**	**127.2**	**154.8**
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	27.4	34.5	22.3	19.0	34.1	57.5
Hochbau: Bildungsbauten	31.0	38.3	48.0	49.4	32.6	34.2
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	0.0	0.2	0.2	0.3	1.0	5.5
Kantonsstrassenbau	46.0	32.4	37.5	41.9	49.1	46.7
Öffentlicher Verkehr	5.8	3.9	8.4	7.1	3.4	3.9
Umwelt	5.2	6.2	3.9	4.8	5.5	5.8
Geoinformationen	1.3	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2



Die Nettoinvestitionen der Finanzplanjahre 2013 – 2015 weichen nicht nennenswert voneinander ab (+4.6 Mio. CHF). Im Finanzplanjahr 2016 ist mit dem geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn ein Anstieg der Nettoinvestitionen auf 154.8 Mio. CHF zu verzeichnen.

3.2.6. Entwicklung Strassenbaufonds



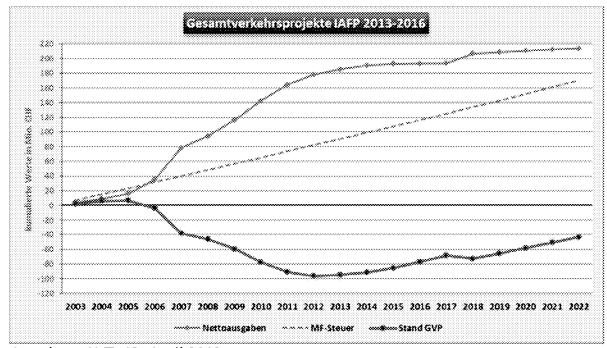
Angaben: AVT, 1.Mai 2012

Die Erstellung des IAFP 2012 – 2015 erfolgte aufgrund des damaligen Wissensstandes über die Auswirkungen von HRM2. Wesentliche Punkte sind in der Zwischenzeit widerlegt worden. Für die Spezialfinanzierung (SF) Strassenbau wird die vorgesehene lineare Abschreibung von 2.5 % nach deren Nutzungsdauer neutralisiert. Für die Berechnung der SF Strassenbau sind nach wie vor die Nettoausgaben zu berücksichtigen. Weiterhin erfolgt auch die Verzinsung der Verschuldung gegenüber dem allgemeinen Haushalt. In den Finanzplanjahren 2013 – 2016 sind die Finanzgrössen (Treibstoffzollanteil, LSVA und MFK-Steuern) tiefer budgetiert als im IAFP 2012 – 2015.

Damit entsteht gegenüber dem IAFP 2012 - 2015 die konträre Situation, dass anstelle einer Verbesserung die Verschuldung der SF Strassenbau mittelfristig, d.h. bis 2016 noch zunimmt. Der effektive Verlustvortrag per Jahresabschluss 2011 beträgt rund 58.9 Mio. Fr.

Die langfristige Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau entspricht gemäss heutigem Wissensstand den Prognosen, wie sie bereits im IAFP 2011 – 2014 dargestellt wurden.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)



Angaben: AVT, 13. April 2012

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15 % erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber nach 20 Jahren im Jahr 2022. Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2011 belief sich der effektive Verlustvortrag der „Sonderrechnung Gesamtverkehrsprojekte“ auf 90.7 Mio. Fr. und wird nach dem geschätzten Tiefststand im Jahr 2012 von rund 100.0 Mio. Fr. im Jahr 2016 den Stand von 81.2 Mio. Fr. erreichen.

Vor Jahresfrist ging man davon aus, dass mit der Umstellung auf HRM2 die Verzinsung entfallen wird. Nachdem diese Bestimmung widerrufen wurde, ist mit zusätzlichen Zinskosten zu rechnen, über den ganzen Zeitraum betrachtet betragen die Zinskosten 33.8 Mio. Fr.

Der Zuschlag der Motofahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird somit nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird voraussichtlich ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 47.6 Mio. Fr. bestehen.

3.3. Departement für Bildung und Kultur

3.3.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Mittel- und Berufsbildung sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.3.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.1.	**Qualität der Bildung auf allen Stufensichern und weiterentwickeln**
1.1.1	Schulleitungen der Volksschulen und kantonalen Schulen festigen
1.1.2	Bildungsstandort Kanton Solothurn stärken
1.2	**Bildungsgerechtigkeit erhöhen und Bildungspotentiale fördern**
1.2.1	Schuleingangsbereich neu gestalten
1.2.2	Tagesschulstrukturen flächendeckend ermöglichen / Familien fördern
1.2.3	Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren (Sozio-ökonomische Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung)
1.3.	**Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Schulstufen verstärken**
1.3.1	Bildungswege interkantonal aufeinander abstimmen; Beitritte zum HARMOS-Konkordat und Sonderpädagogik-Konkordat
1.3.2	Lehrplan 21 einführen
1.3.3	Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz
3.5.	**Kulturelle Vielfalt pflegen**
3.5.1	Zentralbibliothek Solothurn und Museum Altes Zeughaus infrastrukturell und konzeptionell stärken
3.5.2	Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege

3.3.3. Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:
- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule / Berufswelt.
- Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen (Checks).

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Als Gegenstück dazu muss die evidenzbasierte Steuerung des Bildungssystems weiter entwickelt werden. Mit dem nationalen Bildungsbericht 2010 ist dazu ein wichtiger Schritt getan. Die projektierte nationale Bildungsstatistik wird dazu die Datenlage erweitern. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Mit Beschluss KRB SGB 059/2007 wurde der Leistungsauftrag „Kultur und Sport“ erweitert und es wurden zusätzliche Mittel gesprochen. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden (lokale Bewegungs- und Sportnetze), Schulen (freiwilliger Schulsport), Sportvereinen und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotterie- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstützungsgesuche steigt kontinuierlich). Hervorzuheben sind geplante Schwerpunktinvestitionen in die kulturellen Leuchttürme der Stadt Solothurn (Theater und Museen).

Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 den Vertrag vom 27.6./21.11.1995 über den Betrieb der Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) zwischen Stadt und Kanton. Die ergänzenden Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton i. S. Verteilschlüssel sind materiell abgeschlossen. Im 2012 kann die Unter-

zeichnung des neuen Stiftungsvertrages erfolgen. Die Stiftungsform der ZBS wird beibehalten und formal so angepasst, dass der bisherige Vertrag zwischen Stadt und Kanton nicht mehr erneuert werden muss. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie klärte das Hochbauamt Möglichkeiten zur dringend nötigen Behebung des Raumbedarfes für Depot und Bibliothek. Die Arbeiten am Solothurner Namenbuch und an der Kantonsgeschichte werden fortgeführt. Das Museum Altes Zeughaus muss baulich saniert werden, ebenso ist dessen wehrhistorische Sammlungspräsentation thematisch zu erneuern. Der Regierungsrat genehmigte am 10.8.2010 (RRB 2010/1432) das Museumskonzept. Für die Durchführung des Wettbewerbes „Umbau und Sanierung MAZ" bewilligte der Kantonsrat mit Beschluss SGB 198/2009 am 26.1.2010 einen Kredit von 0.6 Mio. CHF Zulasten des Lotteriefonds stellte der Regierungsrat zudem einen Beitrag von 2.5 Mio. CHF für die Erneuerung der Dauerausstellung bereit. Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Pflege der beiden Schlösser Waldegg (Feldbrunnen-St. Niklaus) und Wartenfels (Lostorf) sowie der Fortschreibung der Kantonsgeschichte.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatär vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 1,0 Mio. CHF).

3.3.4. Massnahmen

681 Anstellungsbedingungen Lehrpersonen — Ziel LP: keine

Anstellungsbedingungen Lehrpersonen (Tertiarisierung, Basisstufe): Die neue Lehrkräfteausbildung an der Pädagogischen Hochschule wirkt sich auf Lehrberechtigungen aus und führt zu einer Überprüfung der Besoldungen — Beschluss: KRB 117/2001

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Aug 2005** Soll-Termin **31. Aug 2008** Ist-Termin **1. Aug 2011**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
663	Abschluss der GAV Anpassungen	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Mit RRB 2011/1384 vom 20.6.2011 wurde der Änderung des GAV zugestimmt. Die Änderungen sind am 1.8.2011 in Kraft getreten.

714 Bildungsraum Nordwestschweiz — Ziel LP: C.1.3.3

Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E — Beschluss: RRB 2009/1112

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **1. Aug 2015**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
667	Checks umsetzen	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Vertrag zur Entwicklung der Datenbank abgeschlossen.
1134	*Entwicklung einer Aufgabendatenbank*	*31. Dez 2012*		
320	*Erste Schulabgänger erhalten einen vierkantonalen Volksschulabschluss*	*31. Aug 2014*		

982 Familien fördern — Ziel LP: C.1.2.2

Standardisierte Produkte auch im Kt SO einführen (z.B. Elternbildungskurse; Zusammenarbeitsverträge mit der Schule). Ziel: Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und deren Zusammenarbeitspflicht mit der Schule bewusst zu halten und einzufordern — Beschluss: RRB 2004/2317

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2004** Soll-Termin **1. Aug 2013**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
669	Entwürfe für Schulen liegen vor.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Erledigt.
322	*Alle Schulen haben einen Zusammenarbeitsvertrag Schule-Eltern-Kind*	*31. Aug 2012*		

693 Frühenglisch — Ziel LP: keine

Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio. Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr. — Beschluss: SGB 095/2006

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2005** Soll-Termin **31. Dez 2015**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
665	Per August 2011 werden Praxistestklassen starten.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Praxistestklassen sind gestartet.
1122	*Fortsetzung Weiterbildung Lehrkräfte; Erprobung und Evaluation der Lehrmittel*	*31. Dez 2012*		
319	*Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.*	*31. Dez 2015*		

691 Frühfranzösisch — Ziel LP: keine

Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio. Franken — Beschluss: SGB 095/2006

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2005** Soll-Termin **31. Dez 2014**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
664	Per August 2011 wird Französisch in allen 3. Schuljahren des Kantons eingeführt.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Französich in allen 3. Schuljahren eingeführt.
1131	*Fortführung gemäss Projektplanung*	*31. Dez 2012*		
169	*Französisch ab 3. Primarschulklasse ist abgeschlossen.*	*31. Dez 2014*		

651 **geleitete Schulen** Ziel LP C.1.1.1

Einführung geleitete Schulen ab 1.8.2006 gem. Volksabstimmung vom 24. April 2005; Übergangslösung bis Zieltermin 2010; es bedarf einer Gesetzesanpassung Beschluss VI138/2004

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2004** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **31. Dez 2010**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
317	Die kant. Schülerpauschale für die Schulleitungstätigkeit wird von heute Fr. 400 pro Schüler auf neu Fr. 560 gesetzt.	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Die Schulleitungsverordnung wurde angepasst und tritt am 1.1.2011 in Kraft (RRB 2010/1603 vom 7.9.2010).

696 **HarmoS** Ziel LP C.1.3.1

HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen, Beteiligung am Deutschschweizer Lehrplan für die Volksschule. Beschluss RRB 2009/2450

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **1. Aug 2015**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
657	Arbeiten zur Umsetzung des HarmoS Konkordats.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Der Regierungsrat hat mit RRB 2011/2498 am 29.11.11 die Anpassung der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz verabschiedet.
1123	*Weiterführen der Arbeiten zur Umsetzung des HarmoS Konkordats.*	*31. Dez 2012*		
302	*Alle Kinder im Kindergartenalter besuchen den Kindergarten*	*31. Jul 2013*		

702 **Integration** Ziel LP keine

Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen; jedes fremdsprachige Kind erhält Deutsch-Zusatzunterricht, Umgang mit Heterogenität, Sensibilität nimmt zu Beschluss SGB 051/2007

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2007** Soll-Termin **31. Aug 2014**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
723	Schulversuch Spezielle Förderung, Umsetzung des RRBs 2011/227 vom 1.2.11 gemäss Projektplan	31. Dez 2011	31. Dez 2011	87% aller Schulträger haben sich für das integrative Modell entschieden; Projekt ist aufgegleist, Teilprojekte 'Schulversuch', 'Angebotsplanung' und 'Ressourcen' sind operativ.
1197	*Projekt Schulversuch 2011-2014*	*1. Aug 2014*		

986 **Lehrplan 21** Ziel LP C.1.3.2

Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsschranken. Beschluss RRB 2010/931

Status **In Arbeit** Start-Datum **4. Feb 2010** Soll-Termin **31. Jul 2013**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
316	RRB zum Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des Erarbeitungsprojektes für einen sprachregionalen Lehrplan	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Mit RRB 2010/931 vom 25.5.2010 beschlossen.
323	*Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan 21*	*31. Jul 2014*		

700 **Leistungsbewertung und Selektionsmodus Primarschulbereich** Ziel LP C1.3.3

Volksschule: Abklärungen bezüglich der Leistungsbewertung und dem Selektionsmodus im Primarschulbereich und gegebenenfalls Einführung von Schulnoten ab der 1. Klasse. Die Volksschule regelt Selektion, Förderung und Beurteilung. Beschluss RRB 2009/1112

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **7. Dez 2011**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
280	Neue Promotionsordnung ist erarbeitet und in Kraft. Wirksamkeit ist mit der Sek-I-Reform gekoppelt.	1. Aug 2011	1. Aug 2011	Die Promotionsordnung ist in Kraft. Schulnoten sind ab 1.8.2011 wieder obligatorisch. Weiterbildung, Materialien für Lehrpersonen zur Verfügung gestellt.

685 **Qualitätsmanagement Schulen** Ziel LP C.1.1.1

Einführung von Qualitätsmanagement an Volksschule, Mittel- und Berufsschulen: Bis Ende Dezember 2008 sollte das Vorhaben zu 100 % umgesetzt sein. Beschluss RRB 2004/1542

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
656	Externe Evaluation der GIBS Solothurn durch das Institut für Externe Schulevaluation (IFES) der Erziehungsdirektorenkonferenz	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Evaluation wurde durchgeführt.
1121	*Externe Evaluation durch das IFES des BBZ Olten im Frühling und des Bildungszentrums Gesundheit und Soziales im Herbst 2012.*	*31. Dez 2012*		
296	*Anteil öffentl. Schulen nach kant. Richtlinien erfolgreich zertifiziert (QM+Leistungsvereinbarung) 100 %.*	*31. Jul 2013*		*31.12.10 die Zertifizierung der Volksschulen ist zu 100 % abgeschlossen*

695 **Schuleingangsbereich neu gestalten** Ziel LP C.1.2.1

Entwicklung Schuleingangsstufe für 4-8jährige(Projekt EDK) Beschluss RRB 2009/2450

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **1. Aug 2011**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
300	Aufgrund der Änderung der Verfassung Gesetzesanpassungen vornehmen, um den Kindergarten in die Volksschule zu integrieren	1. Aug 2011	31. Dez 2011	Die Änderung der Volksschulgesetzgebung mit RRB 2011/2347 am 15.11.11 beschlossen. Das Geschäft wird im Januar 2012 dem Kantonsrat vorgelegt.
279	*Sistierung der Basisstufe; Kindergarten ist obligatorisch; gekoppelt mit HarmoS*	*1. Aug 2012*		

687 Sekundarstufe I Reform

Ziel LP: keine

Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule.

Beschluss: RG 027/2006

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **31. Aug 2012**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
299	Die Informations- und Instruktionsveranstaltungen werden vorbereitet und durchgeführt.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Reform trat in Kraft. Informationsveranstaltungen wurden durchgeführt.
1130	*Evaluation Sek P planen und durchführen*	*31. Dez 2012*		
1195	*Nachfolgeregelung 10. Schuljahr; als Folge der Reform sind die heutigen freiwilligen 10. Schuljahre abzulösen*	*31. Jul 2014*		
1196	*Die Reform ist abgeschlossen und umgesetzt*	*31. Dez 2015*		

980 Tagesschulstrukturen

Ziel LP: C.1.2.2

Kantonale Rahmenbedingungen für schulergänzende Betreuungsformen sind verabschiedet. Bedarfsgerechte Angebote realisieren.

Beschluss: RRB 2010/1429

Status **Erledigt** Start-Datum **4. Feb 2010** Soll-Termin **31. Jul 2013**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
668	Volksabstimmung am 13.2.2011 und Umsetzung	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Der Souverän hat die Vorlage abgelehnt. Dieses Legislaturziel ist somit für das DBK erledigt.

722 Überprüfung der Neugestaltung des konfessionell neutralen Religionsunterrichts

Ziel LP: keine

konfessionell neutraler Religionsunterricht

Beschluss: Eingabe SIKO

Status **Sistiert** Start-Datum **9. Dez 2009** Soll-Termin **31. Jul 2014**
Amt **Amt für Volksschule und Kindergarten**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
321	*Abhängig vom Projekt Lehrplan 21; gem. Projektplanung weiterbearbeiten*	*31. Dez 2015*		

704 Case Management Berufsbildung

Ziel LP: keine

Prävention von Jugendarbeitslosigkeit

Beschluss: RRB 2007/1202

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2007** Soll-Termin **31. Dez 2010**
Amt **Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
651	Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gem. Vorgaben BBT.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Operativer Start erfolgte im Januar 2011. Das Projekt 'Interkulturelle Vermittlung im Berufswahlprozess' wurde aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sistiert und die erste Tranche Bundesbeitrag zurückerstattet.
1124	*Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gemäss Vorgaben BBT.*	*31. Dez 2012*		

712 Einführung bilingualer Unterricht

Ziel LP: keine

Die zweisprachige Maturität an den Kantonsschulen ist möglich.

Beschluss: RRB 2002/1696

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **1. Aug 2010**
Amt **Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
685	Klärung der künftigen Angebote an der Kanti Solothurn (Schwerpunktfach Englisch) bilinguale Matur.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Entscheid zum weiteren Vorgehen auf der Sek P gefällt, Schulversuch Kanti Solothurn verlängert
1126	*Kanti Solothurn: Konzept zur Weiterentwicklung erarbeiten*	*31. Dez 2012*		

984 Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren

Ziel LP: C.1.2.3 Integration

Sozio-ökonomischer Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung begegnen. Förder- und Unterstützungsmassnahmen ab dem Kindergarten, ev. bereits im Frühbereich, teilweise neu erarbeiten, konsequent und gezielt einsetzen.

Beschluss: RRB 2007/459

Status **In Arbeit** Start-Datum **4. Feb 2010** Soll-Termin **31. Jul 2013**
Amt **Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1127	*Im Zuge der Reform Sek I Aufnahmebedingungen für die weiterführenden Schulen neu definieren.*	*31. Dez 2012*		
290	*Tertiärabschlussquote: Anzahl Abschlüsse Hochschulen, Fachhochschulen, höhere Berufsbildung steigern*	*31. Jul 2013*		

988 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Ziel LP: C.3.2.1

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch bessere Integration der Jugendlichen mit schulischen, sprachlichen und sozialen Problemen in den Arbeitsmarkt.

Beschluss: RRB 2007/1202

Status **In Arbeit** Start-Datum **4. Feb 2010** Soll-Termin **31. Jul 2013**
Amt **Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
310	Vorbereitung auf Berufs-+Mittelschulbildung mit Reform Sek I verbessern; Weiterentw.Berufsbildungsangebot im nationalen Rahmen	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Umsetzung Reform Sekundarstufe I ist vorbereitet. Weiterentwicklung Integrationskurse und Brückenangebote in Arbeit.
1128	*Anzahl Lehrverhältnisse weiter erhöhen, Brückenangebote einführen.*	*31. Dez 2012*		
292	*Kontinuierliche Verbesserung der Abschlussquote Sek II (Richtwert BBT 95%).*	*31. Jul 2013*		

720	**Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert**	Ziel LP	keine
Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert bearbeiten		Beschluss	RRB 2005/160

Status **In Arbeit** Start-Datum **9. Dez 2009** Soll-Termin **31. Dez 2014**
Amt **Amt für Kultur und Sport**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
659	Publikation und Buchvernissage im Frühjahr 2011	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Das Buch wurde der Öffentlichkeit am 4.4.2011 vorgestellt. Planungsarbeiten zur Kantonsgeschichte des 20. Jahrhunderts wurden aufgenommen RRB 2011/891 vom 26.4.2011).
1136	*Produktion Band 20. Jahrhundert gemäss Planung.*	*31. Dez 2012*		
203	*Gesamtwerk wird 2017 abgeschlossen (RRB 2011/2348 vom 15.11.2011).*	*31. Dez 2014*		

996	**Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege**	Ziel LP	C.3.5.2 Vermittlung
Schaffung eines Netzwerkes für den Umgang mit Geschichte und mobilem Kulturgut.		Beschluss	SGB148/2009

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Jul 2013**
Amt **Amt für Kultur und Sport**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
293	Museumsverbund ist eingeführt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Gründungsversammlung im November 2009. Museumsverbund wird mit Beiträgen aus dem Lotteriefonds unterstützt (RRB 2010/2325). Das erste Jahrestreffen fand am 6.9.2010 im Museum Blumenstein in Solothurn statt.
690	*Museumserneuerung: FIKO Sparbeschluss vom 16.11.11 SGB 1248/2011 Projektausführung muss verschoben werden ausser die Projektfinanzierung ist durch Spenden möglich.*	*31. Dez 2013*		

716	**Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus**	Ziel LP	C.3.5.1
Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten.		Beschluss	RRB 2010/1432

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2010** Soll-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Kultur und Sport**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
658	Beginn des Umzuges der Bestände MAZ ins Depot; Wettbewerbe Umbau und Gestaltung durchführen und Preisträger bestimmen	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Räumlichkeiten "Burrisgraben" werden erst im Frühjahr 2012 umgebaut. Wettbewerb für neues Konzept Dauerausstellung durchgeführt und Mittel für Studienauftrag und Vorprojekt zur Realisierung einer neuen Dauerausstellung bewilligt RRB 2011/2549 5.12.11
1135	*Kreditbewilligung für die Sanierung und den Umbau liegt vor. Arbeiten an neuer Dauerausstellung gem. Planung.*	*31. Dez 2012*		

724	**Zentralbibliothek Solothurn**	Ziel LP	C.3.5.1
Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten, Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages (RRB)		Beschluss	SGB 118/2005

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Aug 2005** Soll-Termin **31. Dez 2010**
Amt **Amt für Kultur und Sport**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
660	Die Verträge und der Verteilschlüsse liegen im Entwurf vor und können verabschiedet werden.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton i. S. Verteilschlüssel sind materiell abgeschlossen. Der Gemeinderat der Stadt Solothurn stimmte am 27.9.11 der Statutenänderung einstimmig zu.
1194	*RRB zum neuen Vertrag; Inkrafttreten per 2013*	*31. Dez 2012*		

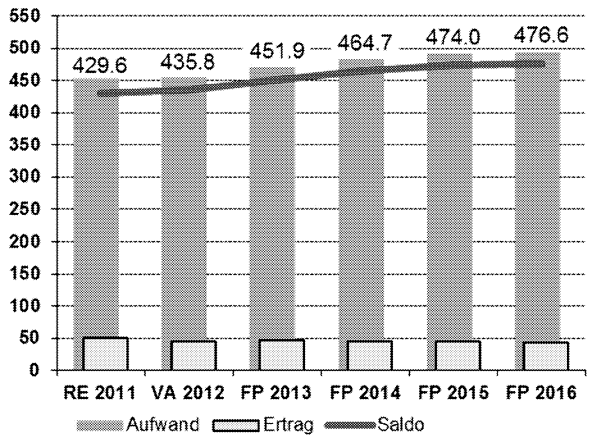
706	**Wiedereinführen Lehrlingsturnen**	Ziel LP	keine
Wiedereinführen Lehrlingsturnen im BBZ Solothurn-Grenchen		Beschluss	RRB2007/554

Status **In Arbeit** Start-Datum **9. Dez 2009** Soll-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
188	Weiterführung Abklärungen für Mietlösungen.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Abklärungen für Sporthallen Mietlösung in Grenchen und Solothurn (Sanierung CIS-Hallen) weitergeführt.
1125	*Laufende Optimierung der Mietlösungen*	*31. Dez 2012*		.

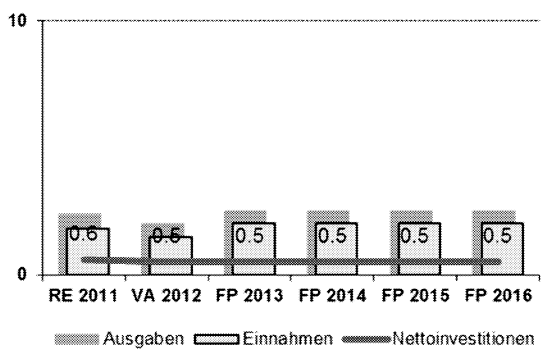
3.3.5. Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Globalbudgets						
Aufwand	186.9	196.2	197.5	200.6	199.8	197.8
Ertrag	-41.4	-38.8	-39.1	-38.7	-37.4	-36.8
Globalbudgetsaldo	145.5	157.5	**158.4**	**162.0**	**162.4**	**160.9**
Verrechnungen	26.3	27.5	27.5	27.5	27.5	27.5
Saldo	171.8	185.0	185.9	189.5	189.9	188.5
Finanzgrössen						
Aufwand	265.5	257.5	272.6	281.8	290.8	294.8
Ertrag	-8.0	-6.8	-6.9	-6.9	-6.9	-6.9
Verrechnungen	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo	257.8	250.9	**266.0**	**275.1**	**284.1**	**288.1**
Saldo total	429.6	435.8	**451.9**	**464.7**	**474.0**	**476.6**



Der Anstieg in den Jahren 2012 bis 2015 ist hauptsächlich zurückzuführen auf: Beiträge an Gemeinden an Lehrerbesoldungen (Einführung Frühfranzösisch, Frühenglisch, Leistungschecks), Umsetzung des Heilpädagogischen Konzeptes, höhere Schulgelder aufgrund von mehr Studierenden sowie den höheren Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz gemäss vierkantonalem Leistungsauftrag.
Aus dem Beschluss des Kantonsrates vom März 2012 zur Kantonalisierung der fünf Heilpädagogischen Sonderschulen ergeben sich schwerpunktmässig zwei Handlungsfelder: Rund 250 bisherige Arbeitsverhältnisse (Arbeitgeber bisher: Einwohnergemeinden) sind aufzulösen, bzw. in kant. Arbeitsverhältnisse zu überführen (personalrechtliche Forderungen aus Stellenaufhebungen, IT-Anpassungen). Das gleiche gilt für die benötigten fünf Schulhäuser. Diese sind konsequenterweise zu erwerben. Je nach Lösungsansatz entstehen dem Kanton aus dem Vollzug der Kantonalisierung Verpflichtungen in der Grössenordnung von 50-100 Mio. CHF. Diese Mittel sind in den vorliegenden Finanzplänen noch nicht enthalten.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Total						
Ausgaben	2.4	2.0	2.5	2.5	2.5	2.5
Einnahmen	-1.8	-1.5	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	**0.5**	**0.5**	**0.5**	**0.5**
Einzelne Nettoinvestitionen						
Stipendien	0.1	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.4. Finanzdepartement

3.4.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämter im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben sowie die Kantonale Pensionskasse (PKSO). Alle Dienststellen mit Ausnahme der PKSO werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:	Departementssekretariat
Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:	Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation
Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:	Kantonales Steueramt, Amtschreibereien
Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:	Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

3.4.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

3.4.3. Politische Ziele und Leistungen

In der Planungsperiode erwarten wir aus verschiedenen Gründen eine Verschlechterung der Finanzlage. Einerseits sehen wir auf der Ertragsseite grössere Ausfälle. Die aktuelle Wirtschaftslage hat einen Rückgang der Steuererträge der juristischen Personen zur Folge. Die Reduktion des Steuerfusses für natürliche Personen auf den 1.1.2012 und die Befreiung von selbst genutztem Wohneigentum von der Handänderungssteuer werden ebenfalls zu Steuerausfällen führen.
Die vergangenen schwachen Wirtschaftsjahre fliessen seit 2012 in die Berechnungsgrundlage ein, in welchen die finanzstarken Kantone einen geringeren Beitrag beisteuern. Die Nationalbank hat ihre Gewinnausschüttung gegenüber den Vorjahren deutlich reduziert und auch von der Alpiq AG ist mit tieferen Dividendenerträgen zu rechnen.
Andererseits erwarten wir grössere Mehrkosten. Dies infolge von Projekten im Bildungsbereich, z.B. HarmoS, Tagesschulstrukturen, Fremdsprachen und Sozialpädagogik oder die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG), der Übergang zur Fallpauschale (DRG) bei den Spitälern und die jährliche Kostensteigerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Die Deckungslücke der Kantonalen Pensionskasse muss in einer vorgegebenen Frist geschlossen oder zumindest reduziert werden, was in den kommenden Jahren ebenfalls zu einer zusätzlichen Belastung des Finanzhaushaltes führen wird. Der Kanton Solothurn kann einen grossen Teil dieser Mehrkosten nicht direkt beeinflussen.
Mit einem von der Regierung in Auftrag gegebenen Massnahmenpaket soll der Finanzhaushalt der kommenden Jahre nachhaltig entlastet werden. Dabei sollen sowohl auf der Kosten- als auch auf der Erlösseite Massnahmen vorgeschlagen werden.
Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Durch das professionelle Finanzmanagement und die solide Budgetführung wurde der Kanton Solothurn durch die Ratingagentur Standards & Poor mit dem sehr guten Rating „AA +“ bewertet. Dies trotz den verschlechterten Finanzaussichten und der Deckungslücke bei der Pensionskasse. Dieses Rating sollte der Kanton halten können. Es zwingt zu einer gesunden Finanzpolitik und ist bei allfällig notwendigen Fremdmittelaufnahmen hilfreich.

3.4.4. Massnahmen

1263 **Stabilisierung Deckungsgrad Pensionskasse** Ziel LP -

Deckungsgrad Pensionskasse erhöhen Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **24. Feb 2011** Soll-Termin **1. Jan 2014**
Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
2770	Entscheidgrundlagen erarbeiten	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Entscheidgrundlagen sind erarbeitet
2771	*Verabschiedung B+E durch AG PKSO*	*31. Dez 2012*		
1203	*Vernehmlassung des Gesetzesentwurfs*	*31. Mrz 2013*		
1204	*Inkraftsetzung des Gesetzes*	*1. Jan 2014*		

812 Statutenrevision PKSO

Revidierte gesetzeskonforme Statuten PKSO

Status **Erledigt** Start-Datum **21. Feb 2011** Soll-Termin **30. Sep 2011** Ist-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
2719	B+E verfasst	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	B+E erstellt
395	Vernehmlassung	31. Mrz 2010	31. Mrz 2011	Vernehmlassung durchgeführt
2720	Beschluss Kantonsrat und Delegiertenversammlung	30. Sep 2011	31. Dez 2011	Genehmigt durch die VK am 11.11.2011 und durch den KR am 14.12.2011 (SGB 168/2011)

2732 Teilrevision EG ZGB

Ziel LP -

Anpassung des Einführungsgesetzes an die Teilrevision ZGB (Immobiliarsachenrecht), vom RR und KR verabschiedet und in Kraft gesetzt. Umsetzung in Prozesse der betroffenen Verwaltungsbereiche.

Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **22. Feb 2011** Soll-Termin **1. Jan 2012** Ist-Termin **1. Jan 2012**
Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
713	Vernehmlassung	31. Mrz 2011	30. Jun 2011	Vernehmlassung durchgeführt
714	B+E verfasst	30. Sep 2011	30. Sep 2011	B+E verfasst
716	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Genehmigt mit KRB Nr. RG 082a/2011 vom 24. August 2011
717	RRB Änderung GB-Verordnung	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Genehmigt mit RRB 2012/113 vom 23.01.2012
718	Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012	
719	Umsetzung in Amtschreibereien	1. Jan 2012	1. Jan 2012	

1265 Teilrevision Gebührentarif

Ziel LP -

Aktualisierte Gebühren

Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2010** Soll-Termin **31. Jan 2011** Ist-Termin **31. Jan 2011**
Amt **Departementssekretariat FD+ASI**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
399	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2010	10. Nov 2010	Kantonsratsbeschluss RG 004/2009 vom 10.11.2010
536	Inkraftsetzung	31. Jan 2011	8. Mrz 2011	Die Änderungen treten mit RRB 2011/542 vom 08.03.2011 am 01.09.2011 in Kraft.

5116 Massnahmenplan 2012 - 2015

Ziel LP C.1.4.1

Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.

Beschluss -

Status **In Arbeit** Soll-Termin **30. Jun 2012**
Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5079	Erarbeitung nach Weisung RR	31. Mrz 2012		
5080	*Beschluss/Vorlage mit IAFP an KR*	*30. Jun 2012*		

815 Änderungen WoV-Gesetzgebung

Ziel LP LP:

Transparente und zeitgemässe Rechnungslegung

Beschluss Beschluss:

Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **30. Jun 2012**
Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
709	WoV-Gesetz verabschieden	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	Änderungen des WoV-Gesetzes am 22.03.2011 durch KR verabschiedet.
711	Review durch externen Partner	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Review durch externe Partner durchgeführt.
712	Bilanzbereinigung durchführen	31. Mrz 2012		
726	Inkraftsetzung der WoV-Vo	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Änderung mit RRB 2011/2258 vom 31.10.2011 beschlossen und per 01.01.2012 in Kraft gesetzt.
727	Produktivsetzung von HRM2	1. Jan 2012	1. Jan 2012	
1205	Accounting-Manual, Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012	Accounting Manual mit RRB 2012/338 21.02.2012 verabschiedet und per 01.01.2012 in Kraft gesetzt.
728	*Schlussbericht zu Einführung HRM2*	*30. Jun 2012*		
725	*Umsetzung Vorstoss Schneider (PPP)*	*30. Jun 2012*		
1206	*Geschäftsbericht 2012 nach HRM2*	*31. Mrz 2013*		

1272 Beteiligungstrategie / Public Corporate Governance

Zielgerichtetes Risikomanagement bei den Beteiligungen

Status **Erledigt** Start-Datum **4. Mrz 2010** Soll-Termin **30. Sep 2010** Ist-Termin **11. Jan 2011**
Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
405	Überprüfung Beteiligungen	30. Jun 2010	11. Jan 2011	RRB 2011/68 vom 11.01.2011
406	Bericht über Beteiligungsportfolio	30. Sep 2010	11. Jan 2011	RRB 2011/68 vom 11.01.2011

599 Überprüfung Staatsbeiträge

Ziel LP LP 1.4.1

Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen

Beschluss SGB 157/2011

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2006** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Finanzen**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
733	Datenbank Staatsbeiträge überprüfen und aktualisieren	31. Dez 2011	6. Dez 2011	Bericht wurde vom KR mit SGB 157/2011 am 06.12.2011 zur Kenntnis genommen.

2676 Anstellungsbedingungen Solothurner Spitäler AG

Anstellungsbedingungen ausgearbeitet, Gesetzesgrundlagen verabschiedet und Änderungen in Kraft gesetzt.

Status **In Arbeit** Start-Datum **21. Feb 2011** Soll-Termin **30. Jun 2012** Ist-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
700	Entwurf Verordnungsänderung ausgearbeitet	30. Jun 2011	30. Jun 2011	Entwurf der Verordnungsänderung wurde ausgearbeitet
701	Stellungnahmeverfahren durchgeführt	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Vernehmlassung wurde durchgeführt
702	RRB Verordnungsänderung	31. Dez 2011	31. Dez 2011	RRB 2011/1553 vom 28.06.2011
703	*Inkraftsetzung*	*30. Jun 2012*	*1. Nov 2011*	

1291 Ausbildungskonzept

Ziel LP kein
Beschluss RRB 2009/2084

Förderung der Qualifikationen und Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden sowie Steigerung der Arbeitgeberattraktivität.

Status **In Arbeit** Start-Datum **21. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
423	Neues Ausbildungsprogramm erstellt	30. Jun 2010	30. Jun 2010	
699	Umsetzung der Module Projektmanagement und Fachführung (Termin verschoben)	31. Dez 2011		Die Kurse kamen nicht zustande, da zu wenig Anmeldungen eingingen
5027	*Umsetzung der Module Projektmanagement und Fachführung*	*31. Dez 2012*		
5090	*Berichterstattung über Erfolgsausweis*	*31. Dez 2012*		

581 Flexibler Altersrücktritt

Ziel LP kein
Beschluss -

Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt erarbeitet

Status **In Arbeit** Start-Datum **16. Dez 2011** Soll-Termin **30. Sep 2013**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
440	Schriftliche Zustimmung der Verbände	31. Mrz 2010	31. Mrz 2010	
441	Anpassung GAV	31. Mrz 2010	31. Mrz 2010	Genehmigung der Änderungen mit RRB 2010/1010 vom 08.06.2010
442	Einführung in der Verwaltung (ohne Schulen und Spitäler AG)	30. Sep 2010	1. Aug 2010	Die Änderungen treten am 01.08.2010 in Kraft
1207	*Instruktion der Anstellungsbehörden*	*31. Mrz 2013*		
693	*Einführung bei Schulen und Spitäler AG*	*30. Sep 2013*		

583 Marktkonformität Löhne

Arbeitsmarktattraktivität sicherstellen

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2006** Soll-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
125	Lohnvergleich	31. Dez 2007	30. Nov 2007	
734	Lohnvergleich durchführen	31. Dez 2011		Die Analyse der Lohnvergleichsresultate ist noch nicht erfolgt infolge Verzögerung beim externen Leistungserbringer.

496 Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage

Zufriedenheitsgrad der Mitarbeitenden bekannt und Optimierungsmassnahmen umgesetzt

Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2014**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
89	MAZ durchführen	31. Dez 2005	30. Nov 2005	
90	Massnahmen definieren	30. Sep 2006	30. Sep 2006	
92	2. MAZ durchführen	31. Dez 2008	31. Dez 2008	
94	2. MAZ auswerten	30. Jun 2009	30. Jun 2009	
95	Massnahmen aus 2. MAZ erarbeitet	31. Dez 2009	31. Dez 2009	
416	Berichterstattung über 2. MAZ an RR	30. Sep 2010	25. Okt 2010	
731	Berichterstattung 2011 über 2. MAZ an RR	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Berichterstattung mittels Brief an den RR erfolgt.
1208	*Berichterstattung 2012 über 2. MAZ an RR*	*30. Sep 2012*		
412	*3. MAZ durchgeführt*	*31. Dez 2013*		
413	*3. MAZ ausgewertet*	*30. Jun 2014*		
514	*Massnahmen aus 3. MAZ definiert*	*31. Dez 2014*		
415	*Berichterstattung über 3. MAZ an RR*	*30. Sep 2015*		

1285 Optimierung Mitarbeitendengespräch

Optimierung Mitarbeitendengespräch und Leistungsgerechtigkeit

Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **30. Sep 2013**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
417	GAV-Änderungen mit GAVKO verhandelt	30. Jun 2010	30. Jun 2010	
418	Info-Veranstaltungen in den Departementen durchgeführt	30. Sep 2010	30. Sep 2010	
5104	Überarbeitete Mitarbeitendengespräche eingeführt	31. Jan 2012	31. Jan 2012	Neues Formular Beurteilungs- und Entwicklungsgespräch (BEG) erstellt und mit RRB 2012/176 vom 31.01.2012 eingeführt.
419	Schulungen durchgeführt (Termin verschoben)	31. Mrz 2011		
2880	Schulungen durchgeführt	31. Mrz 2012		
2881	*1. Audit zum neuen System durchgeführt*	*30. Sep 2014*		

2662 Vereinfachung Kündigungsverfahren im Kaderbereich

Ziel LP: kein

Ein vereinfachtes Kündigungsverfahren im Kaderbereich umsetzen

Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mrz 2011** Soll-Termin **30. Jun 2012**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
694	Konsens in GAVKO erreicht	31. Dez 2011	31. Dez 2011	In der GAVKO konnte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Einigung erzielt werden.
695	RRB	31. Mrz 2012		
696	*GAV-Zustimmungsverfahren und Feststellungsbeschluss*	*30. Jun 2012*		

2670 Zuweisung Lehrpersonen in Einreihungssystematik

Grundlagen geschaffen für eine harmonisierte Einreihung der Lehrpersonen.

Status **Erledigt** Start-Datum **21. Feb 2011** Soll-Termin **30. Jun 2011** Ist-Termin **1. Aug 2011**
Amt **Personalamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
697	RRB für Einreihungssystematik und Inkraftsetzung	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	Mit RRB 2011/1384 vom 20.06.2011 genehmigt und am 01.08.2011 in Kraft gesetzt.
698	GAV-Zustimmungsverfahren und Feststellungsbeschluss	30. Jun 2011	30. Jun 2011	GAV-Zustimmungsverfahren durchgeführt

587 Steuergesetzrevision

Steuerliche Entlastung besonders belasteter Einkommens- und Vermögensklassen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **25. Feb 2011** Soll-Termin **1. Jan 2012** Ist-Termin **1. Jan 2012**
Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
128	Vernehmlassung	30. Jun 2006	30. Jun 2006	Vernehmlassung erledigt mit RRB Nr. 2006/1408 vom 11.7.2006
129	RRB B+E	31. Dez 2006	6. Mrz 2007	Erledigt mit RRB Nr. 2007/352 vom 6.3.2007
130	Volksabstimmung	31. Okt 2007	21. Okt 2007	Volksabstimmung am 21.10.2007
568	Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012	Änderungen am 01.01.2008 und 01.01.2012 in Kraft getreten.

607 Teilrevision Steuergesetz

Aktualisierte Gesetzgebung; Kantonalen Handlungsspielraum ermitteln und ausnützen

Status **Erledigt** Start-Datum **4. Mrz 2010** Soll-Termin **30. Jun 2009** Ist-Termin **1. Jan 2011**
Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
538	RRB B+E	30. Jun 2009	22. Dez 2009	Erledigt mit RRB Nr. 2009/2471 vom 22.12.09
434	Vollzugsverordnung	30. Sep 2010	28. Sep 2010	
5105	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2010	17. Mrz 2010	Kantonsratsbeschluss Nr. RG 232/2009 vom 17. März 2010
435	Volksabstimmung	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Volksabstimmung entfällt
436	Inkrafttreten	1. Jan 2011	1. Jan 2011	Änderungen am 01.01.2011 in Kraft getreten

5117 Teilrevision Steuergesetz (2012)

Ziel LP: -

Teilrevision Steuergesetz in Bezug auf Mitarbeiterbeteiligung und Steuerbefreiung Feuerwehrsold. Anpassung an das Bundesrecht.

Beschluss: -

Status **In Arbeit** Soll-Termin **1. Jan 2013**
Amt **Steueramt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
5082	B + E an den Kantonsrat	31. Mrz 2012		
5083	*Kantonsratsbeschluss*	*30. Jun 2012*		
5084	*Vollzugsgesetzgebung*	*30. Sep 2012*		
5085	*Inkrafttreten*	*1. Jan 2013*		

2713 Reorganisation AIO und Einführung neuer Desktop

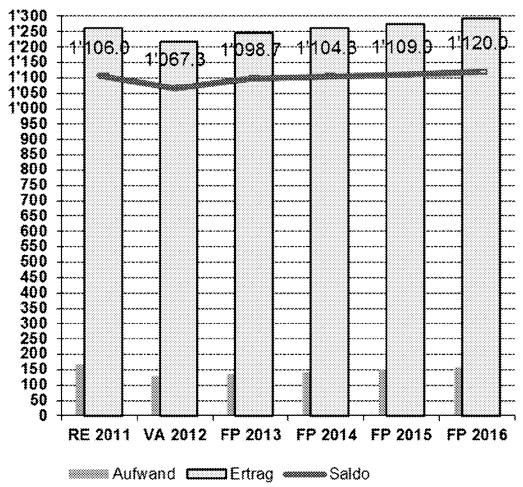
Optimierte Organisation AIO. Bereitstellen eines modernen und zweckmässigen Arbeitsmittels für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung

Status **In Arbeit** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Amt für Informatik und Organisation**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
705	Detailkonzept erstellen	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	Detailkonzept erstellt
706	Pilotbetrieb	30. Jun 2011	30. Jun 2011	Pilotbetrieb erfolgreich durchgeführt
707	Einführung neuer Desktop bei der ersten Dienststelle	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Desktop 2011 bei den ersten Dienststellen eingeführt
708	*Gesamte Verwaltung auf Desktop 2011 umgestellt*	*31. Dez 2012*		
730	Reorganisation AIO und Umsetzung Kundenmanagement	30. Jun 2011	31. Dez 2011	Reorganistion abgeschlossen und Kundenmanagement umgesetzt.
5081	*Rezertifizierung*	*31. Dez 2012*		

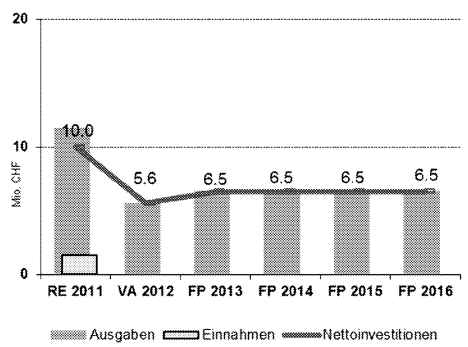
3.4.5. Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartment

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	79.9	85.5	86.9	87.1	87.1	87.1
Ertrag	-62.7	-56.0	-56.2	-56.2	-56.1	-56.1
Globalbudgetsaldo	17.1	29.5	**30.7**	**30.9**	**30.9**	**30.9**
Verrechnungen	-2.7	-6.2	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
Saldo	14.4	23.3	24.6	24.8	24.8	24.8
Finanzgrössen						
Aufwand	85.1	42.8	45.7	54.3	63.6	70.0
Ertrag	-1'200.9	-1'162.7	-1'189.4	-1'204.4	-1'218.9	-1'236.8
Verrechnungen	-4.6	29.4	20.5	21.0	21.5	22.0
Saldo	-1'120.4	-1'090.6	**-1'123.2**	**-1'129.1**	**-1'133.8**	**-1'144.8**
Saldo total	-1'106.0	-1'067.3	**-1'098.7**	**-1'104.3**	**-1'109.0**	**-1'120.0**



In der Erfolgsrechnung ist aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage in den nächsten Jahren bei den Steuereinnahmen der Juristischen Personen mit Mindererträgen zu rechnen. Zu einem anhaltenden Steuerausfall führen auch die Befreiung von selbst genutztem Wohneigentum von der Handänderungssteuer und die Reduktion des Steuerfusses für natürliche Personen auf den 1.1.2012.
Ausgabenseitig ist kurzfristig mit tieferen Nettozinsbelastungen zu rechnen, dies ist zurückzuführen auf die guten Abschlüsse der Vorjahre und dem Kantonsanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven, welche dem Kanton 2005 zugeflossen sind und einen Schuldenabbau ermöglichten. Die prognostizierten Defizite in der Staatsrechnung führen in den Folgejahren jedoch wieder zu einer höheren Zinsbelastung.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total						
Ausgaben	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	10.0	5.6	**6.5**	**6.5**	**6.5**	**6.5**
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0



Mit der Überarbeitung des Rechnungswesen AIO werden in der Investitionsrechnung nur noch Neu- und Erweiterungsprojekte geführt, welche externe Kosten grösser Fr. 50'000 umfassen. Die übrigen Projekte werden neu in der Erfolgsrechnung AIO geführt. In der Investitionsrechnung reduzieren sich dadurch ab 2012 die Ausgaben um 5.9 Mio. CHF.

3.5. Departement des Innern

3.5.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie Polizeipräsenz und Interventionen im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in der Justizvollzugsanstalt (Schöngrün, Im Schache) und in den Untersuchungsgefängnissen mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Zum Aufgabengebiet gehört das Erstellen diverser Ausweise für schweizerische und ausländische Staatsangehörige.

Administrativ angegliedert ist die Verwaltung von Lotterie- und Sportfonds.

2. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Lebensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Im Legislaturplan 2009-2013 ist eines der drei Leitziele denn auch, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton zu wahren. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel die formulierten Sozialziele erreicht werden. Insbesondere geht es darum, dass Menschen, die wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendige Unterstützung erhalten. Nach § 1 des Sozialgesetzes hat staatliches Handeln daher

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention und Repression) und den Missbrauch von Sozialleistungen zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion).

3.5.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

3.1	**Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten**
3.1.1	Ausgewogenes Modell zur Prämienverbilligung entwickeln
3.1.2	Ausländische Wohnbevölkerung besser integrieren
3.1.3	Behindertengleichstellungsgesetz umsetzen
3.1.4	Heimplanung überarbeiten
3.1.5	Eigenverantwortung stärken
3.1.6	Gesundheitsförderungs- und Präventionsstrategie ausarbeiten
3.3	**Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen**
3.3.1	Leistungsorientierte Spitalfinanzierung einführen
3.3.2	Spitalplanung gemäss KVG erarbeiten
3.3.3	Neubau Bürgerspital Solothurn planen
3.3.4	Konzept Akut- und Überganspflege ausarbeiten
3.4	**Öffentliche Sicherheit gewährleisten**
3.4.1	Massnahmenpaket Raser umsetzen
3.4.2	Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeiten
3.4.3	Subjektive und objektive Sicherheit stärken

3.5.3. Politische Ziele und Leistungen

1. Öffentliche Sicherheit

Das Projekt der Justizvollzugsanstalt Solothurn/JVA steht weiterhin im Zentrum der Arbeiten. Die neue Anstalt wird den Betrieb voraussichtlich 2014 aufnehmen.

Sowohl im Therapiezentrum Im Schache als auch in der Strafanstalt Schöngrün hält der Trend zu leistungsschwachen Insassen weiterhin an. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung wird der Schachen weiterhin voll ausgelastet sein. Im Schöngrün nimmt die Aufenthaltsdauer tendenziell ab, während der Betreuungsaufwand zusehends steigt.

Die 2010 erfolgte Einführung des biometrischen Passes bedeutet einen Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen. Der Bund hat bereits die Vorbereitungsarbeiten für die Ablösung der heutigen Schweizer Ausweise per 2017 in Angriff genommen.

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und rechtlicher Entwicklungen in qualitativer (rechtlich-administrativer Aufwand) und quantitativer (personeller Aufwand) Hinsicht zu. Die geplangeplante Revision des Gesetzes über die Kantonspolizei (KapoG) und damit zusammenhängender weiterer Erlasse (EG StGB, Gebührentarif) dient der Gewährleistung der objektiven Sicherheit, der Verhütung von Straftaten, der Erhöhung des Opfer- und Jugendschutzes sowie der Stärkung des gerichtlichen Rechtsschutzes. Die Polizei soll mit adäquaten und rechtskonformen Instrumenten auf neue Herausforderungen reagieren können. Zum Zweck der Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung sollen ihr insbesondere die Kompetenzen erteilt, verdeckte Ermittlungen und Observationen vorzunehmen, Sicherstellungen und Gefährderermahnungen durchzuführen, Informationen über Gefährder an potentielle Opfer weiterzugeben sowie Rückkehrverbote im Zusammenhang mit Häuslicher Gewalt für längstens 14 Tage auszusprechen. Der gerichtliche Rechtsschutz soll gestärkt werden, indem Personen, denen die Freiheit gestützt auf das KapoG entzogen wurde, die Überprüfung der Rechtmässigkeit der Haft durch den Haftrichter beantragen können. Das Gesetz über das kantonale Strafrecht und die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (EG StGB) wird mit einem Abgabeverbot alkoholischer Getränke an Minderjährige ergänzt.
Aufgrund verschiedener strafrechtlich relevanter Ereignisse und den Resultaten aus Umfragen in den einzelnen Ämtern und Gemeinden wurde festgestellt, dass sich auch in unserem Kanton Vorfälle mit querulatorischem und bedrohlichem Verhalten einzelner Personen häufen. Es soll daher ein fach- und institutionsübergreifendes Bedrohungsmanagement im Kanton Solothurn entwickelt und implementiert werden. Dadurch lassen sich Personen und Situationen identifizieren und bewerten, von denen das Risiko einer Eskalation ausgeht. Darauf aufbauend erfolgt ein Fallmanagement, um das entsprechende Eskalationspotenzial zu verringern. Das Bedrohungsmanagement bezweckt die Verhinderung zielgerichteter Angriffe wie schwere Gewalttaten (z.B. Amok, Tötung von Frauen durch ehemalige Partner) oder schwere Sachbeschädigungen (z.B. Brandstiftungen durch auffällige Personen). Zudem schreitet das Bedrohungsmanagement bei grenzüberschreitendem Verhalten wie Stalking oder Gewaltdrohungen frühzeitig ein und schützt somit wirkungsvoll die psychische Gesundheit der betroffenen Personen. Die Vorstudie ist abgeschlossen und die Umsetzung soll schrittweise erfolgen.
Damit der Alarmempfang für die Notrufe 112, 117, 118, 144 und den ärztlichen Notfalldienst 0848 112 112 für die Bevölkerung aus dem ganzen Kanton gewährleistet ist und die notwendigen Einsatzkräfte aufgeboten werden können, betreibt die Polizei Kanton Solothurn seit 1999 eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale. Der Kanton Aargau beabsichtigt, seine Einsatzzentralen ebenso zusammenzulegen und in Aarau eine interdiszplinäre Kantonale Alarmzentrale zu betreiben. Im Sinne des Risk-Managements möchte er mit dem Kanton Solothurn die gegenseitige Redundanz in den beiden Kantonalen Alarmzentralen sicherstellen. Dieses Vorgehen ist zukunftsweisend und wird in internationalen Normen empfohlen. Damit sollen bei grossem Notrufaufkommen oder gar Ausfall einer Zentrale die Notrufe aus der Bevölkerung weiterhin durch den Redundanzpartner angenommen und bearbeitet werden können. Zu diesem Zweck werden gegenwärtig die notwendigen Konzept- und Planungsarbeiten vorangetrieben. Die Inbetriebsetzung ist für 2016 geplant.

2. Gesundheit
Gemäss revidiertem KVG haben die Kantone bis Ende 2014 eine neue, leistungsorientierte und bedarfsgerechte Spitalliste zu erstellen. Auf der Basis des 2011 revidierten Spitalgesetzes hat der Regierungsrat bereits am 13. Dezember 2011 die neue Spitalliste des Kantons Solothurn beschlossen. Zuvor hatten die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn gemeinsam im Rahmen von Versorgungsberichten den Bedarf an stationären Spitalleistungen für das Jahr 2020 ermittelt. Es soll eine Evaluation der neuen Spitalliste vorgenommen werden, um allenfalls erforderliche Anpassungen per 1. Januar 2015 umsetzen zu können.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilsmässig zu übernehmen (zusammen 100%). Der Kanton muss den für alle Kantonseinwohner und - einwohnerinnen geltenden Kantonsanteil festlegen. In Bezug auf die Höhe gelten während einer Übergangsphase von fünf Jahren besondere Bestimmungen. Kantone, deren Durchschnittsprämie für Erwachsene am 1. Januar 2012 die schweizerische Durchschnittsprämie unterschreitet, können den Kantonsanteil zwischen 45% und 55% festlegen, wobei die jährliche Anpassung des Finanzierungsanteils bis zum 1. Januar 2017 höchstens 2 Prozentpunkte betragen darf. Ab 2017 muss der Kantonsanteil in allen Kantonen mindestens 55% betragen. 2012 liegt die Durchschnittsprämie für Erwachsene im Kanton Solothurn mit Fr. 361.00 unter der schweizerischen Durchschnittsprämie von Fr. 382.00. Der Kanton Solothurn hat demnach die Möglichkeit, den Kantonsanteil unter 55% festzusetzen. Für 2012 hat der Regierungsrat den Kantonsanteil auf 50% festgesetzt, für 2013 auf 51%.

Die Solothurner Spitäler AG (soH) hat 2011 die Standortstrukturen bereinigt. Das Leistungsangebot der Klinik Allerheiligenberg wurde an die soH-Standorte Kantonsspital Olten und Langendorf (Psychiatrische Dienste) transferiert. In Grenchen konnte nach der Verlegung der stationären Patienten in das Bürgerspital mit dem Aufbau des ambulanten Gesundheitszentrums gestartet werden. Die soH besitzt mit den zwei Zentrumsspitälern in Olten und Solothurn, dem Spital Dornach für die Versorgung nördlich des Juras und den Psychiatrischen Diensten grundsätzlich wettbewerbsfähige Strukturen. Allerdings genügt das heutige Bürgerspital Solothurn den Anforderungen an ein zukünftiges Akutspital nicht. Die historischen Altbauten haben bereits ein Alter von rund 80 Jahren, die sogenannten Neubauten (Ökonomiegebäude, Bettenhochhaus und Behandlungstrakt) wurden in den 60-er Jahren geplant und 1974 fertiggestellt. Die Altbauten und die sogenannten Neubauten genügen im Untersuchungs-, im Behandlungs- und im Pflegebereich den modernen und künftigen Anforderungen nicht mehr. Die verstreute Lage und die ungünstige Anordnung der Räume verhindern effiziente Betriebsabläufe. Dies gilt insbeson-

dere für den veralteten Operationsbereich und das Bettenhochhaus. Die künftigen Anforderungen an ein wettbewerbsfähiges Spital können nur mit einem Neubau erfüllt werden. Dementsprechend hat der Kantonsrat im März 2012 dem Neubau Bürgerspital mit 72:18 klar zugestimmt. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen wird es in den kommenden Jahren darum gehen, den Neubau plangemäss zu erstellen. Der Behandlungstrakt und das Bettenhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022. Im Hinblick auf die zukünftige medizinische Entwicklung ist die Flexibilität besonders wichtig. Der geplante Neubau mit Rasterbauweise erfüllt die notwendige bauliche Flexibilität bestens. Mit dieser Bauweise wird das Spital ohne grösseren Aufwand der künftigen Entwicklung der medizinischen Behandlungen gerecht. Zudem könnten später allenfalls notwendige Erweiterungen einfach vorgenommen werden.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Sozialgesetzgebung entwickelt der Kanton seine Sozialpolitik im engeren Sinn entlang von Lebens- und Problemlagen: Kindheit und Familie, Jugend, Alter, Gleichstellung, Integration, Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit-Sucht, Pflege, Behinderung, Gewalt-Kriminalität. Daraus - aber auch aufgrund des demographischen Wandels - ergeben sich folgende Schwerpunkte:

Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch zuwenig ausgebaut und behindert dadurch die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton. Familien- und schulergänzende Betreuungsangebote sind verstärkt zu fördern. Verantwortungsbewusste Einwohnergemeinden in Verbindung mit Wirtschaftsverbänden haben die Notwendigkeiten erkannt und bieten auch Hand für die frühkindliche Bildung (Förderung der Sprache und der weiteren Grundkompetenzen) vor allem für Kinder aus wirtschaftlich-, sozial- und bildungsbenachteiligten Familien.

Die Sicherstellung der Pflege und das Bereitstellen von Angeboten für Menschen mit einer Behinderung sind wichtige Herausforderungen. Nach wie vor ist der Nachweis der Vollkosten und eine Subjektfinanzierung bei der Leistungserfüllung zu fordern.

Mit der neuen Pflegefinanzierung konnte eine politische Forderung umgesetzt werden, wonach alle pflegebedürftigen Menschen bei einem Heimeintritt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) im gleichen Umfang wie die Krankenversicherungsleistungen mit öffentlichen Mittel unterstützt werden.

Die Integration der Ausländer/innen ist weiterhin von Bedeutung. Entsprechende Programme werden umgesetzt, vor allem die Sprachförderung, der interreligiöse Dialog, Willkommensveranstaltungen und der Abschluss von Integrationsvereinbarungen.

Gewalterscheinungen in unserer Gesellschaft sind rechtzeitig zu bekämpfen, schwergewichtig aber mit Präventionsmassnahmen zu verhindern und zu mindern. Das Konzept so-gegen-gewalt bildet die Grundlage, schon frühzeitig entsprechende Massnahmen anzubieten (Elternbildung, Verpflichtung von sogenannten Risikogruppen, Gewaltprävention in Schulen) und ist zu erneuern. Alkohol gilt mit als Auslöser von Aggression und Gewalt. Im Rahmen des nationalen Alkoholprogrammes sind daher auch kantonal die Präventions- und Interventionsmassnahmen zu verstärken.

Das neue Erwachsenenschutzrecht stellt erhöhte Anforderungen an die Entscheidbehörden. Gemeinsam mit dem Verband solothurnischer Einwohnergemeinden konnte eine tragfähige Lösung gefunden werden.

Auch in andern sozialen Leistungsfeldern ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur - zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen - eine grosse Herausforderung. Grössere soziale Institutionen, die sich regional zusammenschliessen, die Sozialregionen und die weitere Vereinfachung von Verteilschlüsseln Kanton- Einwohnergemeinden in Verbindung mit einem griffigen Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden sind die richtige strukturelle Antwort auf diesen Umstand.

Das Aufgabengebiet der sozialen Sicherheit zieht im Kanton die drittgrössten Ausgaben nach sich. Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung, Ergänzungsleistungen, Alimentenbevorschussung, Behindertenhilfe, Opferhilfe und Sozialhilfe zeigen, dass die finanziellen sozialen Bedarfsleistungssysteme zusammenfassend breiteren Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten.

3.5.4. Massnahmen

1708	**Akut- und Übergangspflege (Aüp) gemäss KVG einführen**					Ziel LP	C.3.3
Aüp gemäss KVG eingeführt							Beschluss -
Status	**Erledigt**	Start-Datum	**6. Mrz 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2010**	Ist-Termin	**30. Nov 2011**
Amt	**Gesundheitsamt**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
549	Akut- und Übergangspflege eingeführt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	VO Aüp liegt vor (vgl. RRB 2010/1024 vom 29.6.10). Konzept Businessplan durch soH erarbeitet. Tarifverhandlungen soH/santésuisse noch nicht abgeschlossen.
777	"Aüp-Betrieb" in soH operativ aufgenommen.	31. Dez 2011	30. Nov 2011	Umsetzung des angepassten Konzeptes 2012.

1393 Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen — Ziel LP C.3.3

Umsetzung KVG Revison — Beschluss RRB Nr. 2011/2607

Status **In Arbeit** Start-Datum **30. Nov 2010** Soll-Termin **31. Dez 2014**
Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
543	Spitalplanung gemäss KVG 1. Etappe erarbeitet	30. Jun 2010	31. Dez 2010	Versorgungsberichte liegen vor (vgl. RRB 2011/167 vom 24.1.11).
545	*Evaluation Spitalliste*	*31. Dez 2014*		
947	RRB Spitalliste	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Der Regierungsrat hat mit RRB 2011/2607 am 13. Dezember die Spitalliste des Kantons Solothurn verabschiedet.

1705 Planung Neubau Bürgerspital Solothurn — Ziel LP C.3.3

Neubau Bürgerspital Solothurn geplant — Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Mrz 2011** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Gesundheitsamt**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
548	*Volksabstimmung Neubau Bürgerspital Solothurn ist erfolgt*	*31. Dez 2012*		
944	B+E Neubau Bürgerspital Solothurn	31. Dez 2011	30. Nov 2011	

1427 "Schwelleneffekte" bei Sozialleistungen glätten — Ziel LP C.3.1 Soziale

"Schwelleneffekte" beim Erbringen von Sozialleistungen glätten, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung. — Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **4. Mrz 2010** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
563	"Schwelleneffekte" Alimentenbevorschussung geglättet	31. Dez 2011		Noch nicht in Angriff genommen.

1409 Altersleitbild und Heimplanung — Ziel LP C.3.1.4

Altersleitbild und Heimplanung 2020 erarbeiten. — Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1050	Altersleitbild	31. Dez 2011		Altersleitbild zusammen mit Fako Alter entwickeln (Stufe RR).
1051	Heimplanung erarbeiten	31. Dez 2011		Entwurf liegt amtsintern vor.

1436 Aufnahme asylsuchender Menschen — Ziel LP C.3.1.2

Aufnahme asylsuchender Menschen in den Einwohnergemeinden sichern. — Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
533	*Aufnahme asylsuchender Menschen sichern*	*31. Dez 2013*		*Erfüllt.*

1413 Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung — Ziel LP C.3.1 Soziale

Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung dem Kantonsrat vorlegen. — Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
527	Eckwerte Planung an Kantonsrat	31. Dez 2011		Im Hinblick auf die neue Legislatur in Arbeit.

1415 Erwachsenenschutzrecht des Bundes übernehmen — Ziel LP C.1.2.2

Neues Vormundschaftrecht des Bundes als Erwachsenenschutz-und Betreungsrecht über eine Revision EG ZGB übernehmen. — Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
562	Vernehmlassungsentwurf EG ZGB liegt vor	31. Aug 2010	30. Nov 2010	Mit KRB Nr. RG 141a/2011 vom 25.01.2012 beschlossen.
803	B+E an den Kantonsrat	31. Dez 2011	31. Dez 2011	

1407 Implementierung Pflegekinderkonzept — Ziel LP C.1.2.2

Implementierung des Pflegekinderkonzeptes unter Berücksichtigung der Evaluation und der Bestrebungen des Bundes. — Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1049	Konzept überarbeiten	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Werden neu als verwaltungsinterne Richtlinien verfasst.

4180 Integrationsprogramm Kanton Solothurn 2014 (- 2017) — Ziel LP C.3.1.2

Das Konzept liegt vor und geht im April 2012 in die Vernehmlassung an interessierte Organisationen und den VSEG. — Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **6. Jun 2011** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

1438 Kindertagestätten und Tagespflege — Ziel LP C.1.2.2

Zahl der Kindertagestätten (KITA) und Plätze in bestehenden KITAs sowie Angebot Tagespflege markant erhöhen. — Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
534	*Angebote an und in Kindertagesstätten sowie in der Tagespflege erhöht*	*31. Dez 2013*		*Der Indikator und Messwert wird jeweils im Globalbudget ausgewiesen.*

1777 Kinderzulagen für jedes Kind — Ziel LP: C.1.2.2

Kinderzulagen für jedes Kind, unabhängig des Erwerbsstatus der Eltern; Änderung Sozialgesetz — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **8. Mrz 2010** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
737	*Prinzip: Ein Kind - eine Zulage*	*31. Dez 2013*		*Vergleiche mit der Antwort des Regierungsrates auf zwei parlamentarische Vorstösse.*

1402 Konzept nach Art. 10 IFEG — Ziel LP: C.3.1.3

Konzept nach Art. 10 IFEG (Bedarfsplanung, Qualitätssicherung in IV-Wohnheimen und Werkstätten) — Beschluss: -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **8. Mrz 2010**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
523	Konzept durch RR beschlossen	31. Mrz 2010	8. Mrz 2010	Mit RRB Nr. 2010/423 vom 8. März 2010. Vom Bundesrat mit Beschluss vom 1. Oktober 2010 genehmigt

1405 Konzept VSEG — Ziel LP: C.3.1 Soziale

Konzept für partnerschaftliche Zusammenarbeit mit VSEG und Einwohnergemeinden im Sozialbereich. — Beschluss: -

Status **Erledigt** Start-Datum **28. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
796	Konzept erarbeitet	30. Dez 2011	31. Dez 2011	erübrigt sich, Kontakte wurden intensiviert, periodische Sitzungen.

1418 Missbrauch Sozialleistungen — Ziel LP: C.3.1 Soziale

Konzept Missbrauch von Sozialleistungen erarbeiten. — Beschluss: -

Im Rahmen der IV-Revision in diesem Bereich erledigt. Im Rahmen der Sozialhilfe keine Einigung mit den Sozialregionen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

2921 Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege — Ziel LP: C.3.1 Soziale

Auftrag KR mit KRB Nr. AD 115/2010 vom 7. Dezember 2010 — Beschluss: -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Mrz 2011** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **30. Nov 2011**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
738	Kantonsrätlichen Auftrag umsetzen.	31. Okt 2011	30. Nov 2011	Mit KRB Nr. RG111/2011 vom 09.11.2011 erledigt.

1351 Pflegeversorgung koordinieren — Ziel LP: C.3.1 Soziale

Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren — Beschluss: -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2005** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **31. Dez 2010**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1565	Neue Pflegfinanzierung ist geregelt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Grundsätzlich geregelt. Für eine Neuordnung der Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege überwies der Kantonsrat jedoch einen Auftrag mit KRB Nr. AD 115/2010 vom 7. Dezember 2010. Dafür ist ein neues Projekt aufzunehmen (Projekt 2921).

1430 Sozialbericht 2013 — Ziel LP: C.3.1 Soziale

Sozialbericht 2013 erarbeiten. — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
531	*Sozialbericht erarbeitet*	*31. Dez 2012*		
564	Auftrag zur Erarbeitung vergeben	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Auftrag mit RRB Nr. 2010/306 vom 23. Februar 2010. Der Auftrag wird an die FHNW vergeben.

1411 Volksinitative Prämienverbilligung — Ziel LP: C.3.1.1

Volksinitative SP zur Prämienverbilligung — Beschluss: -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **31. Dez 2010**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
462	Volksabstimmung Herbst 2010	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Von den Stimmberechtigten abgelehnt. Abstimmungsergebnis vom 13.2.2011: 41,3 % Ja zu 58,7 % Nein.
526	B+E an den Kantonsrat verabschiedet	31. Jan 2010	12. Jan 2010	Wurde mit RRB 2010/62 vom 12.01.2010 dem Kantonsrat zugeleitet.

1425 Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten — Ziel LP: C.3.1 Soziale

Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten überprüfen. — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
736	Konzept erarbeiten	31. Dez 2011		Mit Pilotheimen und einer externen Beratungsfirma soll Konzept erarbeitet werden.
928	Auftrag an PWC	31. Dez 2011		Pilot mit Pflegeheimen 2011; Behindertenheim 2012, Konzept PWC ist erstellt.

1434 Zusammenarbeit soziale Sicherheit verstärken — Ziel LP: C.3.1 Soziale

Zusammenarbeit soziale Sicherheit mit Nachbarkantonen verstärken; Sozialraum NWS anstreben. — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Amt für Soziale Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
532	*Sozialraum NWS anstreben*	*31. Dez 2013*		
566	Informelle Zusammenarbeit auf Verwaltungebene intensivieren	31. Dez 2011		Wurde in Einzelfällen bereits intensiviert: Beispiel Opferberatung.
1053	MLS Daueraufgabe von Fall zu Fall	31. Dez 2011		IVSE-Gremien; Bedarfsplanung Behinderung; Nordwestschweiz: Opferberatung, Frauenhaus, FIZ, Lernprogramm; Fachstelle gegen Rassismus; Migrationszeitung mix; Ombudsstelle etc..

1386 Biometriezentrum

Erstellen und Betrieb Biometriezentrum

Status **Erledigt** Start-Datum **6. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **31. Mrz 2010**
Amt **Amt für öffentliche Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
558	Biometriezentrum in Betrieb	1. Mrz 2010	31. Mrz 2010	Das Ausweiszentrum wurde im März 2010 eröffnet.

1389 Bonus-Malus-System MFK

Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer MFK

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2009** Ist-Termin **27. Sep 2009**
Amt **Amt für öffentliche Sicherheit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
553	Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer	31. Dez 2009	27. Sep 2009	In der Volksabstimmung vom 27.9.09 wurde die Einführung der Besteuerung nach der Energieetikette für Personenwagen deutlich abgelehnt.

1740 Strategie Untersuchungsgefängnisse — Ziel LP: C.3.4.2 Strategie

Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) vom Regierungsrat genehmigt — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **24. Feb 2011** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Amt für Justizvollzug**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
560	*Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeitet*	*31. Dez 2012*		-

5091 Interkantonale Redundanz AG/SO (IRAGSO) — Ziel LP: -

Schaffen einer gegenseitigen Redundanz bei Überlast und Notfällen in den Alarmzentralen der Kt. AG und SO. — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **19. Dez 2011** Soll-Termin **31. Dez 2016**
Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1219	*Kick-off*	*31. Mai 2012*		*Projektanstoss erfolgt. Vorstudie in Arbeit.*

5107 Kantonales Bedrohungsmanagement — Ziel LP: C.3.4. Öffentliche

Ämter- und Gemeindeübergreifendes Erkennen des Potentials von bedrohlichem Verhalten. — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **19. Dez 2011** Soll-Termin **31. Dez 2012**
Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1227	*Projektplanung abgeschlossen / Schulung*	*31. Mai 2012*		*Projektplanung abgeschlossen. Konzept umsetzen und Schulung der Bedrohungsmanager.*

1391 Massnahmenpaket Raser umsetzen — Ziel LP: C.3.4.1

Massnahmenpaket Raser umgesetzt — Beschluss: -

Status **Erledigt** Start-Datum **6. Mrz 2010** Soll-Termin **31. Dez 2013** Ist-Termin **31. Dez 2010**
Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
570	Bericht umgesetzte Massnahmen zuhanden Departement	30. Jun 2011	31. Dez 2010	RRB 2011/91 vom 18.1.2011

1305 Sicherheitsfunknetz (Polycom) — Ziel LP: -

Neues Sicherheitsfunknetz (Polycom) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission — Beschluss: -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2005** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **31. Dez 2010**
Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
437	Projektabschluss	31. Dez 2010	31. Dez 2010	RRB 2010/1920 vom 15.10.2010 und RRB 2011/396 vom 22.2.2011

1215 Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49) — Ziel LP: C.3.4.3 Stärkung

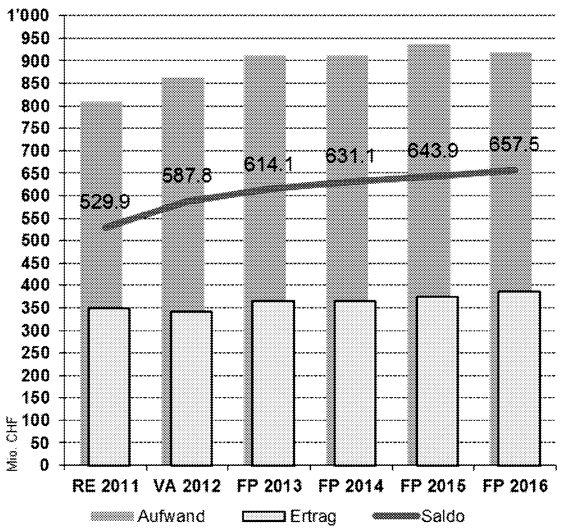
Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten — Beschluss: -

Status **In Arbeit** Start-Datum **20. Jun 2011** Soll-Termin **31. Dez 2013**
Amt **Polizei**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
552	Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge -sofern Handlungsbedarf- erteilt	31. Jul 2009	30. Nov 2009	Zusammenarbeit ab 2010 vereinbart
569	*Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)*	*31. Dez 2013*		*Evaluation 2012 des neuen Zusammenarbeitsmodells.*

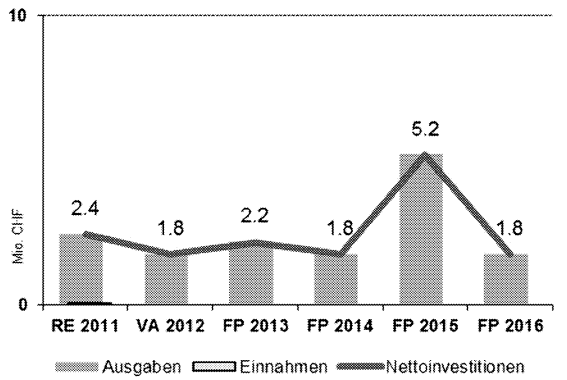
3.5.5. Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Globalbudgets						
Aufwand	359.1	199.6	205.4	207.1	209.1	209.9
Ertrag	-65.4	-44.5	-45.7	-45.0	-47.1	-46.1
Globalbudgetsaldo	293.7	155.1	**159.7**	**162.1**	**162.1**	**163.8**
Verrechnungen	2.2	0.8	2.2	2.2	2.2	2.2
Saldo	295.9	155.8	161.9	164.3	164.3	166.0
Finanzgrössen						
Aufwand	450.5	662.3	704.0	728.9	754.3	779.7
Ertrag	-284.4	-298.3	-318.3	-328.5	-341.2	-354.7
Verrechnungen	67.9	67.9	66.5	66.5	66.5	66.5
Saldo	234.0	432.0	**452.2**	**466.8**	**479.6**	**491.5**
Saldo total	529.9	587.8	**614.1**	**631.1**	**643.9**	**657.5**



Die Gründe für die Aufwandsteigerung von 101.2 Mio. CHF zwischen dem FP 2014 und der Rechnung 2011 sind:
- Soziale Sicherheit + 54.8 Mio. CHF (v.a. Pflege und Betreuung, IV, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen, Einrichtungs- und Überführungskosten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde);
- Gesundheit +34.0 Mio. CHF (Spitalbehandlungen gemäss KVG);
- Öffentliche Sicherheit + 12.3 Mio. CHF (Kantonspolizei + 6.9 Mio. CHF, Justizvollzug + 5.4 Mio. CHF).

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Total						
Ausgaben	2.5	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	1.8	**2.2**	**1.8**	**5.2**	**1.8**
Einzelne Nettoinvestitionen						
Justizvollzug	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Polizei	2.2	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8



Die im Haushaltsjahr 2015 geplante „Gesamt-Erneuerung Integriertes Polizei-Informatiksystem (INPOS)“ zeigt sich in den um + 3.4 Mio. CHF höheren Investitionen.

3.6. Volkswirtschaftsdepartement

3.6.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das Departementssekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen.
Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle, die Solothurner Gebäudeversicherung, sowie ab 2012 die Stiftungsaufsicht als selbständige Anstalten.

3.6.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.5	**Wirtschafts- und Arbeitsort stärken**
1.5.1	Wirtschaftliches Wachstum fördern
1.5.2	Soziale Absicherung des strukturellen Wandels
1.7	**Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren**
1.7.1	Aufgabenfelder zwischen Kanton und Gemeinden sowie innerkantonaler Finanz- und Lastenausgleich nach NFA-Grundsätzen neu gestalten
1.7.2	Anreize für Strukturanpassungen und Gemeindefusionen verstärken
2.2	**Energie: Effizienter Einsatz fördern**
2.2.1	Energieeffizient und erneuerbare Energie fördern
2.2.2	Rahmenbedingungen zur Versorgungssicherheit unterstützen

3.6.3. Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 12-15 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 13-16. Die Solothurner Volkswirtschaft ist aus der Krise 2008/2009 gestärkt herausgegangen. Mit der Wachstumsstrategie will der Kanton Solothurn das Wachstum stärken und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Der Standort Solothurn soll seine Innovationskraft u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung und Wirtschaft stärken.
Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine vermehrte Verwendung eigener Ressourcen, um die Energieversorgung sicher zu stellen und gleichzeitig die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren.
Im September 2010 wurde die Hauptstudie zur Neugestaltung der Aufgaben und des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden (NFA SO, RRB Nr. 1598/07.09.2010) begonnen. Bis Sommer 2011 wurden in allen vier Teilbereichen „Ressourcenausgleich", „Bildung", „Soziales" und „Kantonsstrassenfinanzierung" Detailkonzepte unter Mitwirkung der Gemeindeverbände VSEG und VGS erarbeitet (www.nfa.so.ch). Zwischenzeitlich liegt der Bericht zur Globalbilanz der technischen Ebene vor. Die Beratung dieses Berichts auf der strategisch-politischen Ebene ist für den Sommer 2012 vorgesehen. Bei Zustimmung kann anschliessend das Gesetzgebungsverfahren (Botschaft und Entwurf) initiiert werden. Ziel ist es, eine neue Regelung bis 2015 in Kraft zu setzen.
Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristisch bedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Pandemie usw.). Für den gesamten Kanton wird deshalb eine umfassende Gefahren- und Risikoanalyse erstellt. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.
Die Stiftungsaufsicht wurde aufgrund einer Vorgabe des Bundes zur Stärkung der Unabhängigkeit auf Anfang 2012 in eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Die Option einer späteren interkantonalen Lösung wird in der aktuellen kantonalen Gesetzgebung offen gehalten. Ein entsprechendes Gesetz wird derzeit angegangen.
Dort wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Die mit der Grenznähe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen.

3.6.4. Massnahmen

1966 **Umsetzung Strukturreform / Verselbständigung und Ueberprüfung Zusammenarbeit mit** Ziel LP -

Umsetzung Art. 61 BVG, in Kraft ab 1.1.2012 Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2010** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **24. Feb 2012**
Amt **Stiftungsaufsicht**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
603	Abgabe B + E als Entwurf an E. Gassler und P. Studer zur Stellungnahme	15. Sep 2010	15. Sep 2010	
604	Verabschiedung der Vorlage durch EG	31. Okt 2010	31. Okt 2010	
605	Behandlung im RR: Verabschiedung zur Vernehmlassung	28. Feb 2011	22. Feb 2011	
607	Behandlung im KR	31. Dez 2011	8. Nov 2011	
608	Inkrafttreten	1. Jan 2012	24. Feb 2012	Referendumsfrist am 24.Februar 2012 ungenutzt abgelaufen.
722	RRB Verabschiedung B+E zH Kantonsrat	31. Mai 2011	31. Mai 2011	

92 3.2.1 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Ziel LP C.3.2.1

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Dienststellen gewährleisten

Beschluss Daueraufrag

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **22. Jan 2010** Ist-Termin **22. Jan 2010**
Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
28	Sprungbrett-Event in Bern	30. Apr 2009	27. Apr 2009	im 2009 erl.
27	Beteiligung an Berufs-Infomesse in Olten	31. Mai 2009	15. Mai 2009	in 2009 erl.
26	Berufswahlplattform durchführen	31. Jul 2009	31. Jul 2009	in 2009 erl.

90 Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz

Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2011**
Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1060	Studie Borner liegt vor	30. Jun 2010	25. Sep 2010	
23	Projektorganisation einsetzen	31. Dez 2009	1. Dez 2009	
642	*B+E zur Vernehmlassung*	*30. Apr 2012*		
641	*Expertenentwurf liegt vor*	*31. Mai 2012*		
643	*B+E an KR*	*31. Dez 2012*		

756 Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien

Ziel LP C.2.2.1

Die Energiefachstelle hat ein eigenständiges Globalbudget.

Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **31. Dez 2008** Ist-Termin **31. Dez 2008**
Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
215	Bericht an den Regierungsrat	30. Jun 2008	30. Sep 2008	
216	Neues Globalbudget EFS	31. Dez 2008	31. Dez 2008	

1886 Umsetzungsprogramm NRP 2012 - 2015

Ziel LP -

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhöhung der Wertschöpfung in den Regionen.

Beschluss RRB 2012/149

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2010** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **31. Jan 2011**
Amt **Amt für Wirtschaft und Arbeit**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
579	Fertigstellung des Umsetzungsprogramms 2012 - 2015	30. Jun 2010	2. Nov 2010	
2807	B+E an Kantonsrat	22. Feb 2011	22. Feb 2011	
581	KR-Beschluss	31. Mrz 2011	22. Jun 2011	
582	Programmvereinbarung mit dem Bund (Seco)	31. Okt 2011	31. Jan 2012	Erledigt mit RRB 2012/149 vom 31. Januar 2012

179 1.7.1 Reform Finanz- und Lastenausgleich

Ziel LP C.1.7.1

Reform der Finanzausgleichssysteme unter den Einwohnergemeinden

Beschluss -

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Okt 2010** Soll-Termin **1. Jan 2015**
Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
53	*Konzept erarbeiten*	*30. Jun 2012*		
54	*B+E erstellen*	*31. Dez 2012*		
55	*Vernehmlassung und KR-Beratung*	*31. Dez 2013*		
56	*Inkraftsetzung*	*1. Jan 2015*		
388	Projektorganisation implementieren	31. Dez 2010	30. Sep 2010	

386 1.7.2 Unterstützung für strukturell schwache Gemeinden

Ziel LP C.1.7.2

Besondere Unterstützungsmassnahmen

Beschluss -

Status **Erledigt** Start-Datum **1. Jan 2008** Soll-Termin **31. Dez 2010** Ist-Termin **30. Apr 2010**
Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
79	Arbeitsgruppe zusammenstellen	31. Dez 2008	31. Aug 2008	
80	Konzept erarbeiten	31. Dez 2009	17. Nov 2009	
81	Gesetzesanpassungen	31. Dez 2010	31. Mrz 2010	

181 Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden

Neues Rechnungslegungsystem

Status **In Arbeit** Start-Datum **25. Jan 2010** Soll-Termin **31. Dez 2015**
Amt **Amt für Gemeinden**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
57	Projektorganisation implementieren	31. Mrz 2010	31. Dez 2010	
674	*Phase 1 - Umsetzungskonzept*	*30. Jun 2012*		
675	*Phase 2 - Gesetzgebung*	*31. Aug 2013*		
676	*Phase 3- Technik / Schulung*	*31. Dez 2014*		
677	*Phase 4 - Produktivsetzung*	*31. Dez 2015*		

15 Schutzwald

Schutz vor Naturgefahren: "Wald mit besonderer Schutzfunktion".

Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2012**
Amt	**Amt für Wald, Jagd und Fischerei**				

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
9	Bereinigung Schutzwaldperimeter	30. Jun 2009	31. Dez 2009	
10	*Anpassung Richtplan*	*31. Dez 2012*		

4 Wildtierkorridore

Umsetzen von Massnahmen, damit die Verbindung der ansonsten getrennten Lebensräume von Wildtieren für bestimmte Zielarten besser gewährleistet ist.

Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2007**	Soll-Termin	**31. Dez 2016**
Amt	**Amt für Wald, Jagd und Fischerei**				

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
1	Schlussbericht Wiltierkorridore	30. Sep 2008	30. Sep 2008	
2	*RRB duch ARP*	*31. Dez 2012*		
4	*Umsetzung von Massnahmen*	*31. Dez 2016*		

220 Agrarpolitik 2011

-

Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**27. Aug 2009**	Soll-Termin	**30. Jun 2013**
Amt	**Amt für Landwirtschaft**				

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
61	GELAN Extranet	31. Dez 2010	19. Sep 2011	Erste Datenerfassungen sind per Internet erfolgt.
62	*Flächenerhebung im GIS*	*30. Jun 2013*		*im Plan.*

283 Aufbau Bienenkompetenzzentrum

Ziel LP	nicht im LP
Beschluss	RRB 2011/2345

Aufbau eines Bienenkompetenzzentrum am Bildungszentrum Wallierhof

Status	**Erledigt**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**	Ist-Termin	**15. Nov 2011**
Amt	**Amt für Landwirtschaft**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
76	Konzept liegt vor	31. Dez 2009	28. Sep 2010	Eine Leistungsvereinbarung mit BL und BS konnte abgeschlossen werden.
77	Massnahmen sind umgesetzt	31. Dez 2010	15. Nov 2011	Der Auftrag ist erfüllt: Mit RRB 2011/2345 vom 15. November 2011 wurde die Einrichtung einer Fachstelle Bienen am Bildungszentrum Wallierhof beschlossen.

129 Tierseuchen I BVD Eradikation

Ziel LP	Nicht im LP
Beschluss	RRB 2012/502 vom

Eradikation BVD

Status	**Erledigt**	Start-Datum	**1. Jan 2008**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**	Ist-Termin	**6. Mrz 2012**
Amt	**Amt für Landwirtschaft**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
34	Jedes Tier 1x getestet	31. Dez 2008	31. Dez 2008	
35	BVD-frei	31. Dez 2011	6. Mrz 2012	Mit RRB 2012/502 vom 6. März 2012 wurde das BVD-Ausrottungsprogramm des Bundes abgeschlossen. Das Ausrottungsprogramm geht nun in ein Überwachungsprogramm über.

218 Tierseuchen II: Blauzungenkrankheit

-

Status	**Erledigt**	Start-Datum	**18. Aug 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**	Ist-Termin	**3. Feb 2011**
Amt	**Amt für Landwirtschaft**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
60	Geeignete Schutzmassnahmen sind getroffen	31. Dez 2011	3. Feb 2011	

266 Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle

Ziel LP	Nicht im LP
Beschluss	kein RRB

Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle Bäuerin FA und Landwirt ist erreicht

Status	**Erledigt**	Start-Datum	**27. Aug 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**	Ist-Termin	**31. Dez 2011**
Amt	**Amt für Landwirtschaft**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
74	Ausbildung zur Bäuerin FA ist überarbeitet	31. Dez 2010	31. Dez 2010	
75	Umstellung auf neues Ausbildungsmodell Landwirt ist abgeschlossen	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Ausbildungsmodell wird angewandt.

238 Veterinärgesetzgebung

Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die geänderten Bundesvorgaben

Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**30. Jun 2013**
Amt	**Amt für Landwirtschaft**				

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
65	Projektplanung ist vorhanden	30. Apr 2009	30. Apr 2009	
71	*Verordnungen liegen vor*	*31. Dez 2012*		*in Arbeit.*
72	*In Kraft treten*	*30. Jun 2013*		*Nach Beschluss.*

159 Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn

Die Führungsfähigkeit der Kantonsregierung ist unter Einbezug des KFS und der RFS jederzeit und in allen Lagen sichergestellt.
Der KFS verfügt über eine zeitgemässe und zur normalen Lage redundante Infrastruktur.

Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**22. Nov 2011**	Soll-Termin	**31. Dez 2018**
Amt	**Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**				

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
616	*Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehmlasst*	*31. Dez 2013*		.
617	*Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbung Kt. SO*	*6. Jul 2014*		.
621	*Abindung der RFS in den Führungsverbund*	*31. Dez 2017*		.
623	*Abschluss Führungsverbund Kanton Solothurn*	*31. Dez 2018*		.

163 Bezug und Betrieb Zivilschutzkompetenzzentrum (ziko)

Ziel LP .

Grundlage: Auslastung 2010 zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht.
Treffen von Massnahmen zur Steuerung/Steigerung der Auslastung

Beschluss .

Status	**Erledigt**	Start-Datum	**28. Okt 2011**	Soll-Termin	**31. Dez 2011**	Ist-Termin	**31. Dez 2011**
Amt	**Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**						

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
88	Auslastung zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht	31. Dez 2011	31. Dez 2011	

145 Gefahren- und Risikoanalyse

Im Rahmen der Gefahren- und Risikoanalyse werden die folgenden Punkte mit Bezug auf die Gegebenheiten des Kantons Solothurn erarbeitet:
- Risikopotentiale in Bezug auf alle bekannten Gefährdungsarten hin aufzeigen.

Status	**In Arbeit**	Start-Datum	**1. Jan 2009**	Soll-Termin	**31. Dez 2013**
Amt	**Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**				

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
36	Initialisierung Studie	31. Dez 2009	20. Nov 2009	
113	Vernehmlassung Projektauftrag	15. Jan 2010	21. Jan 2010	
630	Genehmigung Projektauftrag	28. Feb 2010	23. Feb 2010	
114	Defizitanalyse der 14 Szenarien der KomABC	30. Jun 2010	25. Jun 2010	
586	Interdependenzen	31. Dez 2010	1. Dez 2010	
587	Kosten - erste Beurteilung	31. Dez 2010	6. Dez 2010	
589	Integration Szenarien Risiken Schweiz	30. Sep 2011	21. Dez 2010	
592	*Massnahmen besprochen*	*30. Jun 2012*		
593	*GRA - 1. Version bereit für Vernehmlassung*	*31. Mrz 2013*		
594	*Abschluss Vernehmlassung*	*30. Sep 2013*		
595	*Entscheid über weiteres Vorgehen gefällt*	*31. Dez 2013*		

963 Weiterentwicklung Zivilschutz

Ziel LP .

Optimierung des Zivilschutzes

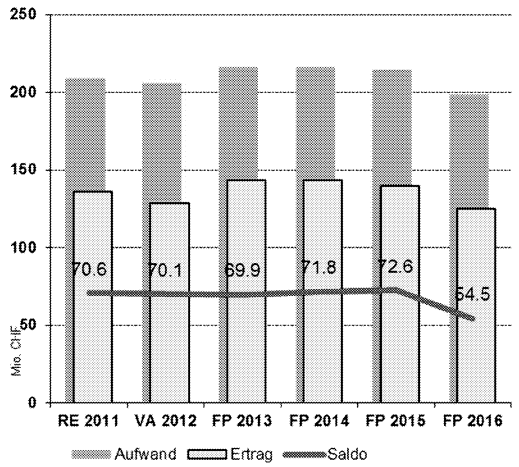
Beschluss -

Status	**Sistiert**	Start-Datum	**1. Jan 2010**	Soll-Termin	**31. Dez 2015**
Amt	**Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**				

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
282	Auslösung	31. Mrz 2010		
614	Vorprojekt	31. Aug 2010		
615	Hauptprojekt	31. Mrz 2011		
287	*Realisierung*	*31. Dez 2015*		

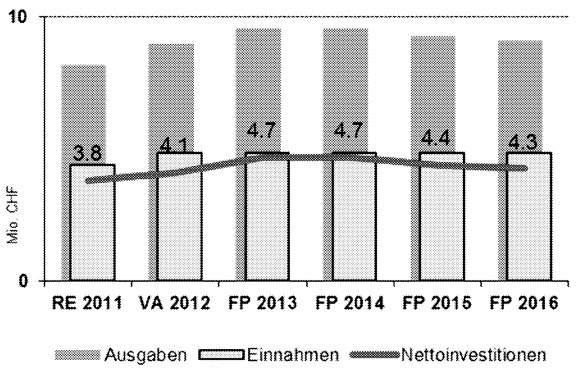
3.6.5. Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Globalbudgets						
Aufwand	157.9	146.5	157.0	156.3	156.1	156.2
Ertrag	-119.5	-115.4	-126.5	-126.4	-126.3	-126.4
Globalbudgetsaldo	38.5	31.1	**30.5**	**29.9**	**29.7**	**29.8**
Verrechnungen	9.8	8.7	8.8	8.8	8.9	8.9
Saldo	48.2	39.8	39.3	38.7	38.6	38.7
Finanzgrössen						
Aufwand	50.9	59.0	59.0	58.1	59.6	41.9
Ertrag	-16.3	-13.4	-16.9	-13.0	-13.0	-13.0
Verrechnungen	-12.2	-15.2	-11.5	-12.0	-12.5	-13.0
Saldo	22.4	30.3	**30.6**	**33.0**	**34.0**	**15.8**
Saldo total	70.6	70.1	**69.9**	**71.8**	**72.6**	**54.5**



Ab 2016 läuft die Übergangsfinanzierung von jährlich 15 Mio. CHF für den Finanzausgleich Einwohnergemeinden aus.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Total						
Ausgaben	8.2	9.0	9.6	9.6	9.3	9.1
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	3.8	4.1	**4.7**	**4.7**	**4.4**	**4.3**
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.5	0.3	0.3	0.3	0.0	0.0
Landwirtschaft SF Zufahrten zu Berghöfen	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	2.4	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Amt für Wirtschaft und Arbeit	0.1	0.3	0.9	0.9	0.9	0.8



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.7. Gerichte

3.7.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.
Die gerichtlichen Instanzen sind:
Obergericht
Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.
Kantonales Steuergericht
Es entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.
Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein)
Sie üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.

3.7.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

3.7.3. Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührentarif.
Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

3.7.4. Massnahmen

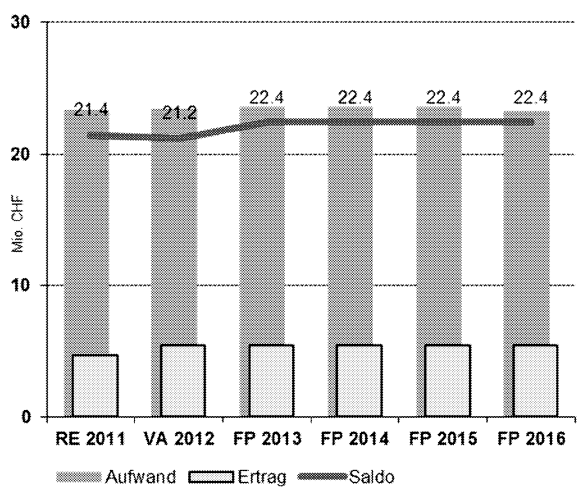
Die Gerichte sind nicht in der Lage, ihre Kostenstruktur zu verbessern, ohne dass dies Auswirkungen auf die Rechtsgewährleistung hätte.
Die solothurnische Justiz funktioniert sehr kostengünstig. Sie stützt sich nämlich bei ihrer Arbeit zu einem sehr wesentlichen Teil auf Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber ab. Wie im Rechenschaftsbericht jeweils ausgewiesen wird, entfallen auf eine Richterstelle zwei Gerichtsschreiberstellen. Das heisst, die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber unterstützen die Richterinnen und Richtern mit wenigen Ausnahmen in sehr grossem Umfang bei der Entscheidfindung: sie helfen mit bei der Vorbereitung der Verhandlungen und sie erstellen die Urteile nach dem richterlichen Urteilsspruch weitgehend selbständig. Gewisse Verfahrensarten, in der Regel alle Summarverfahren (welche ein grosses Geschäftsvolumen darstellen), erledigen die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber in vollem Umfang selbständig bis zur Urteilsreife. Der Richter, beziehungsweise die Richterin, braucht in diesen Fällen vor dem Urteilsversand nur noch allenfalls korrigierend einzugreifen.
Die Kosten der Gerichte fielen im übrigen bis anhin auch deshalb sehr günstig aus, weil die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber seit Jahren vergleichsweise unter dem Schnitt der übrigen Staatsangestellten besoldet werden, – wie dies die interkantonalen Lohnvergleiche seit ihrem Beginn (2006) ständig aufgezeigt haben.
Sowohl Richterinnen und Richter als auch Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sind bei allen Gerichten, beziehungsweise Instanzen mit Arbeit vollständig ausgelastet. Durch Reorganisationen lassen sich in einer solchen Situation keine Kosten sparen. Wo keine Redundanzen bestehen, kann auch durch organisatorische Umgruppierungen oder Zusammenzüge keine Effizienzsteigerung erzielt werden; im Gegenteil sind bei nicht sachgemässen Reorganisationen Effizienzverluste zu befürchten. Den Gerichten obliegt, jeden Fall individuell zu beurteilen. In welcher Organisationsform dies geschieht, ist bei einer vollständigen Arbeitsauslastung weitgehend irrelevant, sofern eine Organisationsstruktur zweckmässig ist. Die solothurnische, kleinräumige Organisationsstruktur erweist sich als durchaus effizient, wie dies durch die publizierten Indikatoren ausgewiesen werden kann.
Ein Blick auf die Kostenstruktur zeigt, dass Ersparnisse nur durch einen Leistungsabbau der Gerichte erzielt werden können. Ohne Folgen beeinflussbar sind lediglich Kosten im Umfang von Fr. 100'000.- (Bibliothek, Weiterbildung, Spesen sowie weitere Kleinbeträge), bei Totalkosten von 23.3 Mio. CHF (inkl. Finanzgrösse). Gewisse Kosten sind als gebundene Ausgaben nicht beeinflussbar, wie die Abschreibungen oder die Kosten der Finanzgrösse (unentgeltliche Rechtspflege, amtliche Verteidigung, Entschädigung an Freigesprochene), die sich aus rechtsstaatlichen Gründen einer Beeinflussbarkeit entziehen. Potential für Kürzungen bieten nur die Personalkosten (CHF 17.1 Mio. CHF). Diese Kosten können aber nur durch einen Personalabbau reduziert werden.
Ein solcher Abbau hätte zunächst Mehrkosten zur Folge, müssten doch den entlassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Entschädigungen ausgerichtet werden.

Ein Personalabbau würde aber die Rechtsgewährleistung gefährden. Wie die Gerichte in ihren Rechenschaftsberichten stets ausweisen konnten, gelingt es durchwegs, die Fälle innert nützlicher Fristen zu erledigen. Ein Abbau hätte zunächst die unmittelbare Folge, dass sich die Erledigungsdauern verschlechtern würden. Dazu käme im Lauf der Zeit die Gefahr von Staatshaftungsansprüchen, nämlich dort, wo es aufgrund der Personalverknappung nicht mehr gelingt, Fälle innert der Verjährungs- oder Verwirkungsfristen zu erledigen. Ein gewisser Teil der Personalnot könnte zwar dadurch aufgefangen werden, dass die Qualität der juristischen Arbeit gesenkt wird. Dies hätte jedoch unweigerlich eine Erhöhung der Rechtsmittelhäufigkeit und eine Zunahme abweichender oberinstanzlicher Urteile zur Folge – was sich wiederum auf die Kosten (Parteientschädigungen) auswirkt oder (im Falle von Rückweisungen) sogar Mehrarbeit zur Folge hätte.
Eine weitere Folge eines gerichtlichen Leistungsabbaus wäre, dass Prozessparteien vermehrt auf aussergerichtliche Streiterledigungen und Schiedsgerichte zurückgreifen würden. Diese sind jedoch ein Mehrfaches teurer als die staatlichen Gerichte und stehen nur begüterten Parteien offen.

Im übrigen geht die Tendenz dahin, den Rechtsschutz des Bürgers auszubauen. Auch aus diesem Grund ist ein Personalabbau nicht angezeigt. Die beiden neuen schweizerischen Prozessordnungen haben zum Beispiel die Anforderungen an die Formalien der gerichtlichen Arbeit erhöht. Auch weitere Entwicklungen lassen erwarten, dass die Gerichte in Zukunft eher mehr als weniger Arbeit zu erledigen haben. Ein Beispiel aus der neusten Zeit ist der Rechtsschutz in Submissionssachen und im Erwachsenen- und Kindesschutzrecht. In Submissionssachen hat sich das Verwaltungsgericht aufgrund der Vorgaben des Bundesgerichtsgesetzes neuerdings als obere Instanz mit den Entscheidungen der Kantonalen Schätzungskommission zu befassen. Im neuen Erwachsenen- und Kindesschutzrecht ist ebenfalls zu erwarten, dass das Verwaltungsgericht aufgrund der kantonalen Umsetzung im nächsten Jahr mehr Fälle zu beurteilen hat, da das Departement als Beschwerdeinstanz dahinfällt.
Die Gerichtsverwaltungskommission verzichtet aus diesen Gründen auf die Entwicklung von Sparmassnahmen. Ersparnisse sind nur um den Preis eines Leistungsabbaus möglich. Im Gerichtsbereich hätte dieser sozialpolitisch nicht verantwortbare Auswirkungen.

3.7.5. Finanzen in Mio. Franken Gerichte

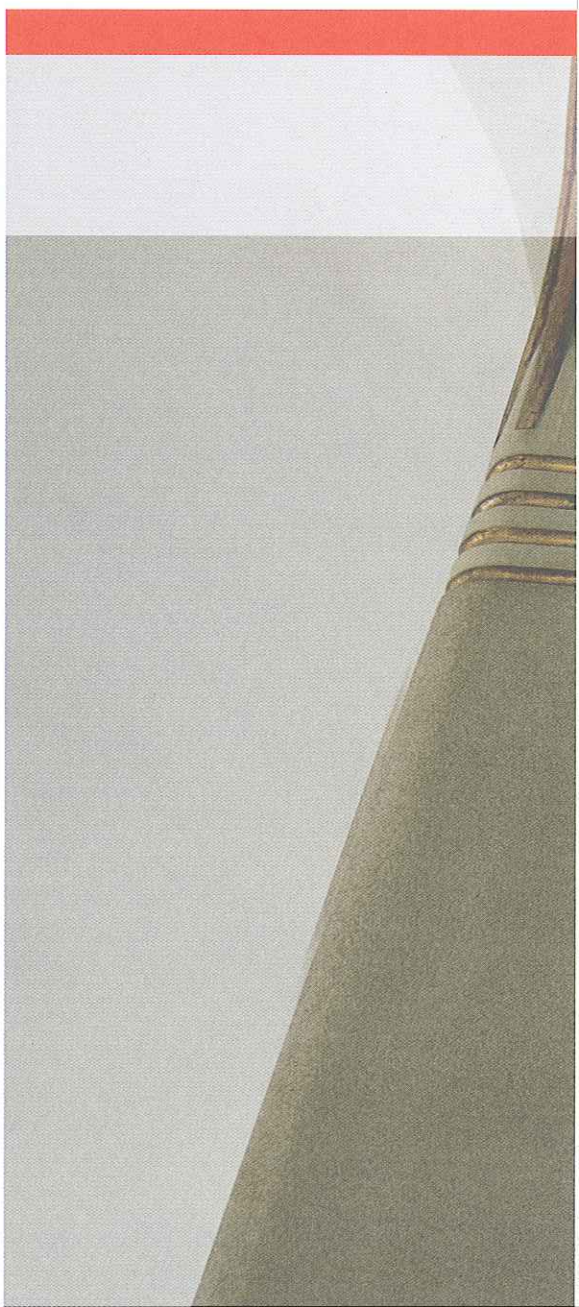
Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	**FP 2013**	**FP 2014**	**FP 2015**	**FP 2016**
Globalbudgets						
Aufwand	19.0	19.6	19.8	19.8	19.8	19.8
Ertrag	-4.6	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	14.4	14.5	**14.7**	**14.7**	**14.7**	**14.7**
Verrechnungen	2.9	3.2	4.3	4.3	4.3	4.3
Saldo	17.3	17.8	19.0	19.0	19.0	19.0
Finanzgrössen						
Aufwand	4.3	3.7	3.7	3.7	3.7	3.7
Ertrag	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	4.1	3.4	**3.4**	**3.4**	**3.4**	**3.4**
Saldo total	21.4	21.2	**22.4**	**22.4**	**22.4**	**22.4**



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

Amt für Finanzen
4509 Solothurn

Impressum und Bezugsquelle:
Amt für Finanzen
Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 96
Telefax 032 627 22 71



37537 3/06 2000